

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

S Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich 1.10 M. vierteljährlich 2.00 M. halbjährlich 3.50 M. jährlich 6.00 M. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Land 2 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die leuchtendste Anzeigenart oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifache 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Von jeher haben die Reaktionäre es verstanden, die Tribüne des preussischen Abgeordnetenhauses für ihre gemeingefährlichen Ideen zu mißbrauchen und von dieser Stelle aus die Regierung scharf zu machen gegen die Arbeiterklasse. Mehr als einmal erscholl von hier aus der Ruf nach neuen Ausnahmegeetzen. Auch jetzt wieder sind die Junker an der Arbeit, um mit Hilfe des Dreiklassenparlamentes und der preussischen Regierung ihr Wesen zu treiben. Diese Schädlinge der Nation, deren Macht in den die Arbeiter entrechtenden Gesetzen, vor allem in dem elenden Dreiklassenwahlrecht mit seiner veralteten Wahlkreis-einteilung wurzelt, scheuen sich nicht, in der schamlosesten Weise Sturm zu laufen gegen die winzigen Rechte des Volkes und mit den Waffen der Lüge und Verleumdung den Kampf um die völlige Knebelung der Arbeiterklasse zu führen.

Beseitigung des Koalitionsrechts! Ein neues Ausnahmegeetz gegen die Sozialdemokratie, ein Zuchtgeetz gegen die gewerkschaftlichen Organisationen! Das ist das Ideal, das den preussischen Junkern vor Augen schwebt, und dem sie mit einem Eifer nachlaufen, der einer besseren Sache wert wäre. Auf dem Wege der Reichsgeetzgebung können sie bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages ihr Ziel nicht erreichen, darüber sind sie sich einig. Deshalb muß der preussische Landtag herhalten als Resonanzboden für ihre verbrecherischen Anschläge. Und ganz systematisch und ohne Rücksicht gehen die Junker auf ihr Ziel los. Im Sommer vorigen Jahres die bekannte Resolution des Herrenhauses, die ein Arbeitswilligensgeetz fordert. Bei der diesmaligen Generaldebatte des Etats im Abgeordnetenhause das von Herrn v. Arnim erhobene Verlangen nach einem Ausnahmegeetz gegen die Sozialdemokratie, und endlich am Freitag als Einleitung zu der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern die dreifache und unerschämte Aufforderung der Kardorff und Graf v. d. Groeben nach einem Zuchtgeetz und Ausnahmegeetz zugleich.

Wir sind dem Abg. v. Kardorff, der den Reigen der Redner eröffnete, dankbar für die Aufrichtigkeit, mit der er das junkerliche Endziel enthüllte, seine Rede wird uns in der Agitation gute Dienste leisten, sie wird auch dem zurückgebliebensten Arbeiter die Augen darüber öffnen, wohin der Kurs führt. Nachdem der freikonservative Führer Verwahrung dagegen eingelegt hatte, daß der Reichstag sich in preussische Angelegenheiten einmische, da Preußen Herr im Hause bleiben wolle, und nachdem er seiner Sehnsucht darüber Ausdruck verliehen hatte, daß der Staatssekretär Delbrück endlich bei dem preussischen Polizeiminister v. Dallwitz in die Lehre gehen möge, holte er zum vernichtenden Schluß gegen die Sozialdemokratie aus. Können Worte töten — die Sozialdemokratie wäre tot geredet. Alles, was seit Jahren an törichtem und albernen Märchen über sozialdemokratischen Terrorismus verbreitet ist, all die Lügen, mit denen der Reichsverband die Presse überhäufte, trug Herr v. Kardorff zusammen, die trambpfaftesten Anstrengungen machte er, um die Sozialdemokratie als eine im Heugabelsinne revolutionäre Partei zu schildern, und den braven Spießbürger graulich zu machen. Zwischendurch gingen mehr oder minder verdeckte Angriffe gegen Herrn Delbrück, dessen Sturz die Konservativen planmäßig vorbereiten. Verlangte ihr Redner doch nicht mehr und nicht weniger, als daß der preussische „Geist“ auch in die Reichsämtler einziehen möge, und erklärte er doch ganz offen, daß es seine Absicht sei, die Reichsregierung gegen die Reichstagsmehrheit scharf zu machen. Nicht der Wille des Volkes, das den Junkern bei den letzten Reichstagswahlen eine so schallende Ohrfeige verfezt hat, soll entscheiden, sondern einzig und allein der Wille der Kleinen, aber mächtigen Junkersippe, die von Preußen aus die Geschichte des Reiches zu lenken sich anmaßt.

Genosse Hirsch, der unmittelbar nach Herrn v. Kardorff zu Worte kam, rechnete mit dem junkerlichen Draufgänger gründlich ab. War der erste Teil der Rede unseres Genossen einer Schilderung des unheilvollen Einflusses Preußens auf das Reich und einer Betrachtung der trostlosen innerpolitischen Verhältnisse des führenden Bundesstaates gewidmet, so brachte der zweite Teil eine eingehende Widerlegung des von dem Scharfmacher vortragenen Reichsverbandmaterials. Im Gegensatz zu Herrn v. Kardorff, der sich in ganz allgemeinen Redensarten über sozialdemokratischen Terrorismus ergangen und für keine seiner Behauptungen auch nur den Schatten eines Beweises anzutreten sich bemüht hatte, wies der sozialdemokratische Redner an der Hand altentmähiger Darstellungen gerichtlicher Entscheidungen in einer großen Reihe von Einzelfällen die verlogene Art des Kampfes gegen die Sozialdemokratie nach, um schließlich zur Offensive überzugehen und dem vermeintlichen sozialdemokratischen Terrorismus Beispiele für wirklichen Terrorismus entgegenzustellen, wie er von konservativer Seite geübt wird.

Aber was nützt der altentmähige Nachweis in einem Parlament, das keinerlei Beweise gelten läßt, das an die Stelle der Gerechtigkeit die Gewalt zu setzen entschlossen ist! Der konservative Graf v. d. Groeben setzte sich über die von Hirsch angeführten Tatsachen hinweg, indem er sie einfach als nicht vorhanden ansah und spannen den Kardorffschen Saden

weiter. Ob die Regierung dem Drängen der Konservativen und ihres freikonservativen Anhangs nachgeben wird, ist aus der Erwiderung des Ministers v. Dallwitz nicht zu entnehmen. Allerdings läßt eine Bemerkung am Schluß seiner Rede, in der er von der Zunahme terroristischer Ausschreitungen spricht, die Möglichkeit offen, daß er und die Scharfmacher ein Herz und eine Seele sind. Den Beweis dafür, daß die terroristischen Ausschreitungen von Sozialdemokraten begangen sind, trat Herr v. Dallwitz freilich nicht an, er macht es sich noch bequemer als seine junkerlichen Freunde. Was Herr v. Dallwitz sonst sagte, bewegt sich in der bekannten Schablone: in Preußen ist Alles in bester Ordnung. Es lohnt nicht, darauf einzugehen. Nur die Art, wie er seinen Kollegen vom Reichsamt des Innern in der Form maßvoll, aber scharf in der Sache, abkanzelte, wird noch ein Nachspiel in der Öffentlichkeit haben. Wir sind neugierig, wie das Duell Delbrück-Dallwitz enden, ob der Polizeiminister Preußens oder der Staatssekretär im Reichsamt des Innern als Sieger hervorgehen wird. Daß einer von den beiden, um die

Homogenität des Ministeriums nicht zu trüben, ausgeschifft wird, erscheint uns zweifellos.

Aus der sonstigen Debatte ist die Absage des national-liberalen Abg. Dr. Friedberg an die Scharfmacher zu erwähnen. Herr Friedberg ist ein Gegner von Ausnahmegeetzen, aber bei Leibe nicht aus Prinzip, sondern aus praktischen Erwägungen, weil man damit der Sozialdemokratie doch nicht beikommen kann. Ebenjowenig will Herr Marx vom Zentrum die junkerliche Gewaltpolitik mitmachen. Hier scheiden sich die Wege der Schwarzen und der Blauen.

Allzuviel Gewicht darf man freilich den Versicherungen der Nationalliberalen nicht beilegen, und auch auf das Zentrum ist kein Verlaß. Die Sozialdemokratie ist bei dem Kampfe um die Rechte des Volkes in erster Linie auf sich allein angewiesen, sie wird aus der Debatte, die am Sonnabend fortgesetzt werden soll, die Lehren ziehen und mit erneuten Kräften den Kampf aufnehmen gegen die Attentate der junkerlichen Scharfmacher und zugleich für ein freies Wahlrecht in Preußen.

Nochmals Kampf?

Montag abend 7 Uhr läuft der Waffenstillstand ab und wenn man den Versicherungen der Balkanverbündeten glauben müßte, wäre der Wiedergeburt des Krieges unvermeidlich. Aber noch haben die Kanonen nicht gesprochen und so kritisch die Situation ist, so kurz die Zeit, man kann es doch schwer glauben, daß noch neue entsetzliche Opfer gebracht werden sollen, obwohl die Entscheidung eigentlich schon gefallen. Denn die Teilung Adrianopels bedeutet im Wesen ja nichts anderes als die Aufgabe der Stadt, und dieser Vorschlag ist nur ein letzter verzweifelter Versuch der Jungtürken, ihr Prestige zu wahren. Und einen solchen Krieg zu verhindern, sollte der Diplomatie wirklich unmöglich sein? Unmöglich, wo es doch jetzt im eigenen Interesse der Mächte liegt — von Erwägungen der Humanität ganz zu schweigen — den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern, deren Ergebnisse unabweisbar sind.

Selbst ohne neuen Krieg ist die Lage der Türkei verzweifelt genug. Der jungtürkische Ruß hat die alten Feindschaften neu belebt. Nicht nur das Offizierkorps ist gespalten; auch aus den Gebieten der kleinasiatischen Türkei, aus Smyrna, Beirut und Bassora kommen Nachrichten von Unruhen. In solcher Situation würde eine neue Niederlage der Türkei auch in Kleinasien schwere Erschütterungen zur Folge haben, die die mühsam erreichte Einigkeit der Mächte sehr leicht sprengen könnten. Der Abschluß des Friedens ist so nicht minder ein europäisches wie ein türkisches Interesse und die Jungtürken waren schlecht beraten, als sie ihn verhinderten. Die wenigen Tage, die seit ihrem unseligen Versuch verflossen sind, haben das Urteil, das wir am Tage der Revolte gefällt haben, nur allzusehr bestätigt.

Die militärische Situation.

Wenn die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden, wird die Entscheidung kaum an der Eschataldtscha-Linie fallen. Die dortige Defensivstellung der Türken ist sowohl nach der technischen Seite wie in Hinsicht des Mannschaftsbestandes — es sollen 150 000 bis 160 000 Mann dort vorhanden sein — so stark, daß die Bulgaren einen Durchbruch mit schweren Opfern bezahlen würden. Es wird vielmehr in

erster Linie um den Besitz von Adrianopel gekämpft werden. Die Fernierungsarmee wird dort gebildet von der zweiten bulgarischen Armee, die durch zwei serbische Divisionen verstärkt ist. Bis jetzt ist noch kein größerer Fort in den Händen der Belagerer, deren Positionsartillerie trotz aller Ergänzungen noch nicht allen Anforderungen des Festungskrieges genügen wird. Die türkische Besatzung, über deren Stärke zuverlässige Angaben nicht vorliegen, wird mit ihrem Proviant ziemlich am Ende sein. Andererseits werden die Belagerer, die zum größten Teil aus den ältesten Landwehrojährgängen und blutigen Leuten bestehen, schwer unter den Unbilden der Bitterung zu leiden gehabt haben.

Die Kündigung des Waffenstillstandes.

Konstantinopel, 31. Januar. Die Depesche, mit welcher der Oberkommandierende der bulgarischen Armee General Sawoff dem Generalissimo Mahmud Schewket Pascha die Kündigung des Waffenstillstandes mitteilte, hat folgenden Wortlaut:

Ich teile Eurer Excellenz mit, daß die Verhandlungen in London abgebrochen sind. Ich habe die Ehre, darauf hinzuweisen, daß die Feindseligkeiten gemäß Artikel 4 des Waffenstillstandsprotokolls vier Tage nach Heberreichung der Kündigung, das heißt am nächsten Montag, abends 7 Uhr, wieder aufgenommen werden.

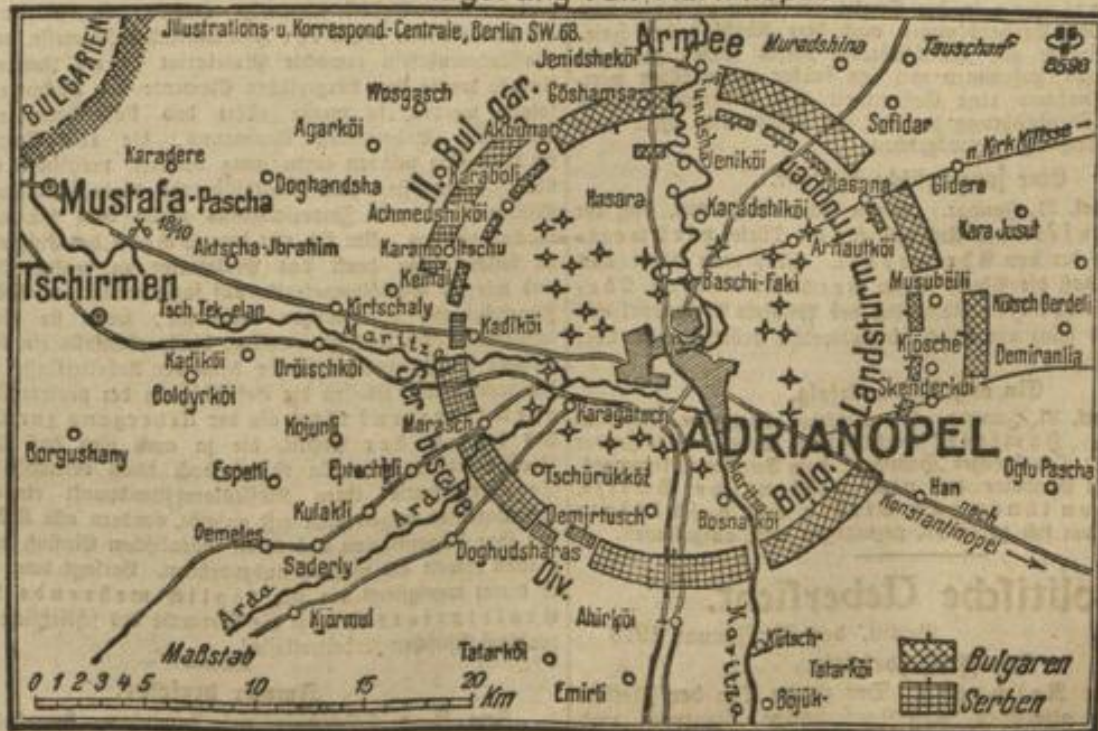
Mahmud Schewket Pascha antwortete darauf, daß er von der Mitteilung Kenntnis genommen habe.

Das Preßbureau veröffentlicht ein Communiqué des Hauptquartiers, welches besagt: Da die Bulgaren den Waffenstillstand aufgekündigt haben, werden wir die Feindseligkeiten gemäß Artikel 4 des Waffenstillstandsprotokolls am Montagabend um 7 Uhr wieder beginnen.

Die Mächte als Zuschauer!

Wien, 31. Januar. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Durch den Abbruch der Friedensverhandlungen und die Kündigung des Waffenstillstandes sind neue Komplikationen entstanden. Die Möglichkeit, daß die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden, ist infolge der Ereignisse nicht gänzlich ausgeschlossen. Aber auf eines ist, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zu rechnen: Selbst in dem wohl nicht wahrscheinlichen aber möglichen Falle des neuerlichen Kriegs-

Karte zur Belagerung von Adrianopel.



ausbruchs werden die Mächte ruhige Zuschauer des Kampfes bleiben, und die Befürchtungen, es könnten aus Anlaß dieses Kampfes weit gewaltigere Interessengegenstände, als sie die kriegsführenden Parteien betreffen, auseinanderprallen, weichen immer mehr der zuberstehenden Hoffnung, daß das Konzert der Mächte durch einen Wiederausbruch der Feindseligkeiten auf dem Balkan nicht gestört werden wird.

Anfuhr in Adrianopel?

Sofia, 31. Januar. Aus Adrianopel hier eingetroffene Meldungen besagen, daß die Lebensmittel in der Stadt nahezu aufgebraucht sind. Alle Einwohner der Stadt verlangen die sofortige Liebergabe der Festung, und es verlautet, daß verschiedene Tumulte stattgefunden haben, wobei mehrere höhere Offiziere ermordet worden sein sollen.

Die Antwort der Pforte.

Konstantinopel, 31. Januar. Die gestern überreichte türkische Antwortnote hat folgenden Wortlaut: Der unterzeichnete Minister des Aeußeren hat den Inhalt der Kollektivnote, welche die Botschafter Oesterreich-Ungarns, Englands, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Italiens am 17. d. M. seinem Amtsvorgänger zu übermitteln beabsichtigten, zur Kenntnis genommen. Die ottomanische Regierung zögert nicht anzuerkennen, daß der Abschluß des Friedens den Wünschen und Interessen der Allgemeinheit entspricht, und sie gibt sich Rechenschaft darüber, daß es geboten sei, so schnell als möglich dem Kampfe ein Ende zu setzen, den sie keineswegs hervorgerufen hat.

In ihrer Mitteilung haben es die Mächte für nötig erachtet, der Türkei den Rat zu erteilen, der Abtretung der Stadt Adrianopel an die verbündeten Balkanstaaten zuzustimmen und für die wichtigsten Angelegenheiten der Mächte die Sorge zu überlassen, deren Schicksal zu bestimmen. Die kaiserliche Regierung glaubt hervorheben zu sollen, daß sie bereits ungewöhnliche Weise ihrer persönlichen Haltung dadurch gegeben hat, daß sie unermesslichen Opfern zustimmte. Da Adrianopel eine Stadt ist, die vermöge ihres besonderen Charakters in untrennbarem Zusammenhang mit dem türkischen Reiche steht, hat das bloße Gerücht einer Abtretung dieser Stadt im ganzen Lande eine detourante Erregung hervorgerufen, daß sie die Demission der früheren Regierung herbeigeführt hat.

Nichtbestimmter ist die kaiserliche Regierung, um den äußersten Beweis ihrer friedfertigen Gesinnung zu geben, geneigt, sich dem Wunsche der Mächte hinsichtlich jenes Teiles Adrianopels zu fügen, der am rechten Ufer der Mariza gelegen ist, während sie den am linken Ufer dieses Flusses gelegenen Stadteil mit seinen Moscheen, Kaufhäusern und anderen historischen und religiösen Denkmälern behielt. Die Erhaltung dieses Teiles der Stadt unter der direkten autonomen Souveränität ist für die kaiserliche Regierung eine Notwendigkeit, der sie sich nicht entziehen konnte, ohne das Land einer Erschütterung auszuweichen, die die schwersten Stomplikationen mit sich bringen könnte.

Was die Ägäischen Inseln betrifft, gestattet sich die Regierung mitzuteilen, daß während ein Teil derselben infolge der unmittelbaren Nachbarschaft der Dardanellen für die Verteidigung der Hauptstadt unerlässlich ist, der Besitz der übrigen, einen integrierenden Bestandteil der asiatischen Besitzungen des Kaiserreiches bildenden Inseln, nicht minder unerlässlich ist für die Sicherheit Kleinasiens. Jede Lösung, die dahin zielen würde, die Autorität der Regierung auf diesen Inseln zu verringern, würde das Ergebnis haben, sie in ebenso viele Agitationsherde zu verwandeln, deren Wirkung auf das benachbarte Festland übergreifen würde. Die Folge wäre die Schaffung eines Zustandes der Zerrüttung gleich demjenigen in Mosabdomen, der die Ruhe Europas bedrohte und noch immer bedroht.

Abgesehen von den bedauerlichen Wirkungen, die eine detourante Lösung auf die öffentliche Meinung in der Türkei ausüben müßte, würde sie den Ansichten der Großmächte zumwiderlaufen, denen die dauernde Herbeiführung der Konsolidierung und des Gedeihens des türkischen Reiches am Herzen liegt. Infolgedessen könnte die Pforte zustimmen, daß die Mächte das Schicksal der von den verbündeten Balkanstaaten besetzten Inseln festzustellen belieben, indem sie den vorstehenden Erwägungen Rechnung und dafür Sorge tragen, daß die Position der Dardanellen unberührt bleibt, was die hohe Pforte als eine in den höchsten Interessen Europas gelegene Angelegenheit betrachtet. Die kaiserliche Regierung ist überzeugt, daß die Mächte im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit wohl geneigt sein werden, anzuerkennen, wie groß die Opfer sind, die zu bringen, die Regierung bereits zugestimmt hat, und zuzugeben, daß die Pforte im Recht ist, wenn sie alle neuen Forderungen zurückweist, die von den Verbündeten erhoben werden könnten. Die Pforte nimmt mit wahrer Befriedigung Akt von den wohlwollenden Dispositionen der Mächte und ihren Versprechungen, der türkischen Regierung ihre moralische und materielle Unterstützung zu leisten, damit sie in die Lage versetzt werde, die Schäden des Krieges zu heilen und die natürlichen Quellen des Reiches für dieses nutzbar zu machen. Zu diesem Behufe ist es unerlässlich, daß die Mächte der Türkei schon jetzt das Recht zugestehen, in voller Freiheit einen autonomen Zolltarif einzuführen; ferner auf den Prinzipien des modernen Rechtes beruhende Handelsverträge abzuschließen; endlich die fremden Staatsangehörigen den ottomanischen Steuergeboten zu unterstellen, denen die türkischen Untertanen unterworfen sind und sein werden, und daß die Mächte inwischen einer vierprozentigen Erhöhung der Zölle zustimmen.

Für nicht weniger unerlässlich hält es die Pforte, daß die ausländischen Botenstaten unter Bedingungen aufzulassen werden, die leicht festzusetzen wären, in dem Sinne, daß dem Handel alle Garantien für die notwendige Schnelligkeit und Sicherheit des Verkehrs geboten werden.

Die Pforte ist weiter der Ansicht, daß eine Erklärung der Mächte, in der sie ihren Wunsch zu erkennen geben, dem Regime der Kapitulationen in der Türkei ein Ende zu setzen, und die Eröffnung von Verhandlungen nach dem Abschluß des Friedens, um gemeinsam zur Durchführung dieses Zweckes geeignete Mittel zu studieren, zusammen mit den früher aufgestellten wirtschaftlichen Maßnahmen eine Gesamtheit von Maßnahmen bilden würden, die die Durchführung der von den Mächten in ihrer Note gemachten Versprechungen ermöglichen.

Eine jungtürkische Stimme.

Konstantinopel, 31. Januar. „Jeune Turc“ führt aus, daß der Besitz der Inseln des Ägäischen für die Türkei viel wertvoller sei, als der von Adrianopel. Wenn man daher auch zugeben dürfte, daß die Pforte sich in Verhandlungen über neue Zugeständnisse hinsichtlich des Wilsajet Adrianopel einlasse, so wäre es ganz unmöglich, irgendwelche Erörterungen über die Inseln zuzulassen.

Ein angeblicher Erfolg.

Konstantinopel, 31. Januar. Die Gerüchte über eine Boffentat des Kreuzers „Hamidie“ werden von Sabas in folgender Form verzeichnet: Der Kreuzer „Hamidie“, vom Euxinischen Meer, brachte drei von ihnen zum Sinken und beschädigte das vierte, das, um sich zu retten, gezwungen war, aufzulassen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 31. Januar 1913.

Die Fleischdebatte.

Aus dem Reichstag. Der zweite Tag der Fleischdebatte hat das alte Bild, daß Konservative, Zentrum und Nationalliberale geschlossen für den Vollwucher eintreten. Die

Reden des Reichsparlaments G m p, des Zentrumsmannes Maginger, des nationalliberalen Bauernbündlers Hestermann und konservativen Weindöck hätte man alle miteinander verkaufen können, so fast aufs J-Lüpfelchen gleichen sie sich in der Bekämpfung der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Verheerungsanträge zum Regierungsgesegentwurf über die Fleischfuhrerleichterung. Mit Recht verwies der Fortschrittler Koch darauf, daß Herr Hestermann als Vertreter des Bauernbundes nicht anders spreche, als früher in Agitationsreden für den Bund der Landwirte. Die Fortschrittler selbst spielten wieder eine merkwürdige Rolle. Ihren Antrag verwarferten sie dahin, daß nur für den Fall und die Dauer eines Notstandes die Suspension der Vieh- und Futtermittelzölle eintreten solle. Ebenso bekamen sie es fertig, gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Paragraphen 12 des Fleischbeschaugesetzes zu stimmen, nachdem ein einschränkender Zusatz von ihnen in einfacher Abstimmung gefallen. So blieb als Ergebnis der zweitägigen Debatte nur die Annahme des Regierungsgesegentwurfes, dem auch die Sozialdemokraten zustimmten, obgleich sie sich davon keine besonderen Erfolge dieses Gesetzes bei der Teuerungsbekämpfung versprechen. Konservative und Antisemiten bekamen es fertig, auch gegen diese bescheidensten Maßnahmen zu stimmen.

In der Debatte brachte Genosse Schmitt nochmals das Tatsachenmaterial zum Vortrag und polemisierte wirksam gegen den Volksserrat des Zentrums. Herr v. Camp (Sp.) gab durch eine Kritik des fortschrittlichen Kommissionsberichts dem Berger darüber Ausdruck, daß die Reichspartei infolge ihrer geringen Anzahl nicht mehr in Kommissionen vertreten ist, worauf sich der Berichterstatter Wendorf über dieses „Gruppchen“ lustig machte. Gegen Hestermann (Bauernbund), der nach eigenem Beständnis keine andere Qualifikation für den Vollwucher mitbringt als seinen Getreidebau, polemisierte Koch von der Volkspartei auf Grund eigener landwirtschaftlicher Erfahrungen. Der letzte Redner Sehardt erntete Antisemiten im Hause bisher nie gependeten stürmischen Beifall — aus eitel Dank für das Ende seiner Rede und damit der Sitzung. — Sonnabend 11 Uhr dritte Lesung des Fleischfuhrergesetzes.

Hinter verschlossenen Türen.

Die Fleischquotekommission ist nach einem Verzicht der „Nordd. Allg. Ztg.“ wieder einmal zusammengetreten. Statt einer detaillierten Mitteilung über den Inhalt der Verhandlungen setzt das Kanzlerorgan nochmals den Zweck dieser Kommission auseinander, um ihre Beratungen vor Mißdeutungen zu schützen. Es braucht den Konsumenten aber gar nicht erst versichert zu werden, daß die Kommission nicht Maßnahmen zur Befreiung der augenblicklichen Teuerung beschließen darf. Die Furcht der Regierung vor einer Vinderung der Volksnot ist bekannt genug. Die Kommission, die möglichst selten tagt, hört noch immer Sachverständige aus Landwirtschaft, Handel und Fleischergerberei. Aber niemand darf erfahren, was die Herren auszusagen die Güte haben. Die Furcht vor der Öffentlichkeit geht so weit, daß man erst nach Abschluß der Vernehmungen über die Wertung des Materials Beschlüsse fassen will. Die Kommission wird schon für die gehörige Auslese der Mitteilungen Sorge tragen. Die Regierung kann ganz beruhigt sein; die Fleischquotekommission wird eine Beunruhigung des Publikums nicht hervorrufen. Dafür bürgen die Zusammenstellung der Kommission und die Art der Verhandlungen.

Raumann der Träumer.

Herr Raumann ist wieder einmal unter die Propheten gegangen. „Die Linke kommt!“ prophezeit er in einem langen Artikel der „Volkspartei“. Und zwar stellt sich Herr Raumann diese Linke als eine „Volkspartei“ vor, „in der Demokratie und Nationalismus bei einander wohnen, eine breite schaffende Mehrheitspartei mit freien neuen Gedanken“. Diese Linke werde kommen trotz aller Zweifel. In der Range der liberalen Wähler müsse und werde sich der Gedanke durchringen, daß man „ohne Arbeiterforderungen keine politische Fortschrittstruppe besitzt, daß ein Liberalismus der Gefährlichen keine Elementarlast ist.“ In den liberalen Wählermassen müsse die Erkenntnis liegen: „Alle Kultur, die nicht konterwärtig-kerikal ist, kann im heutigen Deutschland nur mit der Arbeitermasse gemacht werden.“

Herr Raumann trägt alle diese Dinge mit einem so schönen hoffnungsvollen Optimismus vor, als handele es sich bei ihm um eine eben erst entdeckte politische Heilswahrheit. In Wirklichkeit sind diese Zukunftsträume aber nichts als das nun fast zwanzig Jahre alte nationalsoziale Programm, für das so viele Jahre hindurch Hunderte von begeisterten Raumann-Jüngern mit tausend Pfosten in den politischen Kampf zogen, um sich schließlich auf gerettetem Boot in die stagnierenden Gewässer der Fortschrittspartei treiben zu lassen. Und wenn uns jetzt der unterwühlte Optimist Raumann seine Pala Morgana abermals so illusionenreich als politisches Zukunftsparadies des Liberalismus vorzugucken sucht, so wissen doch alle mit politischen Tatsachen rechnenden Geister, daß der Traum Raumanns heute von seiner Verwirklichung ebenso unendlich weit entfernt ist, wie vor anderthalb Dezennien.

Denn was Herr Raumann als Wangel an politischer Einsicht des Liberalismus ansieht, ist nichts als die ganz natürliche Wirkung ökonomischer Triebkräfte, die den Liberalismus einer demokratisch-proletarischen Politik abgeneigt machen. Kapitalisten und Kleinbürger vertreten eben ihr wirtschaftliches Interesse, wie das zum Massenbewußtsein erwachte Proletariat seine Interessen vertritt. Und so wenig die bürgerlichen Elemente den Redungen Raumanns folgen werden, so wenig rührt das Klassenbewußte Proletariat die naive Erhöhung Raumanns, die 110 Sozialdemokraten im Reichstag würden einen ganz anderen politischen Einfluß ausüben, wenn sie „auf staatsführende Mehrheitsbildung“ bedacht. Militarismus und Imperialismus gleich dem Liberalismus mitmachen würden. Um sich mit dem Schein des Einflusses abzugeben, dazu denkt das Proletariat zu realpolitisch nach; und wie die Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Gebiete größere Zugeständnisse durchzusetzen vermöchte, wenn sie gleichfalls dem imperialistischen Wahnsinn erlag, bleibt ebenfalls ein Rätsel. Denn welches Prestigiemittel bliebe denn der Arbeiterklasse übrig, wenn die herrschenden Klassen die Befriedigung der proletarischen Wünsche verweigerten? Nicht als der Übergang zur Opposition, das heißt zu der Politik, die ja auch jetzt das Klassenbewußte Proletariat treibt! Da ist es doch schon vernünftiger, daß die Sozialdemokratie ihren Klassenkampfstandpunkt eines unstilligen Experimentes wegen nicht erst aufgibt, sondern alle Kräfte anspannt, um ihre Organisation und ihren moralischen Einfluß auf die Volksmassen so weit als möglich auszudehnen. Veragt dann der Freisinn, so bietet wenigstens die sich täglich mehrende Macht des Proletariats selbst die Garantie des schließlichen Triumphes der sozialistischen Arbeiterklasse!

Immer derselbe.

Herr E. v. Oldenburg auf Januschan, der bei der letzten Reichstagswahl trotz seiner Geistesgröße in seinem früheren Wahl-

kreise Ehing-Marienburg durchgefallen ist, hat am Mittwoch in Marienburg auf der westpreussischen Provinzialversammlung des Bundes des Landwirte wieder eine seiner bekannten, durch unwilligen Humor ausgezeichneten Reden über die politische Lage gehalten. Nach seiner Ansicht befindet sich zurzeit die Reichswirtschaft in einem schauerhaften „Aubdelmuddel“ — und daran seien auch die Konservativen und die Regierung mitschuldig — die Konservativen, weil sie viel zu bescheiden seien, die Regierung, weil sie hin und her schwankt.

„Es ist“, meinte Herr v. Oldenburg, „ein Kardinalfehler der Konservativen, daß sie lange nicht rücksichtslos genug sind. Wenn wir so rücksichtslos auftreten wie unsere politischen Gegner, dann werden sie Angst vor uns bekommen, und Angst ist die Mutter großer Taten. Wir müssen nach dem Wort handeln: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Dann werden sich unsere Gegner barbarisch in acht nehmen. Jetzt lassen sie uns in den Rücken und paktieren mit den Sozialdemokraten, wir aber haben den faulsten Rationalliberalen heraus. Wir müssen sie zigen lassen, dann werden wir ein Geschäft mit ihnen machen. Wünschenswert ist es, wenn wir mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen zusammengehen. Für das Schwanken der Regierung fehlt mir das Verständnis. In Zeiten, wo ein Bismarck die Peine hielt, stellte die Regierung ein Programm auf und hielt daran fest. Aber in dieser Zeit wird viel zu viel Rücksicht auf die Parteien genommen. Die Regierung richtet sich nach den Parteiwünschen und ändert ihr Programm, wenn sie eine Mehrheit für diese Veränderung findet. Bei Betrachtung der inneren Verhältnisse sage ich ganz offen: ich würde einen Schred bekommen, wenn mich darüber noch etwas erschrecken könnte. Ich habe gelesen, daß der Staatssekretär Delbrück, der in der Provinz Westpreußen als ihr Oberpräsident eigentlich viel netter war, im Reichstag gedroht hat, wenn Preußen das Wohnungsrecht nicht einbringe, dann würde er es vom Reich aus einbringen. Zwei Dinge befremden mich dabei: Er hat gar nichts einzubringen, das ist Sache des Reichslanzlers. Wenn ein Untergeordneter des Reichslanzlers in dieser Form im Reichstage auftritt, dann besitzt der Reichslanzler nicht die genügende Autorität, dann ist etwas faul im Staat Dänemark.“

Das alte Lied.

Endlich wird der Versuch unternommen, für die kommende Militärvorlage wenigstens den Schein einer Begründung zu geben. Die Berliner Politischen Nachrichten des Herrn Schweinburg, die sich zu solchen Tritten immer dienstwillig zur Verfügung stellen, bringen einen offenbar vom Kriegsministerium inspirierten Artikel, in dem zunächst zugegeben wird, daß es Verwunderung erregen müsse, wenn schon wieder eine neue umfassende Militärvorlage in Aussicht stehe, nachdem erst zwei Jahre hintereinander eine Verstärkung der Armee durchgeführt worden ist. Aber einmal habe Frankreich durch ein neues Kaderegeseh sein Heer beträchtlich verstärkt, zum anderen habe der Balkankrieg in ungleich höherem Maße als der russisch-japanische Krieg ein zutreffendes Bild von dem gegeben, was in einem kommenden Kriege nötig ist. Es entspreche durchaus dem Geiste und der stetigen Übung unserer Heeresverwaltung, solche Lehren ohne Verzug zu beherzigen und daraus die praktischen Schlussfolgerungen für die Ausgestaltung der Armee zu ziehen. Gerade in dieser bewährten Tradition unserer Heeresverwaltung, stets sich alle Fortschritte der Kriegswissenschaft und Kriegskunst anzueignen und so unserer Armee einen Vorsprung vor den konkurrierenden Heeren zu erhalten, habe Herr Bismarck bekanntlich die sicherste Gewähr für die Erhaltung des Friedens erblickt. Auch die jetzt in Aussicht genommene beträchtliche Verstärkung unseres Heeres habe daher in erster Linie die Bedeutung verbesserter Sicherung des Friedens.

Die Betonung, die auf die Worte „beträchtliche Verstärkung“ gelegt wird, läßt erkennen, daß die neuen Forderungen ganz gewaltige sein werden. Darauf deutet auch der Hinweis hin, daß das Volk eine neue namhafte Versicherungsprämie zu leisten habe. Wenn man aber bedenkt, welchen Schaden das Erwerbshaben durch einen Krieg zu erleiden hätte, so müßten die geforderten Opfer als gering betrachtet werden. Der Artikel schließt mit der Hoffnung, daß die bürgerlichen Parteien einmütig der neuen Heeresvorlage zustimmen werden.

In dieser Hoffnung wird die Regierung nicht getäuscht werden. Alle bürgerlichen Parteien werden sich von der alten, abgeleiteten Melodie von der „Versicherungsprämie“ einfangen lassen. Man wird sich damit abfinden, daß das Kriegsministerium vor den Hebern des Wehrvereins kapituliert hat. Dabei ist zu konstatieren, daß weder die Berufung auf das französische Kaderegeseh noch die Lehren des Balkankrieges zur Begründung der neuen maßlosen Forderungen unseres Militarismus ins Feld geführt werden können. Über die bürgerlichen Parteien nehmen in Militärfragen alles, was ihnen von den Junktmilitärs dargelegt wird, kritiklos als unumstößliche Offenbarung hin. Generalmajor Reim kann triumphieren.

Andere Zeiten!

Das „Berl. Tagebl.“ bringt heute aus einem demnächst erscheinenden Buche Aufzeichnungen des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Crispi über ein Gespräch, das er im Mai 1899 mit Bismarck führte.

Die Unterredung schloß folgendermaßen:
Bismarck: „Sollen Sie die deutschen Besichtigungen in Afrika lausen?“
Crispi: „Durchlaucht, ich bin bereit, Ihnen die italienischen zu verkaufen.“

Die Zeiten ändern sich; damals gab's für die afrikanischen Kolonien keine Abnehmer, seitdem haben wir den südwestafrikanischen Krieg geführt, die Italiener den Tripolistrub vollendet und um Marokko wäre beinahe ein Weltkrieg ausgebrochen. Das Kapital hat eben seitdem gelernt, auch Sandwästen in ertragreiche Anlagegründen umzuwandeln, in denen Eisenbahnen mit Staatsgarantie, Hafen- und Bewässerungsanlagen, ungenügend angelegte Bergwerke durch Ausbeutung einer des Landes beraubten und in Sklaverei gestützten Bevölkerung reiche Profite abwerfen.

Landtagswahlen in Sachsen-Altenburg.

Am 6. Februar finden die Landtagswahlen in Herzogtum Sachsen-Altenburg statt. Was den Staatsminister v. Schallersteinwar, ehemals Gesandter des Reiches am Hofe Konstantin von Albanien, veranlaßt hat, Wahlgangswahlen anzusetzen, ist nicht bekannt. Ungünstiger für die wertvolle Bevölkerung tonats der Wahltermin kaum gelegt werden.

Bei den alle drei Jahre erfolgenden allgemeinen Reichswahlen zum Landtage kann die Sozialdemokratie nur auf einen Teilerfolg rechnen. Es wird nach vier Klassen gewählt: Höchstbesteuerte, erste, zweite und dritte Klasse. Von den 82 Abgeordneten, aus denen der Landtag besteht, entfallen auf die zweite und dritte Abteilung je acht, auf die erste Abteilung sieben und auf die Höchstbesteuerten neun Mandate. Bis auf ein Mandat hatte bisher die Sozialdemokratie die Mandate der dritten Abteilung in Händen. Das achte

Randat ist einstweilen noch nicht zu erobern, da dieser Kreis fast rein Kleinbürgerlich ist.

Bei der Wahl vor drei Jahren eroberte die Sozialdemokratie vier Mandate, davon drei auf dem platten Lande, die sie dem Wunde der Landwirte abnahm. Um diese drei Mandate — die vier städtischen Mandate sind sicherer Besitzstand der Partei — ist zwischen den früheren und den gegenwärtigen Inhabern der Sitze ein heftiger Kampf entbrannt. Der Bund der Landwirte hat ein halbes Duzend seiner bekannten Wanderredner auf die Landkreise losgelassen und seit Januar hält er Tag für Tag Versammlungen in den Landorten ab.

Die agitatorische Tätigkeit unserer Genossen steht jedoch der Agitation der Wähler nicht nach. Seit Neujahr ist Sonntag für Sonntag der sonst nur einmal im Monat erscheinende „Altenburger Landbote“ in doppeltem Format in Stadt und Land verbreitet worden. Jedesmal kommen auf diese Weise 50 000 Flugblätter im Lande zur Verbreitung. Außer den bisherigen Abgeordneten haben ferner die Reichstagsabgeordneten Vrech und Kämpfer eine Reihe von Versammlungen auf dem Lande abgehalten.

Die Viehzüchtung in Württemberg

hat, wie auch in anderen Bundesstaaten, einen erheblichen Rückgang der wichtigsten Viehzüchtungen ergeben. Während bei allen früheren Zählungen eine Zunahme des Rindviehs zu verzeichnen war, wurden diesmal 10 018 Stück Rindvieh = 0,93 Proz. weniger gezählt, als 1907. Im Ganzen wurde ein Bestand von 1 168 109 Stück Rindvieh festgestellt. Viel größer ist der Rückgang im Schweinebestand, der von 387 185 auf 480 494 Stück sank, also um 56 601 Stück oder 10,5 Proz. verminderte. Der Bestand an Schafen geht schon seit Jahrzehnten zurück; die Abnahme ist aber diesmal größer als in irgend einer früheren Periode. Die Zahl der Schafe ging von 278 887 auf 212 121 Stück oder um 23,5 Proz. zurück. Das statistische Landesamt macht für diesen Rückgang bei den Schafzucht die niedrigen Fleischpreise von 1912 und die Futtermittelkrisis, bei den Rindern die ungenügende Futtermittelversorgung von 1909 bis 1911 verantwortlich. Es ist dabei nicht zu übersehen, daß sich mit dieser Erklärung die zu termittelkrisis und die ganze agrarische Wirtschaftspolitik nicht vereinbart.

Die Sparbarkeit der „Notleidenden“.

Nicht nur das Steuerzahlen ist den Konservativen trotz ihrer angeblichen Vaterlandsliebe aufs höchste verhaßt, auch ihre Beiträge an die konservativen Wahlvereine entrichten sie höchst nachlässig und mangelhaft. Unserem Breslauer Parteiblatt ist ein vertrauliches Zirkular zugeflogen, das Regierungsrat Gröbner, der Vorsitzende des dortigen Konservativen Vereins an seine Getreuen vertritt. Er beklagt sich darin, daß sehr viele Mitglieder nur den jährlichen Mindestbeitrag von 50 Pf., im Durchschnitt aber nicht mehr als 1 oder 2 Pf. im Jahre zahlen und weist demgegenüber auf die Opferwilligkeit der Sozialdemokraten hin.

50 Pf. Jahresbeitrag, also 1 Pf. pro Woche ist freilich nicht viel. Vor allem nicht für Herren, die meist recht hohe Einkommen haben und sich Reit- und Wagenpferde halten.

Zu den preussischen Landtagswahlen.

Zwei Mitgliederparlamenten der Sozialdemokratischen Partei in Eibersfeld und Darmen beschäftigten sich mit den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Landtage. Als Kandidaten für den Wahlkreis Eibersfeld-Darmen wurden einstimmig die Genossen Wilhelm Gesehr, Eibersfeld und Karl Haberland, Darmen aufgestellt.

Oesterreich.

Dr. Kronawetter.

Wien, 31. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der alte Kronawetter ist heute im 75. Lebensjahre gestorben. Die Wiener Arbeiterschaft wird diesem echten Demokraten ein gutes Gedächtnis bewahren. Kronawetter war einst der gefeierte Liebling des Wiener Kleinbürgertums, als dieses noch für die Ideale der 48er Revolution schwärmte. Damals sah auch der junge Lueger an seiner Seite. Aber das Kleinbürgertum wurde reaktionär, Lueger sein Abgott, und Kronawetter stand bald allein in alter Treue zu seinen Überzeugungen. In den 80er Jahren vertrat er noch einen Wiener Wahlbezirk im Reichsrat und hier hat er zusammen mit Bernerstorfer, der unter dem infamen Ausnahmezustand niedergebaltene Arbeiterklasse wertvolle Dienste geleistet und unerschrocken die Sozialpolitik und die Polizeivillfür gebrandmarkt. Kronawetter war kein Sozialist, aber ein radikaler Demokrat, der am Abend seines Lebens immer mehr zur Erkenntnis kam, daß die Demokratie nur von der Arbeiterklasse erobert werden kann, und an unserem Kampf und Sieg um das gleiche Wahlrecht hat er hoffnungstreudigen Anteil genommen. Das Wiener Kleinbürgertum aber, aus dem er einst hervorgegangen, hat den treuen Kämpfer längst verraten und vergessen.

England.

Ablehnung der Homerulebill durch das Oberhaus.

London, 31. Januar. Oberhaus. Es war Mitternacht vorüber, als die Abstimmung über die Homerulebill vorgenommen wurde. Da das Ergebnis nicht zweifelhaft war und andererseits auf Grund der Bestimmungen der Parlamentsakte noch keine endgültige Entscheidung über das Schicksal der Bill gefällt wurde, so herrschte keinerlei Erregung im Hause. Die Bill wurde mit 326 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

Wahlurnen.

London, 31. Januar. Bei der Parlaments-Wahlwahl in London und in den Unionisten, Marquis Hamilton, der sein Mandat niedergelegt hatte, wurde der Nationalist Hogg mit 2009 Stimmen gegen den Unionisten Oberst Polensham, der 2642 Stimmen erhielt, gewählt. Das Ergebnis ist infolgedessen interessant, als es den nationalistischen Parlamentsmitgliedern von Ulster eine Mehrheit von einer Stimme gegenüber den Unionisten verleiht.

Infolge der Bekanntgabe des Wahlergebnisses kam es hier zu großen Unruhen. Anhänger beider Parteien zogen in Scharen singend durch die Straßen. Es kam zu mehreren Zusammenstößen. In mehreren Stellen wurde die einschreitende Polizei mit Steinen beworfen. Dreihundert Gendarmen zu Pferde gingen gegen die Manifestanten vor und zerstreuten sie. Gegen Hogg wurde eine Blöße geschleudert. Truppen sind konzentriert.

Marokko.

Drohender Aufstand im spanischen Gebiet.

Paris, 31. Januar. Wie aus Tanger gemeldet wird, gährt es unter den Marokkanern der spanischen Zone, namentlich in der Gegend von Elkar. Die spanischen Behörden beschlagnahmten in Argila mehrere hundert Gewehre, die Marokkaner für den geeigneten Augenblick in Bereitschaft hielt. Mehrere Scheichs Raisulis sollen verhaftet worden sein. Auch in der Gegend von Tetuan soll sich eine aufständische Bewegung vorbereiten.

Parlamentarisches.

Reichseisenbahnen.

Der Etat der Reichseisenbahnen in Elsch-Vollbringen wurde am Freitag in der Budgetkommission des Reichstages beraten, wobei auch die Abschaffung oder eine Reform der Fahrkartensteuer angeregt wurde. Minister Breitenbach ist gegen die Abschaffung aus finanziellen Gründen, dagegen würde er für eine Reform sein, wenn dabei die gleichen Ertragsrisse garantiert werden. Dem schloß sich Schatzsekretär Kühn an. Die Fahrkartensteuer bringe 20 Millionen Mark jährlich ein; auf diese Summe könne das Reich nicht verzichten. Dagegen stehe einer Ausgestaltung der Steuer nichts im Wege, sie müsse aber nicht nur die bisherigen Einnahmen, sondern womöglich noch eine Steigerung bringen. Gegen diese Stimmungsmachung für eine Erweiterung der Fahrkartensteuer wandte sich Genosse Kossik. Genosse Fuchs trat für eine Erweiterung der Rechte der Arbeiterschüsse bei den Reichseisenbahnen ein und kritisierte es lebhaft, daß den Ausschüssen verboten wird, miteinander in Verbindung zu treten, obgleich die Ausschüsse bei Zusammenkünften nur Arbeitsverhältnisse erörtern würden. — Minister Breitenbach meinte, es widerspreche durchaus den dienstlichen Interessen, wenn die Ausschüsse miteinander in Verbindung treten wollten.

Für 547 Zugführer und 1000 Lokomotivführer fordern die Sozialdemokraten eine Zulage von je 100 M., ebenso für alle sonst bei den Reichseisenbahnen angestellten 8025 Unterbeamten. Abg. Haegy wünschte, daß Beamte, die weniger als 1600 M. Gehalt haben, 150 M. Zulage erhalten sollen. Die Regierung bekämpfte diese Forderungen aus finanziellen Gründen und in Rücksicht auf die Bundesstaaten, die solchen Beschlüssen folgen müßten. Außerdem müßten allen anderen Beamten in den Reichseisenbahnen, die in der gleichen Gehaltsklasse stehen, die Zulage gegeben werden. Ebenso unannehmbar sei die andere sozialdemokratische Forderung, allen nichtamtlichen Beamten und Arbeitern eine Lohnerhöhung von 10 Proz. zu geben. — Genosse Beitzkes wies aber nach, daß die Lebensverhältnisse in Elsch-Vollbringen sehr teuer seien, somit die Lohnerhöhungen und Zulagen durchaus gerechtfertigt sind. Sie stellten das Minimum dessen dar, was gefordert und durchgeführt werden müsse. — Die Beratung wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Die Wahl des Abg. Pachnide (Barthel-Ludwig) wurde am Freitag beanstandet und Beweiserhebungen beschlossen. Im Reichstagswahlkreis des Deutschen Reiches, dem Fürstentum Waldeck, wurde in der Stichwahl der Amtgerichtsrat Vietmeyer (Wirtsch. Vgg.) mit 6102 Stimmen gewählt. Auf seinen Gegner, den fortschrittlichen Redakteur Ruskke-Steglich, entfielen 6039 Stimmen. Gegen diese Wahl wurde Protest eingelegt, der sich in der Hauptsache auf folgendes stützt: Der fortschrittliche Kandidat Ruskke wurde von den Antisemiten besonders mit dem Argument bekämpft, daß er — Berliner sei. Ruskke stellte demgegenüber fest, daß er nicht Berliner, sondern — Steglitzer sei. In der Stichwahlbekanntmachung ist nun in einem Amtsblatt im amtlichen Teil bekanntgegeben worden, daß die Stichwahl stattgefunden habe zwischen dem Amtgerichtsrat Vietmeyer und dem Redakteur Ruskke in Berlin. Die Proteste schließen daraus, daß durch diese falsche Ortsangabe den Wählern dieses Bezirkes getäuscht werden sollte; Ruskke ist entgegen seiner Versicherung eben doch Berliner. Dadurch sollen nun Ruskke eine Anzahl Stimmen entgangen sein. Mit 7 gegen 7 Stimmen beschloß die Kommission, diesen Vorfall als nicht erheblich anzusehen. Die Prüfung dieser Wahl wird erst in nächster Sitzung zu Ende geführt werden.

Die Konkurrenzklause in der Reichstagskommission.

Die Generaldebatte kam in der Donnerstagssitzung zu Ende. Nach einer kurzen Spezialdebatte über den Antrag unserer Genossen vollzog sich das Schicksal über die einmütige Forderung aller Anwesenden: Das Verbot der Konkurrenzklause ist mit 10 gegen 8 Stimmen gefallen. Für ein Verbot stimmten nur die Sozialdemokraten, zu denen sich die Abgeordneten Marquardt (natl.) und Behrens (Wirtsch. Vgg.) gesellen. Diese „praktische“ Angestelltenfreundlichkeit konnte selbst dadurch nicht abgewendet werden, daß unsere Vertreter ihren auf alle Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe lautenden Antrag zunächst beschränkten auf die Handlungsgehilfen und Lehrlinge; unsere Genossen erklärten, daß sie sich Anträge für den Schluß der ersten Lesung vorbehalten, die jene Ausdehnung, namentlich auch auf alle gewerblichen Arbeiter, bezwecken.

Für die am Donnerstag nächster Woche beginnende Spezialberatung liegen schon jetzt mehrere Anträge vor; sie bezwecken sämtlich, einem Mißbrauch zu steuern und Härten zu mildern.

Aus der Partei.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung.

Zwischen unserem Jittauer Parteiorgan und den konservativ-reaktionär-antisemitischen „Baupener Nachrichten“, deren politischer Leiter der frühere antisemitische Reichstagsabgeordnete Otto Böckler ist, wurden wegen der reichsüberbändlerischen Kampfmethode wiederholt heftige Polemiken geführt. Obwohl die „Baupener Nachrichten“ von der „Vollzeitung“ in Jitta als dem „roten Jittauer Kops“ redete und ihr Gaunerei, Mogelei und Betrugstaktik vorwarf, lief man zum Kabi, als am Anlaß einer Anzahl Schwindelnummer gegenüber der Sozialdemokratie dem Blatt ein wenig derb auf die Finger geklopft wurde. Um aber seinem Treiben die Krone aufzusetzen, klagte nicht etwa der verantwortliche und wiederholt schon persönlich angegriffene Redakteur Böckler, sondern ein Mitinhaber der Firma, Hanns Konse. Damit sollte die Widerlage des Jittauer Parteiorgans ausgeschlossen werden. Dagegen wurde natürlich Einspruch erhoben mit dem Hinweis, daß die Firma nur klagen könne, wenn das kaufmännische Gebaren in beleidigender Weise angegriffen sei. Denn jedes Zeitungsgeschäft zerfalle — für jeden Laien erkenntlich — in einen redaktionellen und einen kaufmännischen Teil. Allein der erstere gebe der Zeitung ihren Charakter. Der geschäftliche trete für die Deffenlichkeit völlig zurück. Die politische Gesinnung eines Verlagsmitinhabers sei für den politischen Charakter der Zeitung ebenso irrelevant wie die eines Lehrers. Da es sich aber um politische Polemiken handele, sei nur der für diesen Teil Verantwortliche auch zur Klageerhebung berechtigt.

Das Baupener Amtsgericht entschied im Sinne des Einspruchs, indem es im Dezember 1912 folgenden Urteilspruch fällte:

Beschluß!

Die Privatklagen des Redakteurs Hanns Konse in Baupen, Privatklägers, gegen den Redakteur der „Vollzeitung“ Emil Rauch in Jitta, Beschuldigten, wegen öffentlicher Beleidigung P. 131/12 und P. 140/12, die hierdurch miteinander verbunden werden, werden zurückgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens einschließlich der notwendigen Ausgaben des Beschuldigten fallen dem Privatkläger zur Last.

Gründe:

Die Beleidigungen werden in einer Reihe von Artikeln in der „Vollzeitung“ gefunden, für die der Beschuldigte nach § 20, Abs. 2, des Preßgesetzes als verantwortlicher Redakteur hafte. Diese Artikel sind im Laufe eines politischen Zeitungskampfes zwischen den „Baupener Nachrichten“ und der „Vollzeitung“ erschienen. Alle diese Artikel sind rein politischer Natur. Sie sind Annoten auf antisozialdemokratische Ausführungen der „Nachrichten“. Es wird in ihnen lediglich die politische Richtung der „Baupener Nachrichten“ angegriffen, nicht dagegen die Zeitung in ihrer Gesamtheit.

Denn wenn auch in den Artikeln öfter einfach von den „Baupener Nachrichten“ gesprochen wird, so ergibt sich doch aus dem ganzen Sachverhalte, daß ihre politische Seite gemeint ist.

Die Privatklage wird von dem Redakteur Hanns Konse, als dem Mitinhaber der Firma E. M. Konse, in deren Verlag die „Baupener Nachrichten“ erscheinen, erhoben. Diesem ist aber ein Recht zur Stellung des Strafankrages und demnach auch nach § 14 der Strafprozeßordnung zur Erhebung der Privatklage nicht zuzuerkennen, da er nicht als der Verletzte gelten kann. Verletzt erscheint nicht mehr bei rein politischen Kämpfen nur der für den politischen Teil verantwortliche Redakteur, nicht aber der Inhaber der Zeitung, der nur bei beleidigenden Äußerungen über die Zeitung in ihrer Gesamtheit oder über ihren geschäftlichen Betrieb berührt wird. Ebenjowenig wie man dem Inhaber die politische Richtung seiner Zeitung zum Vorwurf machen kann, kann er durch Angriffe auf die politische Seite des Blattes beleidigt werden. § 20, Abs. 2, in Verbindung mit § 7, Abs. 2, des Preßgesetzes beschränkt ausdrücklich die Verantwortlichkeit für die einzelnen Teile einer Zeitung auf die einzelnen Teile — Redakteure —, weshalb logischerweise auch auf diese das Recht, wegen beleidigender Angriffe auf die betreffenden einzelnen Teile der Zeitung die Privatklage zu erheben, beschränkt werden muß.

Nach alledem waren die Privatklagen wegen fehlender Legitimation des Privatklägers, der nicht verantwortlicher Redakteur des politischen Teiles der „Baupener Nachrichten“ ist, zurückzuweisen. Die Kostenentscheidung beruht auf § 503, Abs. 2, der Strafprozeßordnung.

Die „Baupener Nachrichten“ versuchen zwar, durch eine Beschwerde gegen diesen Entscheid etwas glimpflicher aus der Affäre zu kommen, doch vergebens. Auch die Beschwerdeinstanz entschied in obigem Sinne, womit die Entscheidung des Baupener Amtsgerichts Rechtskraft erlangt hat. —

Soziales.

Die Konsumgenossenschaft als Konzeptionsträger.

Früher stand das Oberverwaltungsgericht auf dem Standpunkt, daß juristische Persönlichkeiten keine Konzeption für Kleinhandel mit Spirituosen und für Schankwirtschaft erlangen könnten. In den Konsumgenossenschaften sieht sich deshalb gewöhnlich der Geschäftsführer die Konzeption zum Kleinhandel mit Spirituosen erteilen. So hatte auch im Konsumverein für Wittenberg und Umgebung der Geschäftsführer diese Konzeption. Vor einiger Zeit ging dann das Oberverwaltungsgericht von jener Auffassung ab und nahm an, daß auch juristische Persönlichkeiten, u. a. also auch Genossenschaften mit beschränkter Haftung, die Konzeption erlangen könnten. Demnach kam der Konsumverein für Wittenberg und Umgebung um die Konzeption für den Kleinhandel mit Spirituosen ein und erhielt sie auch. Der Magistrat zog nunmehr den Konsumverein aber auch zur Konzeptionssteuer heran.

Die Genossenschaft klagte auf Freistellung, wurde jedoch vom Bezirksausschuß zu Pörsberg mit ihrem Anspruch abgewiesen.

Das Oberverwaltungsgericht hob dieser Tage dies Urteil auf und stellte die Genossenschaft von der Konzeptionssteuer frei. — Gründe: Ob die Genossenschaft zur Konzeptionssteuer hätte herangezogen werden können, hänge von der Bestimmungen der Steuerordnung ab. Nach ihrem § 1 unterliege die Erlangung der Konzeption der Steuer nach den näheren Vorschriften der §§ 2, 3 und 4 der Steuerordnung. Der § 2 sehe den Steuerfuß vor für die Erlaubnis zu einer neuen Wirtschaft (einem neuen Kleinhandel), § 3 für den Fall der Übernahme einer bestehenden Wirtschaft oder eines bestehenden Kleinhandels durch einen andern Gewerbetreibenden, und § 4 für die Erlangung der Erlaubnis zur Erweiterung eines bestehenden Betriebes. Von diesen verschiedenen Fällen könnte hier nur § 3 in Frage kommen, wo die Voraussetzung die Übernahme eines bestehenden Betriebes durch einen andern Gewerbetreibenden sei. Diese Voraussetzung sei aber hier auch nicht gegeben, denn der Kleinhandel habe auch früher schon der Konsumverein betrieben. Wenn damals der Geschäftsführer die Konzeption hatte, dann sei er nur der Träger der Konzeption gewesen, während der Unternehmer der konzeptionspflichtigen Wirtschaftes schon damals der Konsumverein war. Von einer Übernahme des bestehenden Kleinhandels durch einen andern Gewerbetreibenden beziehungsweise Unternehmer könne deshalb hier keine Rede sein. Somit fehlten die Voraussetzungen einer Anwendbarkeit der Steuerordnung.

Wohlfahrt für Angestellte.

Die so überaus schädlich gewordene Lebensmittelerhöhung sieht auch in den Kreisen der Angestellten die Forderung auf Erhöhung der Gehälter lebendig und laut werden. In erheblichem Maße aus Anlaß des Inzesttreibens der Angestelltenversicherung. Selbst in eigenen Kreisen der Unternehmer war man der Ansicht, daß ein großer Teil der Angestellten die Beiträge nicht selbst zahlen könnte. Insofern fand die Forderung auf Erhöhung der Gehälter einen geeigneten Resonanzboden. Bald aber lauten pfliffige Unternehmer auf den Gedanken, für ihre Angestellten die Beiträge zu bezahlen. Auf solche Weise glaubte man der Notwendigkeit einer Gehaltserhöhung zu entgehen. Da diese über den Betrag der Versicherungsbeiträge hätte hinausgehen müssen, sparten die Unternehmer, wenn sie nur diese zahlten, aber nicht die Gehälter erhöhten. Manche Unternehmer wollten allerdings noch sparsamer wirtschaften, nämlich das eine nicht tun und das andere unterlassen. Der „Deutsche Handelstag“, in dem bekanntlich die Größen des Hansobundes die erste Geige spielen, hatte Verständnis für die Sparwelt. Er richtete an die Handelskammern folgenden Rundschreiben:

Nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte sind die Beiträge von den Arbeitgebern und den Versicherten zu gleichen Teilen zu entrichten. In der Sitzung des Vorstandes des Deutschen Handelstages vom 4. d. M. wurde darauf hingewiesen, daß trotz jener Bestimmung Arbeitgeber in Erwägung gezogen hätten, die Beiträge, auch soweit sie von den Versicherten obliegen, zu zahlen. Dierfür dürfte in erster Linie maßgebend gewesen sein, daß die Angestellten nicht infolge des Gesetzes einen Abzug vom Gehalt erfahren möchten. Demgegenüber wurde in der Vorstandssitzung ausgeführt, daß der Übernahm der gesamten Beiträge durch die Arbeitgeber auch schwere Bedenken entgegenständen. Die Arbeiter könnten dadurch leicht zu Ansprüchen veranlaßt werden, deren Erfüllung nicht den Wünschen der Arbeitgeber entspreche. Wir richten deshalb an unsere Mitglieder die Bitte, dafür zu sorgen, daß im Kreise der Arbeitgeber ihres Bezirks die entwickelten Gesichtspunkte sorgfältig erwogen werden.

Dieses Rundschreiben hat nun wieder die Handelskammer in Duisburg angeregt; der Geist der Wohltätigkeit ist über sie gekommen. In der — Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ macht sie den Vorschlag, wenn man schon den Angestellten entgegenkommen wolle, dann sei es zweckmäßig, ihnen für den Fall der Berufsunfähigkeit höhere als die gesetzlichen Ruhegehaltsätze zu sichern. Und da sei namentlich auf die privaten Pensionsanstaltungen zu verweisen, insbesondere auf die Zuschuß- und Zulageklassen. Sicherlich sei den Angestellten am besten damit gedient, wenn ihnen bei Berufsunfähigkeit oder, wenn sie sterben, ihren Angehörigen über das gesetzliche Ruhegeld und die gesetzliche Hinterbliebenenrente hinausgehende Leistungen als Zuschuß oder Zulage gewährt würden.

Da wirft man wieder mal mit der Wurde nach der Spießseite. Jetzt sollen die Angestellten nichts bekommen. Ihren vielfach sehr wenig leistungsfähigen Schulten will man noch die Last der Versicherungsbeiträge aufbürden. Aber für später, wenn sie das Glück haben, invalide oder gestorben zu sein, winkt ihnen das Wohlwollen der Unternehmer. Allerdings, wenn sie nicht artig sind, sie vorher hinausgeworfen werden, dann haben sie die Unvorsichtigkeit darauf berichtigt. Also müssen sie hübsch folgen und brav sein. So kostet dem Unternehmertum die Geschichte nichts, aber es zieht den Wohlfahrtsnebel fester an. Ein neuer Beweis gegen die Harmonie der Interessen zwischen Unternehmern und Angestellten.

Gewerkchaftliches.

Die „geheime Verbindung“.

Es gibt kaum einen Paragraphen des Strafgesetzbuches, auf Grund dessen unsere Regierenden nicht schon einmal versucht haben — und sei es mit Hilfe der halbschweren Auslegungskunststücke —, gegen die moderne Arbeiterbewegung vorzugehen. Ein neues Beispiel in diesem Reigen bietet die Breslauer Polizei. Sie beschlagnahmt Papiere und Material des Transportarbeiterverbandes, die sich auf die Reichssekktion der Eisenbahner beziehen, mit der Begründung, sie sähe die Reichssekktion der Eisenbahner als eine strafbare „geheime Verbindung“ an.

Diese reichlich dunkle Argumentation wird überhaupt erst ungefähr verständlich, wenn man erfährt, daß sie dazu dienen muß, einen völlig ungesetzlichen Eingriff besagter Polizei zu decken. Die Kriminalpolizei darf nämlich Beschlagnahmen und Durchsuchungen im allgemeinen nur dann vornehmen, wenn sie richterlich angeordnet worden sind (§§ 98 und 105 der Strafprozeßordnung). Nun war zwar auch im vorliegenden Falle eine Durchsuchung der Räume des Transportarbeiterverbandes angeordnet, aber diese bezog sich auf Quittungen von einem Streik und hatte mit der Sekktion der Eisenbahner nicht das mindeste zu tun. Nur rein gelegentlich dieser Durchsuchung fand die Kriminalpolizei auch das die Eisenbahner betreffende Material.

Wir müßten nun nicht in Preußen leben, wenn die Polizei nicht auf irgendeine Weise versucht hätte, dieses zufällig gefundene Material in ihren Besitz zu bekommen. Zu welchem Zweck, das lehrt ein Vorgang, der sich 1912 in Essen abspielte: Auch dort beschlagnahmte die Polizei in ganz ähnlicher Weise eine Mitgliederliste der Eisenbahnersekktion, um dann — wiederum ein völlig ungesetzliches Vorgehen — die darin enthaltenen Namen der Eisenbahndirektion mitzuteilen, welche nunmehr leichtes Spiel hatte, die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes zu mahregeln.

Die Breslauer Polizei sucht also nach einer rechtlichen Handhabe, das Material der Eisenbahnersekktion beschlagnahmen zu dürfen. Dabei fällt ihr Blick auf § 108 der Strafprozeßordnung, der besagt:

„Werden bei Gelegenheit einer Durchsuchung Gegenstände gefunden, welche zwar in keiner Beziehung zu der Untersuchung stehen, aber auf die erfolgte Verübung einer anderen strafbaren Handlung hindeuten, so sind dieselben einzuweisen mit Beschlagnahme.“

Also es müssen Gegenstände sein, die auf die Verübung einer strafbaren Handlung hindeuten, wie es z. B. der Fall ist, wenn bei einem Diebstahl Sachen gefunden werden, die offenbar von Einbrüchern herrühren. Aber, mein Gott, fragt sich der verblüffte Laie, wie können denn Materialien eines Eisenbahnerverbandes auf ein verübtes Verbrechen hindeuten? — Hier sieht eben die höhere juristische Weisheit der Kriminalpolizei ein.

Die Eisenbahnersekktion, erklärt sie uns, ist ein „Geheimbund“. Geheimbünde sind nach §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches strafbar, und zwar wird jeder Teilnehmer bestraft. Die gefundenen Papiere weisen auf die Geheimbünde hin, ergo unterliegen sie der Beschlagnahme.

Es ist schwer, bei dieser Deduktion ernst zu bleiben. Ebenso gut wie die Reichssekktion der Eisenbahner könnte nächsten jeder beliebige Interessenverband für einen strafbaren Geheimbund erklärt werden. Es genügt, nur einen Blick auf die §§ 128 und 129 zu werfen, um den ganzen Widersinn einzusehen.

Der § 128 bestraft mit Gefängnis bis zu 6 Monaten: „die Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbefannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird.“

Nun ist sowohl Dasein wie Verfassung und Zweck des Transportarbeiterverbandes inklusive der Sekktion der Eisenbahner den Behörden auf das genaueste bekannt; der Verband ist nicht im mindesten bestraft, seine Existenz geheim zu halten, was ja schon daraus deutlich hervorgeht, daß er seine Zahlen usw. sogar der amtlichen Statistik (1) mitteilt.

Etwas ganz anderes ist es natürlich, ob der Verein die Namen seiner einzelnen Mitglieder geheim hält. Das ist sein gutes Recht! Die Kriminalpolizei dürfte auch wissen, daß aus diesem Grunde z. B. das Reichsvereinsgesetz in § 3 nur eine polizeiliche Anmeldung des Vorstandes vorseht und daß eben deshalb aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Bestimmung des § 72 gestrichen worden ist, wonach früher ein eingetragener Verein dem Amtsgericht auf Verlangen ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen hatte. Der Gesetzgeber erkennt es also als ein ausdrückliches Recht jedes Vereins — sogar eines politischen — an, die Namen seiner Mitglieder vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Der Transportarbeiterverband ist durch das terroristische Vorgehen der Eisenbahnverwaltung gezwungen, die ihm angehörenden Eisenbahner so zu führen, daß ihre Namen nicht zur Kenntnis der Direktion gelangen. Wenn ihn ein solches Verhalten zum strafbaren Geheimbund machte, so müßte z. B. auch der Hansabund ein strafbarer Geheimbund sein, weil er auf dem platten Lande viele Mitglieder geheim führt, um sie vor dem Boykott der Agrarier zu bewahren.

Von einem Gehorsamsgelöbnis im Sinne des § 128 kann überhaupt keine Rede sein. Ebenso wenig trifft § 129 zu. Dieser bestraft

„die Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Befehlen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften.“

Der Transportarbeiterverband und seine Sekktion der Eisenbahner wenden ebensowenig ungesetzliche Mittel an wie irgendeine andere freie Gewerkschaft. Wollte man etwa sich auf den Streik als ein solches berufen, so ist dieser ja durch § 152 der Gewerbeordnung ausdrücklich als gesetzliches Mittel sanktioniert. Auch scheint es mehr als zweifelhaft, ob in einem Verwehrestreik jemals eine „Durchkreuzung von Maßregeln der Verwaltung“ im Sinne dieses Paragraphen gesehen werden könnte. Jedenfalls fehlt auch hier das notwendige Merkmal der Anwendung ungesetzlicher Mittel.

Es ist kaum anzunehmen, daß — selbst bei unseren heutigen Zuständen — ein einziges Gericht der Logik der Breslauer Kriminalpolizei beitreten wird. Aber was hilft das? — Die Kriminalpolizei hat trotz alledem die Liste

betannt. Redakt.: Alfred Dielepp, Neudamm. Inseratenteil veranm.

„Ehe die Beschwerde über ihr Vorgehen am Ziel ist, vergehen Wochen, dann kann man die Liste ruhig wieder zurückgeben — es ist ja alles erreicht! Eine Bestrafung des ungesetzlichen Vorgehens der Beamten wird natürlich auch abgelehnt werden — die Beamten handelten ja in „gutem Glauben“. — Preussische Zustände!“

Berlin und Umgegend.

Tariffündigung im Bauklemmpnergewerbe!

Die Berliner Klemmpnermeister haben am gestrigen 31. Januar den Tarif für das Bauklemmpnergewerbe gekündigt, so daß derselbe am 31. März dieses Jahres abläuft. Die Klemmpner hatten ihrerseits beschloffen, den Tarif nicht zu kündigen. Das zwang die Unternehmer, wie Cohen am Donnerstag in einer gut besuchten Versammlung der Bauklemmpner mitteilte, ihre Karten aufzugeben. Am Sonnabend lief bei der Tarifkommission ein Schreiben ein, in dem die Unternehmer erklärten, sie wünschten die Verlängerung des Vertrages bis zum 1. April 1916. Der Lohn für die Jungausgelernten, der bisher 79 Pf. betrage, solle bis zum 1. April 1914 unverändert bestehen bleiben. Von da ab solle der Stundenlohn um 1 Pf. steigen bis 1. April 1916. Für dieses „Jugendlohn“ forderten die Unternehmer ein Entgegenkommen von den Arbeitern. Der Lohn für die Jungausgelernten, der jetzt 60 Pf. betrage, solle der „freien Vereinbarung“ überlassen bleiben.

Auf Grund dieser Vorschläge fanden nun am Dienstag wieder Verhandlungen statt. Nachdem mehrere Stunden debattiert worden war, erklärten die Herren Klemmpnermeister, sie wollten den Arbeitern noch etwas entgegenkommen. Die Lohnerhöhung von 1 Pf. pro Stunde solle bereits am 1. Oktober 1913 eintreten. Der Lohn für die Jungausgelernten solle im ersten Jahre der freien Vereinbarung überlassen bleiben, doch solle er nicht weniger als 50 Pf. die Stunde betragen. — Die Kommission erklärte den Unternehmern, diese Vorschläge könne sie den Arbeitern nicht zur Annahme empfehlen.

Die Versammlung der Bauklemmpner nahm die Vorschläge der Unternehmer mit großer Entrüstung auf. In der Diskussion bezeichnete man es als eine Verhöhnung, den Arbeitern derartige Angebote zu machen. Einige Redner gaben ihrem Unwillen über das geringe soziale Verdienst der Herren Klemmpnermeister durch scharfe Worte Ausdruck. Die Klemmpnermeister seien auch in der Lage, bessere Löhne zu zahlen, zeige es sich doch bei Vergütung von Arbeiten im Submissionswege, daß die Berliner fast immer die niedrigsten Preise forderten. Möge kommen, was wolle, derartigen Vorschlägen in der Zeit einer abnormen Lebensmittelerhöhung dürfe man unter keinen Umständen zustimmen.

Einmütig erfolgte dann auch die Ablehnung der Unternehmeranschläge, die neben einer Lohnerhöhung von 1 Pf. innerhalb dreier Jahre große Verschlechterungen in bezug auf die Löhne der Jungausgelernten mit sich bringen. Die Antwort der Unternehmer darauf war die oben mitgeteilte Kündigung des Tarifes.

Wächung, Metallarbeiter! In der Türschloßfabrik von Rudolf Werth, Kleine Alexanderstraße 28, sind Differenzen ausgedrochen und ist der Betrieb für Metallarbeiter gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Die Drahtarbeiter stehen seit dem Jahre 1907 mit den Unternehmern in einem Vertragsverhältnis. Der Tarif wurde damals auf drei Jahre abgeschlossen, lief jedoch — da er keine Kündigung erfuhr — weiter. Am 31. März d. J. erreicht die Tarifperiode ihr Ende, falls sechs Wochen vorher von einer Seite die Kündigung eingereicht wird. — Donnerstagsabend nahm eine Versammlung der Drahtarbeiter zu der Frage Stellung, ob der Tarif am 15. Februar auf der ganzen Linie gekündigt werden soll. Der Referent Maus gab ein Bild von der gegenwärtigen Wirtschaftslage und erörterte in anschaulicher Weise die engeren Verhältnisse. Die Vertrauensleute sowie die Branchenleitung seien zu dem Entschluß gekommen, eine Gesamtkündigung des Tarifes nicht zu empfehlen. Als Gründe wären dieselben anzuführen, wie bei den Bauklemmpnern.

Nach kurzer Diskussion nahm die gutbesuchte Versammlung gegen zwei Stimmen nachstehende Resolution an:

„Die Versammlung der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend nimmt im gegenwärtigen Augenblick von einer Kündigung des 1907 mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifes auf der Gesamtlinie Abstand. Die Versammlung überläßt es der Tarifkommission, in solchen Betrieben, in denen Tarifverträge stattgefunden haben, mit Hilfe der dort beschäftigten Kollegen ihre Maßnahmen zu treffen.“

Sollte seitens der Unternehmer der Tarif gekündigt werden, so verpflichtet sich die Versammlung, nicht nur den jetzt bestehenden Tarif wieder zur Geltung zu bringen, sondern den heutigen Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Forderungen an die Unternehmer zu stellen.“

Wächung, Tabakarbeiter. Die Zigarrenfabrik Bornkessel, NW., Waldstraße 39, die bisher tarifiert war, hat dadurch, daß sie zu billigeren Löhnen, als der Tarif vordreht, arbeiten läßt, den Tarif durchbrochen. Als Arbeitswilige fungierten eine Kollektin namens Strassowski und eine Widelmacherin namens Elise Pausin. Dem Herrn Bornkessel wurden die grünen Plakate entzogen. Die Fabrik von Bornkessel gilt als gesperrt.

Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort Euren Bedarf an Zigarren ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Liebt Solidarität!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.
(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Deutsches Reich.

Die Frankfurter Güter-Eisenbahngesellschaft in Breslau hat alle Maschinen ausgesperrt, weil diese mit Lohnreduktionen nicht einverstanden waren. Die Firma bemüht sich, Schloffer an die Stelle der Ausgesperrten zu stellen. Für alle Metallarbeiter ist der Betrieb gesperrt.

Letzte Nachrichten.

Pariser Stimmen.

Paris, 31. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ meldet aus London, daß die Kündigung der Waffenruhe von Bulgarien ohne Befragung der Alliierten beschlossen worden sei. Die serbische Gesandtschaft hielt eine Fortsetzung der Verhandlungen noch für möglich, als Sawoff schon die Türkei verständigt hatte. Die griechische Gesandtschaft erfuhr diese Nachricht erst durch die Agenturen. Offenbar wollte Sofia einer neuen Diskussion über die türkische Antwort möglichst vorbeugen. Aus Petersburg wird telegraphiert, daß die Regierung in Finnland 10 000 Pferde aufkaufte sowie Lebensmittel und Munitionstransporte an der Grenze und den Mobilisationspunkten konzentrierte. Die

Schwarze-See-Flotte liegt in Sebastopol bereit, seitdem sie die Order für eine beabsichtigte Demonstration empfing. Die Regierung zieht die Kapitalien aus den deutschen Banken zurück.

Aus Sofia wird über eine ungünstige Entwicklung der rumänischen Verhandlungen telegraphiert. Rumänien fordert immer mehr, bietet aber für die Abtretungen keine entsprechenden politischen Verpflichtungen an. Die bulgarische Nationalversammlung würde die Abtretung Silistrias nicht ratifizieren.

Aus London wird gemeldet, die Mächte wollen den Fall Adrianopels abwarten. Das wichtigste ist, daß der Konflikt lokalisiert bleibt und Wien, Berlin und Petersburg dem herrschenden relativen Optimismus nicht zuwiderhandeln.

Das Mißtrauen gegen Rußland spricht auch aus dem Leitartikel der „Temps“, der angesichts des rumänischen Konflikts es für notwendig erklärt, daß die Tripleentente eine eventuelle Aktion bis in die kleinsten Details vereinbare, diese Einheit ist die Bedingung ihrer Autorität gegenüber den Balkanstaaten, Rumänien und dem Dreibund.

„Debats“ meldet aus London, welchen schlechten Eindruck die bulgarische Ueberföhrung gemacht habe. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen der Alliierten mit den Großmächten fort dauern. Die Diplomaten meinen, daß die türkische Antwort eine Basis dafür gebe.

Millerands Erklärung zum Fall Du Paty de Clam.

Paris, 31. Januar. (M. T. B.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer interpellierte der Deputierte Bieleste den Kriegsminister wegen der Wiedereinstellung des Oberstleutnants Du Paty de Clam. Er erinnerte an die Rolle, die Du Paty de Clam in der Dreyfus-Affäre gespielt habe, und fragte, ob diese Wiedereinstellung ein besonderer Fall sei oder ob weitere analoge Maßnahmen beabsichtigt seien. Der frühere Kriegsminister Millerand erklärte unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses, es sei eine Ehrensache für den Kriegsminister gewesen, dessen elementare Pflicht es sei, den Untergebenen zu jeder Zeit ein Beispiel gewissenhafter Achtung vor dem gegebenen Wort zu geben. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Seiten der Linken.) Millerand gab sodann einen Überblick über die Geschichte der Wiedereinstellung Du Paty de Clams vom 27. Juni 1911 an, wo ein Oberstleutnant in einem kritischen Augenblick um seine Wiedereinstellung gebeten habe. Es habe sich darum gehandelt, diesem Offizier gegenüber eine zweiseitige Verpflichtung zu halten, deren eine Seite der Offizier zuerst erfüllt habe, da der Ausfühler, der über die Angelegenheit zu entscheiden hatte, erkannt habe, daß in den Akten Du Paty de Clams zu dessen Nachteil ein sehr wesentlicher Irrtum unterlaufen war, so sei die Wiedereinstellung auf dem gewöhnlichen Wege erfolgt und das Dekret sei am 6. Januar amtlich bekanntgegeben worden.

Millerand fügte hinzu, er habe niemanden um Rat gefragt, da er durch eine Verpflichtung gebunden gewesen sei, von der ihn niemand hätte befreien können. (Unruhe links.) Einer seiner hervorragenden Kollegen habe ihn gefragt, ob er nicht fürchte, daß seine Maßnahme Kritiken hervorzurufen würde. Darauf habe er erwidert, da sei nichts zu machen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Millerand erinnerte dann daran, wie er an der Dreyfus-Affäre beteiligt gewesen sei und welche Maßnahmen er gemeinsam mit allen Mitgliedern des Kabinetts Waldeck-Roussseau ergriffen habe, namentlich gegen Du Paty de Clam. Persönliche Sympathien hätten bei einer Entscheidung in einer Ehrenfrage nicht mitzusprechen. Die Angelegenheit sei auf Grund der einzelnen Akten geregelt worden. Er habe seine Entlassung eingereicht, weil man partiellweise versucht habe, seine unermessliche Entscheidung in eine Kriegswaffe gegen seine Kollegen zu verwandeln, mit denen er seit einem Jahre Hand in Hand gegangen sei. Weiter habe er nichts hinzuzufügen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und auf der Rechten, Lärm auf der Linken.)

Der frühere Kriegsminister Messimy erklärte, er bedaure, daß dieser seit einem Jahr nicht mit ihm über die Frage Du Paty de Clams unterhalten habe. Seine, Messimys, Ausführungen würden seinen Standpunkt geändert haben. Messimy erinnert daran, daß die erste Bitte Du Paty de Clams um Wiedereinstellung ausschließlich ihre Ursache in dem sehr gespannten Verhältnis zu Deutschland hatte. Hunderte von gleichlautenden Ersuchen seien damals eingereicht. Messimy fügte hinzu: Wir haben uns gefragt, ob nicht einige Tage später Frankreich von allen seinen Söhnen das äußerste Opfer für die Verteidigung ihrer Ehre fordern müsse.

Messimy erklärte, er übernehme nur die Verantwortung für den Brief, der Paty de Clam mitteilte, daß er in Friedenszeiten nicht wieder eingestellt werden könnte, und er fügte hinzu: Da die Vergangenheit dieses Mannes ganz besonders erschwerend ist, so war ich der Ansicht, daß seine Wiedereinstellung mitten im Frieden nicht möglich ist. (Beifall links.)

Jaurès gab seinem lebhaften Erstaunen Ausdruck, daß man Paty de Clam gegenüber eine Verpflichtung zur Wiedereinstellung habe eingehen können. Der Wiedereintritt Du Paty de Clams in die Armee sei ein Affront für die Armee und für Frankreich. Er beklümmerte das ehemalige Kabinett, daß es die Verantwortung dafür abgelehnt habe, indem es die Demission Millerands annahm. Auch die Kammer lehne die Verantwortung ab. (Lebhafter Beifall auf der Linken und der äußersten Linken.)

Der Kriegsminister Etienne, von der Linken mit lebhaftem Beifall begrüßt, antwortete kurz: Er habe nur die Haltung eines höheren Offiziers zu beurteilen, der, nachdem ihm außerordentliche Gunst zuteil geworden wäre, sich später nicht geheut habe, sich in maßlosen Ausdrücken über Chef der Armee zu ergehen. Dies Vorgehen mußte bestraft werden. Diese Haltung werde Billigung finden. (Beifall.) Niemand hier werde es wagen, zu fordern, daß diesem Offizier das Wiedereinstellungspatent ausgesetzt werde. (Langanhaltender Beifall auf der Linken.)

Darauf wurde eine einfache Tagesordnung vorgeschlagen, deren Annahme von Etienne namens der Regierung abgelehnt wurde. Er werde nur eine Tagesordnung annehmen, die seine Erklärungen billige. Unter dem Beifall der Linken wurde alsdann diese Tagesordnung mit 533 gegen 8 Stimmen angenommen, nachdem zuvor die einfache Tagesordnung mit 468 gegen 61 Stimmen abgelehnt worden war.

Paris, 31. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Jaurès trat Millerand in einer kurzen prachtvollen Rede, die von der ganzen Linken applaudiert wurde, entgegen. Millerand, der sich auf das Paty de Clam gegebene Versprechen berufen habe, sei derselbe Millerand, der das den Eisenbahnern von seinen Vorgängern gegebene Versprechen unerfüllt ließ. Dies kennzeichnete Millerand als das Werkzeug kaiserlicher Revanche.

Kaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

102. Sitzung. Freitag, den 31. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Kühn, Dr. Heßbrück.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleisch-einfuhr

wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Vamp (Rp.): Ich bedauere, daß die Kommission bei der Wichtigkeit der Sache nicht schriftlichen Bericht erteilt hat. Wir können verlangen, daß wir alles erfahren, was in der Kommission verhandelt worden ist. — Wir halten der Vorlage gegenüber an unserem ablehnenden Standpunkt fest, um so mehr, als eine Wirkung der Maßnahmen der Regierung nicht zu verspüren ist. — Der Antrag der Volkspartei ist praktisch ganz unausführbar. Kein fremder Staat wird sich eine Untersuchung der geschlachteten Hammel in seinem Lande durch deutsche Beamte gefallen lassen. Die Aufhebung der Futtermittelzölle würde am meisten den Bauern nützen, die am wenigsten Futtermittel bauen. Die kleinen Bauern kaufen keine Futtermittel. Dem Bundesrat wollen die Freisinnigen sogar die Befugnis einräumen, unsere ganze Zollpolitik über den Haufen zu werfen! Wenn Sie die Viehzölle und Futterzölle aufheben, legen Sie die Art an die Wurzel des Kleinbauernums. (Sehr richtig! rechts.) Mit Argentinien können wir bei unseren hohen Produktionskosten mit der Viehzucht nicht konkurrieren. Kommt es zu einer Verringerung unserer Zollpolitik, so werden die Bauern und der Großgrundbesitz die Viehproduktion einschränken und dann wird die Fütterung noch viel schlimmer werden. Eine bessere Ernährung der ärmeren Volksteile ist nicht möglich durch eine bessere Verteilung der vorhandenen Produkte, sondern nur durch eine erhebliche Steigerung der Produktion. (Bravo! rechts.)

Abg. Wendorf (Op.) weist als Berichterstatter der Kommission die Angriffe des Vorredners gegen den Bericht zurück. Alle Fraktionen, die in der Kommission amwesend gewesen seien, seien mit dem gegebenen Bericht zufrieden gewesen, nur der Vertreter dieses Grüppchens der Reichspartei nicht. (Erregte Protestrufe bei der Reichspartei.)

Präsident Kaempf: In diesem Hause hat jeder Abgeordnete das Recht, ebenso respektiert zu werden, ob er nun einer kleinen Partei angehört oder einer großen Partei. (Bravo! bei der Reichspartei.)

Abg. Fißhede (Sp.): Um Mißverständnisse zu vermeiden, beantragen wir, in unseren Antrag in bezug auf die Suspension der Viehzölle durch den Bundesrat einzufügen: „soweit es zur Abhilfe eines Notstandes erforderlich ist“.

Abg. Schmitt-Würzburg (Soz.):

Herr Herold hat gestern unsere Anträge als Agitationsanträge bezeichnet. Eine solche frivole Behauptung kann nur ein Narr aufstellen, der die Not der großen Masse des Volkes nicht kennt oder dafür unempfindlich ist.

Präsident Kaempf rügt den Ausdruck „frivole“ Behauptung.

Abg. Schmitt (fortfahrend):

Unsere Anträge sind gestellt aus dem ehrlichen Willen, dem Volke zu dienen. Der Herr Regierungsvertreter hat eine Begründung unserer Anträge vermisst. Ihm scheint entgangen zu sein, daß die Rede meines Freundes Simon von Anfang bis zu Ende nichts anderes war als eine Begründung unserer Anträge. Man hat wieder einmal von der Feurung als „vorübergehender Erscheinung“ gesprochen. Dabei ist die Feurung seit Jahren ständig und ist derartig stark geworden, daß der Direktor des Berliner Statistischen Amtes in seiner Bearbeitung, die auf Veranlassung der deutschen Städtevertreter vorgenommen wurde, sich genötigt sah, von Rekordpreisen zu sprechen. Die Verhältnisse sind ohne Unterschied in großen, mittleren und kleinen Städten dieselben, und auch die Grenze von Stadt und Land wird durch sie verwischt. Die Erleichterungen, die die Regierung den großen Städten gewähren will, muß deshalb auch den kleineren zuteil werden.

Für unmöglich hätte ich es auch gehalten, daß im Jahre 1913 noch die Behauptung aufgestellt würde, der Zoll habe keinen Einfluß auf die Preise, ihn trage das Ausland. Das Gegenteil hat der Staatssekretär Deßbrück deutlich ausgesprochen, und das Gegenteil beweist auch die Preisbewegung. Die Preise sind zum Teil noch über die durch den Zoll bedingte Höhe gelegen, weil eine Fleischnot besteht, die zur weiteren Erhöhung der Preise ausgenutzt wird. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an die Verbündeten der Regierung die Frage richten, wober es kommt, daß gefrorenes Fleisch sanitätpolizeilich auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschaugesetz als frisches Fleisch zu

betrachtet ist, zollpolitisch jedoch als zubereitetes und demgemäß mit dem höheren Zoll belastet ist.

Wir verlangen die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Freilich wird die Einfuhr auch noch durch andere Bestimmungen erschwert, so durch die, daß die Tierkörper aufgetaut werden müssen, wodurch häufig ein ganzes Stück in Fäulnis übergeht. Hinzukommt noch, daß die geringwertigen Eingeweide ebenso hoch verzollt werden müssen, wie die hochwertigen Fleischteile. Von den Befürwortern des § 12 wird die Seuchengefahr an die Wand gemalt. Wie wenig angebracht dieser Hinweis ist, dafür berufe ich mich auf den früheren Abg. Dr. Heim, der im Münchener Landtag ausgeführt hat, solange man auf den Lloyd-Dampfern argentinisches Fleisch konsumiere, sei nicht einzusehen, warum man es nicht auch zu uns herein lasse, die Seuchengefahr spiele gar keine Rolle, da man unsere Kräfte an Ort und Stelle zur Untersuchung dirigieren könne. Er fügte hinzu, „vom vernünftigen agrarischen Standpunkt aus brauchen wir diese Konkurrenz gar nicht zu fürchten. Außerordentliche Preise, außerordentliche Maßnahmen“! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Landwirtschaft im eigenen Lande nicht imstande ist, den zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen Fleischbetrag zu produzieren, so kann man das Publikum doch dafür nicht strafen. Deshalb müssen die Grenzen geöffnet werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber anstatt objektiv den Städten an die Hand zu gehen, macht man ihnen allerlei Schwierigkeiten. Es ist sehr interessant, daß der Berliner Oberbürgermeister, der frühere Reichssekretär Wermuth, bei der Sitzung im preussischen Ministerium darauf bestanden hat, daß die Maßnahmen der Regierung unzureichend sind. Wie kann man uns denn den Vorwurf machen, wir stellen unsere Anträge nur, um das Volk zu verheizen. Die Unterernährung führt dazu, daß die Arbeitskraft nicht im notwendigen Maße erhalten werden kann. Wenn Sie einmal hinausgehen und die Lebensverhältnisse der Familien erkunden würden, so würden Sie wohl auch sehr rasch zu der Ansicht kommen, daß

durchgreifende Maßnahmen

getroffen werden müssen und zwar zwingt der Ernst der Lage zu solchen Maßnahmen, die eine dauernde Hilfe versprechen. (Sehr richtig!) Aber ein in meinem Wahlkreis erscheinendes Zentrumsbillet schreibt, das Hauptübel ist, daß das Volk viel Fleisch isst. Viele Leute essen in den Wirtschaften, weil die Frauen nicht zu kochen verstehen. Man hat sich eine Frau gesucht, die sich schön kleiden, aber nicht kochen und Strümpfe stricken kann. Der Chefredakteur dieses Blattes ist Mitglied dieses Hauses. (Hört! hört!) Ich weise es zurück, daß in dieser Weise die Not des Volkes verhöhnt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Zu dem Antrag betreffend die Futtermittelzölle bemerke ich, daß selbst der bayerische Landwirtschaftsrat beifollos hat, den Weizoll vorübergehend aufzuheben. (Hört! hört! links), um den mittleren und kleinen Bauern zu helfen. Auch Dr. Heim hat sich dafür ausgesprochen und auch Dr. Sped erklärte auf einer Bauernversammlung, der Schutzoll sei kein Dogma, es könne eine Zeit geben, wo man darauf verzichten muß. Diese Zeit dürfte jetzt doch wohl gekommen sein. (Lebhafte Zustimmung! links.) Aber Sie (nach rechts) wollen den kleinen Bauern gar nicht helfen, Sie benutzen den kleinen Bauern nur als Vorwand. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Anträge wurden gestern belächelt mit Rücksicht auf die Kriegsgefahr. Aber gerade die jetzige Zollpolitik bewirkt die Ausfuhr des Getreides nach dem Ausland, so daß im Kriegsfalle das Inland entblößt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere, daß die Volkspartei unseren Anträgen auf Befehl der zeitlichen Begrenzung der Zollerleichterung und auf ihre Gewährung auch an die Konsumgenossenschaften nicht zustimmen will. Denn ohne die segensreiche Arbeit der Konsumvereine würden wir heute noch vor ganz anderen Kalamitäten stehen. Je länger die gegenwärtige Zollpolitik beibehalten wird, um so höher wird die Not steigen und an den Lebensbedürfnissen der Nation gehen. Daher fort mit den Zöllen auf die Lebensmittel im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar: In seiner Frage an die Regierung hat der Herr Vorredner übersehen, daß gefrorenes Fleisch doch nicht ohne weiteres als frisches Fleisch, sondern eben als einfach zubereitetes zu behandeln ist und deshalb den höheren Zollsatz tragen muß.

Abg. Wahinger (Z.) weist den gestrigen Angriff des Abgeordneten Simon auf den bayerischen Minister v. Eden zurück. Der Minister hat die Behauptungen der Kreisärzte über die Unterernährung der ärmeren Bevölkerung nicht von sich aus bestritten, sondern unter Berufung auf die höchste medizinische Autorität in Bayern. In der Tat ist der Fleischkonsum in Bayern größer als

im Durchschnitt im Reiche. — Herr Simon hat auch die Vorlage einen Tropfen auf einen heißen Stein genannt. Aber gerade in Nürnberg sind die Fleischpreise in der letzten Zeit stark zurückgegangen. Die Vorlage ist das Äußerste, was zugestanden werden konnte, ohne einen Eingriff in unser Zollschutzsystem zu verüben. — Seinerzeit hat der „Vorwärts“ behauptet, ich hätte über die Verhältnisse der Viehzucht in Bayern in der Kommission falsche Angaben gemacht, sei aber abgefertigt worden. (Abg. Hoch [Soz.]: Sehr richtig!) Ich habe nur geglaubt, die Abfertigung würde hier kommen, bis jetzt ist sie aber ausgeblieben. Ebenfalls habe ich, wie dort behauptet wurde, das Zentrum von seinen agrarischen Sünden rein zu waschen gesucht. Ich kenne keine agrarischen Sünden, sondern nur agrarische Verdienste des Zentrums. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Hefermann (Bauernbund): Bisher ist von der Linken zu sehr der Standpunkt der Konsumenten vertreten worden. (Sehr richtig! rechts.) Als Landwirt möchte ich mehr den Standpunkt der Produzenten darlegen. Redner protestiert im Verlauf dieser Darlegungen mit größter Entschiedenheit, daß Abg. Werner (Antif.) neulich verlangt habe, man solle ihm einen heissen Bauern „auf den Tisch des Hauses legen“. Der Bauer ist kein Spielzeug. (Große Heiterkeit.) Auch der Bauer verlangt seinen gerechten Anteil für seine Mühen. (Sehr richtig! rechts, Heiterkeit links.) Wie vertragen sich damit aber Jahre (nach links) Anträge? Im Wahlkampf haben sich die Fortschrittler bei uns für die Beibehaltung der jetzigen Pölle erklärt. Bei ihnen scheint wie bei Gott kein Ding unmöglich. Ich bin durch meinen Getreidebau in die Politik hineingekommen. (Große Heiterkeit.) Daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage wäre, die ganze deutsche Bevölkerung und noch weit mehr mit gesundem deutschen Fleisch zu versorgen, hat auch Herr Bebel auf dem Jenaer Parteitag zugegeben. Eine notwendige Voraussetzung ist aber die Aufrechterhaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Stärken wir die Bauern, so stärken wir auch zugleich den Kampf gegen die Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.)

Abg. Weisböck (L.) empfiehlt die Hebung der Kaninchenzucht zur Vermehrung der Fleischproduktion. Die Behauptung der Redner der Linken, daß die Lebensmittelpreise stärker gestiegen seien als die Löhne, ist irrig, das Gegenteil ist richtig. Zum Lebensunterhalt gehört außer den Lebensmitteln noch mancherlei; Kleidung, Wohnung usw., aber nicht die immer mehr überhandnehmende Vergnügungssucht. (Sehr richtig! rechts.) Die Aufhebung der Futtermittelzölle wäre ganz zwecklos, die zollfreien Futtermittel sind ja auch nicht billiger geworden. — Gerade bei der jetzigen unsicheren internationalen Lage ist es doppelt wichtig, an der Zollpolitik festzuhalten, um die heimische Landwirtschaft zu schützen. (Bravo! rechts.)

Abg. Koch (Op.): Wenn gegen die Fleischnot nicht bald Abhilfe geschaffen wird, muß sie zu einer Unterernährung führen. Die Rechte denken bei ihrer Wirtschaftspolitik nur an die Produzenten, nicht an die Konsumenten, sie will den Produzenten von Staats- oder Reich wegen helfen, wir dagegen stehen auf dem Boden der Selbsthilfe. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Redner legt, ständig von Zurufen der Rechten unterbrochen, dar, daß der Antrag der Volkspartei eminent landwirtschaftsfeindlich sei. Im Zusammenhang bleiben seine Ausführungen auf der Tribüne unverstündlich.

Abg. Ebdovsky (Lothr.) wendet sich gegen den Antrag auf Aufhebung der Fleischzölle.

Abg. Gebhart (Wirtsch. Bg.) betont die Notwendigkeit der Futtermittelzölle.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Abg. Werner-Gießen (Antif.) (persönlich) vertahrt sich dagegen, daß er mit der Versicherung, „man solle einen heissen Bauern auf den Tisch des Hauses niederlegen“, den Bauernstand beleidigt habe.

Die sozialdemokratischen Änderungsanträge zum Gesetzentwurf werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei, zum Teil (Gewährung der Erleichterungen auch an Konsumgenossenschaften) gegen die der Sozialdemokraten allein abgelehnt. Der freisinnige Antrag, im Gesetz den Bundesrat zu ermächtigen, vom 1. April 1913 ab die Vieh- und Fleischzölle ganz oder teilweise außer Hebung zu setzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 184 gegen 150 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wird in namentlicher Abstimmung der freisinnige Antrag, dem Gesetz einen Paragraphen hinzuzufügen, durch welchen die Futtermittelzölle vom 1. April 1913 außer Hebung gesetzt werden, und zwar mit 184 gegen 149 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen. Dafür stimmen nur die Sozialdemokraten und die Volkspartei.

Der unänderte Gesetzentwurf wird hierauf gegen die Stimmen der Konservativen und Antisemiten angenommen.

Die sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und Zulassung der Einfuhr von frischem

Kleines feuilleton

Wie Kaulbach Lola Montez malte. Wilhelm Kaulbach wurde — so erzählt Eug. Journer in seinen neuen „Historischen Studien und Skizzen“, die manches Neue über die königliche Geliebte und Ministerhüterin bringen — von Ludwig I. beauftragt, die Lola zu malen, und zwar nach ihrem Verlangen in Kostüm der Maria Stuart. Nach langem Widerstreben ging er an die Arbeit. Aber sein Genie trieb ihn, eine Medea darzustellen. Nach der Versicherung derer, die den Karton gesehen haben, ist der Kopf von einem ergreifenden, furchtbaren Ausdruck, bei treffender Technik. Er hatte es abgelehnt, in ihrer Gegenwart zu arbeiten, so treu habe er sie aufgehört. Im Haar Totenblumen, der Gürtel von Schlangen, ein Totenkopf als Zierort, als Attribut der Maria Blod und Weiß, die Hand gestützt auf einen Tisch, wo die Gazette des Tribunaux, Procès Dujavie — Dujavie war aus Eifersucht für die Montez im Duell erschossen und durch den Prozeß ihr Vorleben aufgedeckt worden — ausgehängt lag. Er lud den König zur Besichtigung des Bildes. Der König war empört, doch hielt die Ruhe des Künstlers seinen Horn zurück. Jener verließ ihn, die Inspiration, die ihn den Gegenstand so aufpassen ließ, sei unüberwindlich, er könne sie nicht anders schauen. Später aber ist Kaulbach den Wünschen des Königs entgegengekommen, er befreite die Zeitung, den Bloß, das Weiß und die Totenblumen, übermalte den Schlangengürtel; aber den entblößten Rücken und den harten Ausdruck im Antlitz ließ er bestehen. Doch König Ludwig nahm das Bild nie an; es wurde später nach Paris verkauft.

Amerikanische Tragödien in Ueberschriften. Eine New Yorker Zeitung veröffentlicht zur Selbstverpottung eine Sammlung sensationeller Artikelüberschriften, die an einem einzigen Tage in der New Yorker Presse zu finden waren. Man liest dort: Poizist verhaftet Wirt wegen Befleckungsdiebstahls. Zur Untersuchung seines Geisteszustandes nach Bellevue-Hospital gebracht. — Brautpau fährt in Taxicab zur Trauung. Brautigam muß Pastor Heiratsgebühren schuldig bleiben. — Karnevalist verwechselt Manuskript: hält Reichenrede statt Karnevalsvortrag. Sensationeller Lachersfolg. — Schlechter Scherz. Wiphobd stellt zwei Stotterer einander vor. Täuschlichkeiten mit knapper Not vermieden. — Gefangener in gründerdamatische Sektion. Werden als erste Vorstellung Goethes „Faust“ aufführen. — Grünes Dienstmädchen verwendet Herosin zum Nervenankunden. Zwei Alarme für Feuerweh, Spezialalarm für Ambulanz. — Bagabund findet Hundertdollarschein. Unter Verdacht des Diebstahls verhaftet. — Prominenter in Fraak und Karnevalsmaske schlafend im Park aufgefunden. Vermißt Diamantnadel, Uhr und Kette. — De Wolf Doppel zum drittenmal auf

Scheidung verklagt. Beabsichtigt, sich demnächst zum viertenmal zu verheiraten. — Chinesische Longs feiern Veröhnungsfest. Vier Tote, sieben Schwerverletzte und neunzehn Leichtverwundete. Keine Verhaftungen. — Fünfundsechzig nehmen am Examen teil. Der zweite Sohn des Königs von England wird Vierundsechzigster. — Siebenjähriger erschießt einen Greis. Erhielt Kinte vom Vater als Weihnachtsgeschenk. — Wandit chloroformiert Frau. Nimmt ihr Geld, Uhr und Gebiß ab. — Untersucht unbefugte Gasröhren mit brennender Kerze. Kerze hoffen, ihn am Leben zu erhalten. — Hund findet Dynamitpatrone. Tier war ein edler Bernhardiner und hatte einen Wert von 2000 Dollar. — Ruffreudent zeigt Spuren von Geistesstörung. Hatte in drei Tagen fünf Schülerlangerie besucht. — Diese Ueberschriften geben in der Zeit ein zutreffendes Bild von dem unsagbaren Tiefstand in der amerikanischen Sensationspresse, die bekanntlich in Europa immer mehr Nachahmer findet.

Theater.

Komödienhaus: „Der Retter in der Not“, Lustspiel von Schöthan und Presber. Die Autoren, beide als witzige Köpfe bekannt, zeigten diesmal in dem Gebrauche ihrer guten Gaben überraschende Enthaltamkeit. Noch überraschender war das Vergnügen, das ihr Stück bei solchem Defizit dem Publikum zu bereiten schien. Es wurde gelacht und applaudiert, als ob statt verlegener breitgezogener Dürftigkeit ein übermütiger Karneval geistvoller Laune über die Bretter gäbe.

Ein gut Teil zu dem freundlichen Empfang mag beigetragen haben, daß die Komödie gegen die zurzeit besonders verhassten Gymnasialpedanten zu Felde zieht. Das Wort des Schulrats, Latein und Griechisch seien keine toten Sprachen, so lange sie in dem Unterricht der Gymnasien lebten, und ähnliche kernsprüche verkünderten Autoritätsdankels wurden mit schadenfreulichem Jubel aufgenommen. Man freute sich über jeden Pieß, den die Herren erhielten. Indessen, die Satire blieb überall im Kuersischen, Groben stecken, verwandte Possenmittel ohne Possenlustigkeit. Und dieser Eindruck wurde dadurch noch peinlicher, daß eine mit dem regierenden Herzog des Ländchens Uirte Erzelenz, ein Höflich, der einen ungezogenen Jungen diskreter Herkunft — wie sich zuletzt herausstellt, ein Schanden des Herzogs selber — in der Schule unterbringen will, die Gegenpartei als Sprecher zu vertreten hat. Der Hofmann rückt dem Schulmann gegenüber zu einer Art von geistig freierem Weien auf! Die Karikaturistik, die sich bei diesem an höhnlichem Spotte nicht genug tun kann, macht vor jenem Halt! Eine Ungleichheit des Maßstabes, die fatal und fülllos wirkt. Was der entrüstete „Alerverein“ durch Deputationen und Demonstrationen in der Littenburger Residenz nicht hat erreichen können, das gelingt der aus Wien zugereisten, vom Schulrat ein-

geärgerten Mama des illegitimen Herzoglichen Cyrossen im Handumdrehen kraft ihrer Konnexionen. Erst in der Schilderung dieses überquellend zutraulichen und redseligen Wiener Dämchens, die jedem ohne Ansehen der Person ihre Sottinen ins Gesicht wirft, blüht hier und da ein Zug lebensvoller Beobachtung, frischerer Komik auf. Der rüchgrallose Schuldirektor segelt mit dem neuen Winde und abanciert, nachdem er ihr Rücken in die Quarta befördert und das Arbeitspensum der Schüler gründlich herabgesetzt hat, zum offiziellen Pringenergieher. Sie aber, von den unwiderstehlichen Reizen eines Anecdotes erzählenden Weinreisenden begauert, tritt in den Stand der heiligen Ehe und verläßt des Ländchens. Von einigen allzu übertrieben angelegten Chargen abgesehen, wurde ansprechend gespielt. Ramentlich wäre Tomi Imgeobens jupiterhafter Schulrat, Adele Hartwichs Wienerin und Kaiser „Tij“ strahlend zufriedener Kommissbohagaur — hervorzuheben.

Notizen.

— Schiebungen im Deutschen Opernhaus. Herr Reumann-Hofer, der frühere Direktor des Festspieltheaters, hatte vorgeschlagen als Direktor des Opernhauses kandidiert, was dann aber als literarischer Beitrag des Aufführungsrats (ein ganz überflüssiger Posten!) mit 10000 M. Jahresgehalt engagiert worden (weil er an der „Grünung“ wesentlich beteiligt war). Als Beberischer des großen Berliner Opernvereins hat Herr Hofer jetzt eine Majorität in der Generalversammlung erlangt — er ist daraufhin zum Vizepräsidenten des Aufführungsrats avanciert. Zwei Mitglieder des Aufführungsrats, Max Steinthal und Richard Vöte haben daraufhin ihre Posten niedergelegt, weil sie diese Häufung von Funktionen bei Herrn Reumann praktisch für unzumutbar halten und unheilvolle Folgen davon besichtigen. — Hoffentlich wird die Frage in aller Leffentlichkeit alsbald geklärt. Insbesondere hat ja auch die finanziell engagierte Stadt Charlottenburg Anspruch darauf.

— Russische Regierungssorgen. In der „Kowoje Wremja“ vom 28. Januar befindet sich folgende halbamtliche Kundgebung: „Auf eine Anfrage des Ministeriums des Innern äußerte sich die „Heiligste Synode“ dahin, die Benennung von Juden mit christlichen Taufnamen sei nicht nur unerlaubt, sondern direkt gotteslästerlich und für die christliche Religion beleidigend. Noch unauferklärt bleibt die Frage über den Gebrauch lutherischer Taufnamen, die im Heiligen-Index der orthodoxen Konfession sich nicht befinden.“ — In Deutschland ist es bekanntlich umgekehrt: die ältesten und markantesten deutschen Vornamen werden modemäßig wesentlich von Juden geführt. Gewisse christliche Seltten bevorzugen dagegen alttestamentliche Namen.

und gefrorenem Fleisch ohne anhängende innere Organe aus dem Ausland, wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 100 Stimmen abgelehnt. Vorher war in einfacher Abstimmung der freimüthige Antrag abgelehnt, wonach solches Fleisch im Ausland durch deutsche Beamte untersucht werden sollte.

Endlich werden auch die Resolutionen Albrecht (Soz.) auf Erweiterungen der beschlossenen Erleichterungen der Vieheinfuhr sowie auf Aufhebung der Zölle auf Futtermittel und auf Zulassung der Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in allen Gemeinden, wo die erforderlichen Schutzvorrichtungen gegen Verbreitung der Viehseuchen vorhanden sind, abgelehnt.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Dritte Lesung des eben erledigten Gesetzes, Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern (Reichsgesundheitsamt).
Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

122. Sitzung. Freitag, den 31. Januar 1910, vormittags 11 Uhr.

Im Ministertisch: v. Dallwig.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Bei den Ausgaben, Titel „Ministiergehalt“ findet eine allgemeine Ausprägung statt.

Abg. v. Kardorff (H.): Wir müssen uns auch hier einmal ernstlich damit beschäftigen, wie man die Sozialdemokratie bekämpfen und die Arbeitswilligen schützen kann. Man mag vielleicht einwenden, das sei Reichssache, aber wir werden die Mahnung des Fürsten Bismarck beherzigen müssen, mehr als bisher die Angelegenheiten des Reiches vor unser Forum zu ziehen. Wir werden es tun müssen, um die Stellung der preussischen Regierung im Bundesrat gegebenenfalls zu stärken, wo es erforderlich erscheint. Wir haben um so mehr Veranlassung dazu, als sich neuerdings der Reichstag in einer ganz unerhörten Weise in innerpreussische Angelegenheiten eingemischt hat. (Sehr richtig! rechts.) Weiter haben

offene und verkappte Reichsfeinde

zu meinem sehr lebhaften Bedauern sich mit dem Zentrum zusammengetan und eine Resolution angenommen, in der dem Reichsanwalt ein Mißtrauensvotum ausgestellt wird. Ich bedaure, daß Sie, meine Herren vom Zentrum, diese Aktion mitgemacht haben, ich bedaure aufrichtig und tief, daß Sie sich in diese Weselschaft begeben haben, daß Sie nicht die Achtung vor der Weisheit dieses Hauses, die Achtung vor der Weisheit des anderen Hauses, die Achtung vor der königlichen Staatsregierung davon abgesehen hat, eine derartige Aktion zu inszenieren. (Lebhafte Beifall rechts, links im Zentrum. — Bewegung im ganzen Hause.) Ich weiß nicht, ob Herr Wetzellé auch dabei gewesen ist, aber ich bedaure, daß Sie sich in die Gesellschaft von Polen und sonstigen Reichsfeinden begeben haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich will hoffen, daß diese Aktion auf die Staatsregierung keinen Eindruck machen wird.

Auf die Materie, um die es sich gehandelt hat, auf das Untereignisse, will ich hier nicht eingehen. Man kann vielleicht bedauern, daß ein solches Gesetz gemacht worden ist, aber es handelt sich um ein preussisches Gesetz und um die Durchführung preussischer Gesetze ist der Ministerpräsident und verantwortlich, aber nicht dem Deutschen Reichstag. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir weisen jedenfalls diese Einmischung auf entschiedenste zurück, wir lassen uns einmischen in diese Fragen von niemandem gefallen. (Beifall rechts.)

Im Reichstage ist eine Resolution der deutschkonservativen Partei, die einen Schutz der Arbeitswilligen fordert, zu unserem lebhaften Bedauern gegen eine, wie das „Berliner Tageblatt“ sagt, klägliche Minderheit abgelehnt worden. Die Resolution ist von dem Grafen Westarp in so eindringlicher Weise begründet worden, daß ich sagen kann, er hat sich um die Klärung dieser Frage ein dauerndes Verdienst erworben. (Sehr richtig! rechts.) Jedem von Ihnen kann ich nur empfehlen, diese Rede durchzuarbeiten. Graf Westarp hat das Ergebnis einer Umfrage mitgeteilt, die an die Handelskammern ergangen ist. Von 60 Handelskammern haben sich nur 8 dahin ausgesprochen, daß sie mit dem gegenwärtigen Zustand auf dem Gebiete des Schutzes der Arbeitswilligen zufrieden seien, und 4 haben gesagt, sie hätten in ihrem Bezirk keine genügenden Erfahrungen sammeln können. Die übrigen 52 Berichte sprechen sich dahin aus, daß eine Mithilfe dringend geboten sei. (Hört! hört! rechts.) 12 meinen, daß eine schärfere Handhabung der vorhandenen Gesetze genüge. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) und 41 sprechen sich dahin aus, daß gesetzliche Maßnahmen erforderlich sind. (Hört! hört! rechts.) Ich muß es tief bedauern, wie ein angesehenes national-liberales Blatt, die „National-Zeitung“, über jene Vorgänge im Reichstag berichtet hat. Sie hat die sachlichen Ausführungen Westarps

eine junkerliche Demagogie

genannt, und sie hat im Gegensatz dazu von den sachlichen und maßvollen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners gesprochen. (Hört! hört! rechts.) Zurufe bei den Nationalliberalen.) Sie können die „National-Zeitung“ nicht so ohne weiteres von sich abschütteln, denn die „National-Zeitung“ ist ihr offizielles Blatt und ist vom Abg. Wasserermann wiederholt zu offiziellen Publikationen benutzt worden. (Hört! hört! rechts.)

Vor allem bedauern wir die ablehnende Haltung des Staatssekretärs Delbrück zur Streifenpostenresolution der Konservativen im Reichstag. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Staatsgewalt die Arbeitswilligen vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie nicht schützt, dann sind die Arbeitswilligen einfach verloren. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

So wie bisher kann es nicht weitergehen.

Welches Maß von Verwüstungen bereits erreicht ist, wie weit jedes Gefühl für Recht und Ordnung bereits untergegangen ist, zeigen die 2000 Verurteilungen von Streifenenden während des letzten Bergarbeiterstreiks. (Hört! hört! rechts.) Angefichts dieser Tatsachen muß ich sagen, daß die bestehenden Strafmittel eben nicht ausreichen, und daß schärfere Strafmittel notwendig sind. (Stürmische Zustimmung rechts.) Das „Berliner Tageblatt“ hat bei Besprechung der Gegensätze zwischen Herrn Delbrück und Herrn Dallwig geschrieben: Herr Delbrück scheint der junge Mann des Herrn v. Dallwig zu sein. Ah, wenn es doch wahr wäre! (Lebhafte, wiederholte Zustimmung rechts.) Anhaltendes Gelächter links.) Dann hätte er im Reichstage eine solche Erklärung zur Streifenpostenresolution nicht abgeben können, auch nicht seine Erklärung gegen Preußen zu der Wohnungsfrage. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir verlangen, daß die preussischen Stimmen im Bundesrat sich unserer Auffassung anschließen. (Bravo! rechts.) Da die nationalen Arbeiter sich des Terrorismus der Sozialdemokratie nicht mehr erwehren können, ist es die Pflicht der Regierung, sie zu schützen. (Beifall rechts.)

Um den Kampf gegen die Sozialdemokratie gewinnt die bürgerliche Gesellschaft nicht herum.

Dieser Kampf aber muß mit den Nachmittags des Tages durchgeschritten werden.

(Sehr wahr! rechts. Unruhe links.) Man hat früher von der Sozialdemokratie als von einer geistigen Bewegung gesprochen, die mit geistigen Waffen bekämpft werden müsse. (Lautes Lachen rechts.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das war ein großer Irrtum. (Sehr richtig! rechts.) Die Macht der Sozialdemokratie beruht nicht auf ihrem Geist, sondern darauf, daß sie nichts anderes ist als der organisierte Terrorismus. (Stürmische Zustimmung rechts.) Wenn die Sozialdemokratie mit Reden überwunden werden könnte, dann wäre sie durch die Reden des Fürsten Bülau überwunden worden. Aber die Sozialdemokratie ist nur dadurch zu überwinden, daß die bürgerliche Gesellschaft von allen Nachmittags Gebrauch macht, über die sie noch verfügt. (Bravo! rechts.) Man muß es der Sozialdemokratie lassen, daß sie ihre letzten Ziele mit der denkbar größten Offenheit, ja mit brutaler Offenheit bekämpft. Und es bleibt wahr, was der alte Liebknecht einmal gesagt hat, daß der Sozialismus und gegenüber keine Frage der Theorie, sondern eine Machfrage sei, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld entschieden werden könne. (Hört! hört! rechts.) Bedenklich ist

das Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindevertretungen. In den preussischen Landgemeinden sind bereits 7500 Sozialdemokraten (Hört! hört! rechts.) Bravo! bei den Sozialdemokraten, in den Stadtgemeinden 2500, in den Magistraten 104 und in den Gemeindevorständen der Landgemeinden 200 Sozialdemokraten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wiederholte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch sind weite Kreise der Unterbeamten der Gefahr einer sozialistischen Infiltrierung in starkem Maße ausgesetzt. (Sehr wahr! rechts.) Wenn wir auch sonst nicht für eine Verstärkung der Staatsanwaltschaft über die Gemeinden sind, so müssen wir hier doch verlangen, daß die Regierung nach dieser Richtung ihre Augen aufhält. (Beifall rechts.) Aus katholischen Kreisen ist früher wiederholt das Wort gefallen: man brauche der katholischen Kirche nur die volle Freiheit zu geben und sie werde den Umsturz überwinden können. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum. Zurufe: Gebt uns die Jesuiten!) Das ist sehr falsch. In Belgien hat die katholische Kirche die denkbar größte Freiheit und ist mit der Sozialdemokratie bisher doch noch nicht fertig geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch in den streng katholischen Gegenden bei uns, in Köln und München, hat die katholische Kirche die sozialdemokratische Gefahr nicht bannen können. (Sehr richtig! links und rechts.) Die Liberalen haben ein anderes Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sie verlangen eine vollständige Politik und für die Freiheit eine möglichst breite Gasse. Man ist diesen Weg gegangen, erfreulicherweise nicht bei uns. (Heiterkeit.) Baden hat sich auf die

schiefe Ebene einer demokratischen Wahlreform

begeben. Und während 1903 im ganzen Reich die sozialdemokratischen Stimmen um rund 30 Proz. wuchsen, wuchsen sie in Baden mit seiner vollständigen Politik um 65 Proz. (Stürmisches Hört! hört! rechts.) Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie in Baden zur ausschlaggebenden Partei geworden, und daß ihr von einem habichtischen Minister Vorbeerkranze geworden wurden. (Hört! hört! rechts.) Zuruf bei den Sozialdemokraten: Entschlich! Der Ansturm der Demokratie richtet sich gegen Preußen und dieses Haus, weil Preußen nahezu der einzige Staat ist, der mit Nachdruck und Energie an seinem Wahlrecht festhält. Dieser Ansturm würde kein so großer sein, wenn nicht eine Reihe von Bundesstaaten sich auf die schiefe Ebene demokratischer Wahlreformen begeben hätten. (Sehr wahr! rechts.) Wäre Fürst Bismarck noch am Ruder, es ist mir sehr zweifelhaft, ob die Einzelstaaten dann gewagt hätten, eine derartige Politik gegen Preußen zu betreiben. (Stürmische Zustimmung rechts.) Wir fordern eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie und erinneren an das Sozialistengesetz, für das auch führende Zentrumsabgeordnete gestimmt haben, und das ganz ausgezeichnet gewirkt hat. (Zu den Sozialdemokraten.) Wenn Sie im Staate die Mehrheit hätten und wir wären in der Minderheit und würden versuchen, Ihren beabsichtigten Zukunftsstaat umzuführen, Sie würden uns nicht das Maß von Freiheit geben, das Sie bei uns haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten, stürmische Zustimmung rechts.)

Die Selbstachtung zwingt die Staatsgewalt dazu, diesen Kampf aufzunehmen, und es ist ein bedauerliches Zeichen unserer Zeit, daß die Regierung und weite bürgerliche Kreise das Gefühl für die Gemeingefährlichkeit sozialdemokratischer Bestrebungen überhaupt verloren haben.

(Stürmische wiederholte Zustimmung rechts, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ihre Rede ist gemeingefährlich!) Die Gefahr des Umsturzes kann nur mit einer energischen Offensive bekämpft werden. (Stürmisches Bravo! rechts.) Dieser Geist der energischen Offensive ist die Stärke unserer Armee, und dieser Geist muß auch in die Reichsämtler eingehen. (Wiederholte, stürmischer Beifall rechts.) Wir warnen die Regierung (Abg. Hoffmann: Scharfmacher!), janzohr, wir wollen die Regierung scharf machen, daß sie keiner Reichstagsmehrheit nachläßt.

Ein Parlament muß geführt werden.

Wenn Fürst Bismarck immer Parlamentarmeenheiten nachgelassen wäre, das Deutsche Reich wäre heute noch nicht gegründet. (Sehr wahr! rechts.) Mit unserer Mahnung erfüllen wir nur unsere Pflicht gegen unser Gewissen und das Land. Ich wünsche, ich hätte Unrecht. Aber es ist unsere Heberzeugung, daß über kurz oder lang die starke Hand kommen muß, um das Land von der Gefahr zu befreien, von der es unzweifelhaft bedroht ist. (Stürmischer, demonstrativer Beifall rechts. Der Redner wird von Mitglieðern der Rechten begrüßt.)

Abg. Hirsch-Verlin (Soz.):

Der Vordredner hat die Sozialdemokratie dermaßen totgeredet, daß ich um Entschuldigung bitten muß, wenn ich für diese Partei noch das Wort ergreife. (Heiterkeit links.) Er hat sich zwar dagegen verwahrt, daß der Reichstag preussische Angelegenheiten berate, aber er selbst hat von der Tribüne des preussischen Landtags nicht nur gegen den Reichstag und die Reichsregierung, sondern auch gegen andere Bundesstaaten heftige Angriffe gerichtet. Ich bestritte dem Reichstag nicht das Recht, preussische Angelegenheiten zu besprechen, vor allem das Einseitigengesetz, durch das ein Stück Reichsrecht außer Kraft gesetzt wird. Aber wenn man dem Reichstag dieses Recht nehmen will, dann sollte man nicht im preussischen Abgeordnetenhaus derartig maßlose Angriffe gegen den Reichstag richten. (Sehr wahr! links.)

Sie haben es uns übel genommen, daß wir hier oft unserem

unheilvollen Einfluß Preußens

auf die übrigen Bundesstaaten und das Reich Ausdruck gegeben haben. Sie haben sogar unsere Bemerkungen darüber in Flugblättern verwendet, allerdings ohne Erfolg. Natürlich bedauern wir nicht, daß Preußen als größter deutscher Bundesstaat überhaupt einen maßgebenden Einfluß besitzt, sondern daß dieses

Preußen der Junker und Ruder ihn ausläßt. (Lachen rechts. — Sehr wahr! links.) — Die recht wir haben, hat sich in den letzten Tagen mehrfach gezeigt. Die weit muß es gekommen sein, wenn der Staatssekretär des Reichsamts des Innern vor dem preussischen Widerstand gegen jede Reform in die Defensive flüchtet. Es steht fest, daß ohne die Drohung Delbrücks mit einem Reichswohnungs-gesetz der preussische Wohnungsbau nicht aus der Defensive herausgekommen wäre. Freilich wird Herr Delbrück aus der konservativen Presse und aus der Rede Kardorff sehen müssen, daß seine Tage gezählt sind. Die konservativen Ministerstürzer sind wieder an der Arbeit. (Zustimmung links — Lachen rechts.) Auch in der Frage der Einführung einheitlicher Wahlurnen bei den Reichstagswahlen besteht ein Gegensatz zwischen dem Reichsamts und dem Ministerium des Innern. Ich frage den Minister, ob und welche Stellung er in dieser Frage eingenommen hat und erwarte eine klare Antwort! Wir sehen aber auch in Preußen selbst auf dem Gebiet des Innern nicht die geringste Reform! Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Beim Etat für 1912 hat das Abgeordnetenhaus die Regierung ersucht, alsbald die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte auf die preussischen Landtagswahlen zu erstrecken. Wir haben darauf nicht einmal eine Antwort erhalten und ebenso wenig auf den gleichen Befehl vom 19. Dezember vorigen Jahres. Die Aufstellung der Landtagswählerlisten wird über kurz oder lang beginnen müssen, wenigstens in den großen Wahlkreisen. Daß die Regierung ihre Stellung zu diesem Verlangen des Hauses erklärt, ist eine Anstandspflicht. (Sehr wahr! links.)

Das einzige bedeutendere Reformgesetz aus der letzten Zeit ist das Feuerbestattungsgesetz. Aber die Ausführungsbestimmungen verletzen der Bevölkerung die Feuerbestattung. Sie sind nicht im Geiste derjenigen erlassen, die mit der Regierung das Gesetz gemacht haben, sondern im Geiste der Minderheit, die es bekämpft hat. Das Kommunalabgabengesetz, die Städte- und Landgemeinbeordnungen sind rückständig, für die heutige Zeit zum Teil gar nicht mehr brauchbar, aber die Regierung will von Reformen nichts wissen.

Heberall nur Stillstand und Stagnation!

(Zustimmung links.) Um so mehr aber macht sich ein heimlicher Volksgedanke, eine schlanke Politik breit, die der gesunde Menschenverstand oft nicht begreift. Ich erinnere an die Unberaumung und Wiederabberaumung der Landtagswahlurnen in Teltow-Beeslow. Der frühere Abg. Jellisch ist am 24. Oktober gestorben, die Erbschaft war für den 12. Februar, also schon reichlich spät, anberaumt. Unter irgend welchen Umständen aber wurde dieser Termin wieder aufgehoben, weil — der Provinziallandtag zu dieser Zeit versammelt ist. Jetzt soll die Erbschaft kurz vor Ostern stattfinden. Danach wird vielleicht noch eine Sitzung vor Ostern stattfinden und ob wir nach Ostern überhaupt noch zusammentreten, weiß man nicht. Die Regierung hat also erreicht, daß während der ganzen Session der größte Wahlkreis der Monarchie unverändert ist. (Abg. Hammer: Bin ich denn nicht da?) Herr Hammer, Sie wissen doch selbst, daß Sie nur ein Drittel der Wahlmänner hatten und nur gewählt wurden, weil eine Verständigung zwischen Fortschrittlichen und Sozialdemokraten nicht zustande kam. Sie sind eigentlich der einzige Abgeordnete hier im Haus, der nicht die Mehrheit der Wahlmänner für sich hatte, Sie haben kein Recht, sich Vertreter des Wahlkreises zu nennen.

Ein Ruhmesblatt der inneren Verwaltung ist die Zensur. Die Beschlüsse gegen das künstlerisch hervorragende Theaterstück von Rosenow: „Die im Schatten leben!“ ist vom Oberpräsidenten zurückgewiesen worden, nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil es sich um die freie Volksschule, also um ein Arbeiterpublikum handelte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Stück ist in Stuttgart, Frankfurt a. M. und anderwärts öffentlich aufgeführt worden, in Berlin ist es, angeblich wegen seines aufreizenden Charakters, verboten. Dagegen hat das Oberverwaltungsgericht durch die ersteinstufige Aufhebung des Verbots von Bedenkens „Frühlings Erwachen“ die schärfste Beurteilung des Berliner Senats ausgesprochen.

In der Kommission hat der Minister von einer günstigen Wirkung seiner Anweisungen über die Handhabung des Reichsverordnungsrechtes gesprochen, die Zahl der Reichsverordnungen und der vom Oberverwaltungsgericht aufgehobenen Versammlungsverbote sollen sich ganz wesentlich vermindert haben. Es steht aber fest, daß heute noch eine unabhängige Zahl von Versammlungen ohne jeden gesetzlichen Grund, aus reiner Willkür der Behörden, verboten wird.

Auf das Gesetz des Berliner Magistrats um Uebertragung der Wohnungspolizei hat er neun Monate lang keine Antwort bekommen und unerhört ist es, wie der Teltower Landrat eine Aussprache mit dem Oberbürgermeister über die Eingemeindung von Treptow ablehnte, angeblich in Wahrung der Selbstverwaltung. Da sollte die Regierung sich lieber um die Selbstverwaltung in Gemeinden kümmern, die Recht und Gesetz beugen, um das Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeinden zu hindern. Nach jahrelangem Kampf ist

der Wahlrechtsraub von Neudün

von dem Oberverwaltungsgericht, entsprechend dem sozialdemokratischen Protest, kassiert worden. Aber was hat dieser Schlag genützt? Gleich nachher verurteilt der Magistrat eine neue Entziehung der Arbeiter, indem er die Stadt gegen Recht und Gesetz als höchste Steuerzahlerin in die Liste einträgt, um alle anderen Wähler herunterzubringen. Und in Lichtenberg bei Berlin soll der höchste aller Steuerzahler die gleiche Rolle spielen, obgleich er keine Staatssteuer zahlt, also bei der Aufstellung der Wählerliste gar nicht berücksichtigt werden darf. Die Regierung sollte diesen Städten vor Augen führen, daß eine solche Veräußerung von Recht und Gesetz mit der Selbstverwaltung nicht vereinbar ist.

Der Auf Kardorff nach einem Arbeitswilligen-Gesetz liegt in dem systematischen Vorgehen der Konservativen im Einverständnis mit der Regierung. Nach ihrer Niederlage im Reichstage mißbrauchen Sie das Abgeordnetenhaus dazu, die Regierung zu neuen Intentionen auf die Arbeiterkassette scharf zu machen. Die Rede Kardorff ist allerdings, ebenso wie die Reden der Arnim, Krebs — daß die sozialdemokratische Partei sich aus Messerstechern usw. zusammensetze — und Schottmer von größtem Wert zur Aufklärung der Massen über den Geist dieses Hauses. Im Herrenhaus haben Sie ja schon voriges Jahr eine derartige Resolution durchgebracht.

Das Märchen vom sozialdemokratischen Terrorismus

Hören wir schon lange genug, aber ein Märchen bleibt es doch. Zum größten Teil sind alle diese Schilderungen nichts weiter als niederrichtige, gemeine Lügen, die vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in die Presse lanciert werden, von jenem Reichsverband, über dessen Material das Schöffengericht Brandenburg das Urteil gefällt hat, daß er ohne Beweis des sozialdemokratischen Jähzornes Unterstellungen mache, falsche Tatsachen und Entstellungen in seinen Veröffentlichungen bringe, den Kampf herabziehe usw. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nur einige Einzelfälle besprechen. Bei der Ruhrstreikdebatte im vorigen Jahre hat der Minister des Innern von den furchtbaren Dynamitattentaten sozialistischer Streifenenden gegen Streikbrecher in Aßeln gesprochen, inzwischen ist gerichtlich festgestellt worden, daß das Attentat sich auch gegen den Sozialverband der Bergarbeiter richtete, daß unter den acht Angeklagten sieben nicht das geringste mit der sozialdemokratischen Partei zu tun gehabt haben, einer nur vor längerer Zeit einmal ein halbes Jahr Mitglied gewesen ist und nur einer dem Bergarbeiterverband angehört. Das beweist gerade, daß diejenigen, die durch die Schule der modernen Arbeiterbewegung gegangen sind, an derartigen Taten niemals beteiligt sind. Ebenso hat sich vor Gericht herausgestellt, daß an einer Erzurzer Terroristengesellschaft schlimmster Art fast nichts war, so daß der Angeklagte nur wegen geringfügiger Hänseleien eine ganz kleine Gefängnisstrafe erhielt. Und die Vorwürfe des christlichen West-

fälschen Volksblatts* gegen den Zimmererverband wegen angeblichen Terrorismus gegen Nichtverbändler ergab vor Gericht, daß die Behauptungen von A bis Z Schwindel waren. Ich befreite nicht, daß auch sozialdemokratische Arbeiter Ausschreitungen begehen, aber das steht in keinem Verhältnis zu dem Terrorismus, den Sie und Ihre befürworteten Schützlinge, die Arbeitswilligen, verüben. Aber wenn ich noch so viele Beweise anführte — Sie würden ja doch bei Ihren Behauptungen bleiben! Der Umfrage des Handelstages bei den Handelskammern über die Stellung zum Arbeitswilligenschutz waren

Muster von Terrorismusgeschichten

beigegeben, die eine direkte Anleitung zu Schwindelantworten waren. Eine ganze Reihe Kammern hat diese Fragen nicht beantwortet. Die Kammer Augsburg hat wohl einen schauerlichen Terrorismusfall mitgeteilt, von dem aber nachher der Oberbürgermeister und Polizeichef in öffentlicher Sitzung des Stadtmagistrats atemlos feststellte, daß nichts Wahres daran sei! (Hört! Hört! bei den Sozialdem.) Und so sieht Ihr ganzes Material aus.

Sagen Sie doch eine freie Untersuchungskommission ein, der allerdings auch wir und die freien Gewerkschaften angehören müßten, eine Prüfung der einzelnen Fälle durch diese Kommission würde mehr als 90 Proz. als erfunden ergeben. Auch die Terrorismusfälle in der Denkschrift zum sogenannten Justizhausgesetz waren ja zum größten Teil un wahr. Sie meinen aber in Ihren Angriffen immer nur die Gewerkschaften und die christlichen und kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften sollen daran denken, daß ein Arbeitswilligenschutzgesetz gegen ihre Gewerkschaften ebenso angewandt würde, wie gegen uns. Deshalb sollten Sie mit uns Front machen gegen solche Attentate auf die Rechte der Arbeiter! Die Schatzkammer wissen nichts von den hohen Aufgaben der Erziehungs- und Bildungsarbeit der Gewerkschaften, sie sehen in ihnen nur Streikorganisationen und die sollen erdrückt werden. Wir freuen uns der Offenheit, mit der Herr v. Kardorff das erklärt hat! Aber vergessen Sie nicht Ihren Terrorismus! Unter dem Vorwand desommerischen Bauernverbandes, der alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und alle Bauunternehmer, die solche Arbeiter beschäftigen, brotlos machen will, steht die Unterdrückung von konservativen Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften! Sie selbst üben den schlimmsten Terrorismus und kommen dann hierher, um über den unferigen zu zeteren. In Liegnitz hat die konservative Partei den Vohloft über die nicht rechts stehenden Kaufleute verhängt und Ihr Heißhalten an der öffentlichen Stimmenabgabe hat ja nur den Zweck, Ihren

Wahlterrorismus

zu sichern. Sie werden den Reichstag und die Reichsregierung trotz aller Lügen und Verleumdungen der Schatzkammer nicht zu einem neuen Justizhausgesetz bekommen. Es ist falsch, daß sozialdemokratische Führer selbst eine schwere Schädigung unserer Partei durch das Sozialistengesetz zugegeben hätten, sondern nur die furchtbaren Drangsalierungen einzelner, denen eben — so führte Richard Fischer am Grabe Singers aus — Singer Weistand leistete. Unsere Partei aber ist dabei groß und stark geworden und unter einem neuen Sozialistengesetz, das wir nicht wünschen, würde unsere Partei, ebenso wie 1890, kräftiger als früher werden! Sie wollen als Gewaltmenschen mit Gewaltmaßnahmen vorgehen. Geistige Waffen wünschen Sie nicht, mit niederträchtigen Lügen fordern Sie Ausnahmegeetze.

Vizepräsident Dr. Krause: Meinen Sie damit Mitglieder des Hauses?

Abg. Hirsch: Alle, die Ausnahmegeetze fordern, meine ich.

Vizepräsident Dr. Krause: Dann muß ich Sie zur Ordnung rufen!

Abg. Hirsch:

Sie schädigen das Ansehen Preußens, Sie mißbrauchen die Macht, die Ihnen das Dreiklassenwahlrecht gibt, denn nur unter diesem sind solche Reden möglich und deshalb zeigt uns die Rede Kardorffs, daß endlich einmal

ein freiheitliches Wahlrecht in Preußen

eingeführt werden muß. (Heiterkeit rechts.) Die Beratung des Ministers auf die letzte Wahlrechtsabstimmung trifft nicht zu, denn wenn die wahlrechtsfreundlichen Parteien hier so vollständig sind, wie die Wahlrechtsgegner, und wenn nicht Abkommandierungen stattfinden, dann ist hier eine Mehrheit für das geheime und direkte Wahlrecht. Zeigen Sie bei den kommenden Wahlen, von denen wir überzeugt sind, daß sie die letzten unter diesem System sein werden, daß Sie ernst machen wollen mit der Bekämpfung des Terrorismus, indem Sie ihn unterlassen! Wir aber wissen, welche hohe Aufgabe wir zu erfüllen haben. Sie wissen, daß die Sozialdemokratie eine eminent geistige Bewegung ist, deshalb verschmähen Sie den Kampf mit geistigen Waffen und rufen nach Gewalt. Wir werden alles tun, um Ihre Pläne zunichte zu machen, sollten aber neue Ausnahmegesetze gegen uns zustande kommen, dann werden wir beweisen, daß nichts imstande ist, die Sozialdemokratie zu vernichten, daß Sie nie mit uns fertig werden, aus dem einfachen Grunde, weil es nicht möglich ist, richtige Ideen durch Gewaltmaßnahmen zu ersticken. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. d. Groeben (L.) erklärt den konservativen Vohloft als Abwehr, den in Liegnitz billigt er, der Reichstag habe sich nicht in preussische Dinge einzumischen, Delbrücks Drohung gegen Preußen sei unvereinbar mit der Stellung eines Staatssekretärs zu den Einzelstaaten. Wir greifen aber die Minister nicht persönlich an, denn sie sind von unserem allernachgiebigsten Herrn ernannt. (Lachen bei den Sozialdemokraten. — Jura: Palow.) Der Redner fordert Arbeitswilligenschutz, die Regierung sei sich der Tausende von Tränen bewußt, die der Terrorismus der Sozialdemokratie verursacht habe. (Stürmische Jura: Palow.) Der Reichstag hat die Sozialdemokratie nicht als Feind betrachtet, weil er diese Behauptung als eine Schande bezeichnet, vom Vizepräsidenten Dr. Krause wegen „ganz unqualifizierbarer Äußerungen unter dem Beifall der Rechten zur Ordnung gerufen.“

Abg. Dr. Friedberg (natl.) fordert schärferes Vorgehen gegen die Welfen, denen eine Äußerung des Abg. Stroffer, daß er die welfische Gefinnung verstehen könne, sehr zusäßen gekommen sei. Die Polenpolitik geht den Reichstag nichts an. Was ist's mit den einheitlichen Wahlurnen? Bei großen Streiks reichen Polizei und Militär zum Arbeitswilligenschutz aus, aber bei kleinen kann man das Militär nicht aufbieten.

Man sollte die Gewerkschaften finanziell für Streikschäden haftbar machen.

Ausnahmegesetze sind heute nicht durchführbar, wir lehnen sie ab. Die Drittelung in den Urwahlbezirken hat das Wahlrecht auf den Kopf gestellt, so daß der weniger Leistende mitunter mehr Recht hat, als der mehr Leistende. Das ist nicht aufrecht zu erhalten. Delbrück hat nicht gedroht, aber Reichs- und Staatsbehörden scheinen doch nicht die richtigen Beziehungen zu haben. Bei den Wahlen müssen die Behörden objektiv sein, denn sie sind für das ganze Volk da. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister v. Dalkow: Die welfischen Bestrebungen werden in keiner Weise gefördert. Ein persönlicher Gegenlay zwischen mir und dem Staatssekretär Delbrück besteht in keiner Weise. In der Ausarbeitung des Wohnungsgesetzes war überwiegend das Handelsministerium beteiligt und sie erfolgte unter dauernder Mitwirkung des Reichsamts des Innern. Staatssekretär Delbrück wußte, daß die Veröffentlichung unseres Entwurfs bevorstand und die Deutung der Worte als eine Drohung gegen Preußen kann nur mißverständlich sein. Ueber einheitliche Wahlurnen hat nicht mein Ministerium, sondern nur das Staatsministerium zu entscheiden, dessen Stellung in nächster Zeit bekannt werden wird. Zur Erörterung des Reichsgesetzes über Armenunterstützung und Wahlrecht auf Preußen war die Zeit zu kurz, denn dazu ist eine Verfassungsänderung nötig. Die Erstagwahl in Teltow-Weesow mußte verschoben werden, weil infolge der Tagung des Provinziallandtags eine ausreichende Besetzung der Wahlvorstände fraglich wurde. Die Polizeigenatur gegen die Freie Volksbühne erfolgt lediglich

nach den bestehenden Grundlagen. Daß der Terrorismus bei Streiks nicht von Sozialdemokraten, sondern von Arbeitswilligen ausgeht, ist eine etwas lächerliche Behauptung. Die vielen hundert Bestrafungen zur Zeit des Ruhrstreiks zeigen doch eine große Ausbreitung des Terrorismus. (Beifall rechts.)

Abg. Marx (Z.) wendet sich scharf gegen Kardorff, der aber in Jurien hervortritt, daß er das Zentrum im Gegensatz zu den Reichsfeinden genannt habe. Die Zukunft wird lehren, daß gerade die Anhänger der Enteignung Staatsfeinde geworden sind. Die Sozialdemokratie ist eine geistige, antichristliche Bewegung, die lediglich die Konsequenzen aus einem falsch aufgefaßten Liberalismus zieht und deren Bekämpfung nur möglich ist durch Hebung des sittlich religiösen Bewußtseins. Unsere Kirche hat noch nicht die nötige Freiheit. Geben Sie sie ihr und sie wird sich wie ein Kar zum Himmel erheben. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Das katholische Land beweist die Widerstandsfähigkeit des katholischen Volkes gegen die Sozialdemokratie. Die Kardorffsche Rede war eine Scharfmaacherrede, die die Sozialdemokratie als Flugblatt herausgeben könnte, um tausende Anhänger zu gewinnen. Jeder Satz widersprach dem vorigen. Wir verlangen das geheime Wahlrecht für die Gemeinden, bei der öffentlichen Wahl kann die Sozialdemokratie ihren Terrorismus spielen lassen. Der Unfittlichkeit muß schärfer entgegengetreten werden, ebenso verbächtigen Zeitungsinferaten und dem Kinomwelen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Korsantj (Pole) protestiert gegen den organisierten Terrorismus, da an dessen Spitze der Reichstagslangler stehe. Verschiedene Konservative schämten sich des Enteignungsgesetzes, das sie in einer schwachen Stunde mit dem Fürsten Palow gemacht haben. Herr v. Bedlig, der immer gegen uns geht (Präsident Graf Schwerin riß diesen Ausdruck), sprach kirchlich von revolutionären Bewegungen unter den Polen. Ja, von nichtpolnischer Seite wollte man die polnische Jugend zu einem Aufstand gegen die russische Regierung verleiten, dafür habe ich positive Beweise. Der Sozialdemokratie kann man nur durch ein System von Recht und Gerechtigkeit entgegen treten. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Wie wollen Sie das von diesem Hause erreichen? — Inruhe rechts. — Präsident Graf Schwerin: Ich bitte wirklich, von dem Recht der Zwischenrufe einen etwas mäßigeren Gebrauch zu machen. — Heiterkeit.) Die Gewaltpolitik züchtet die Sozialdemokratie. (Beifall bei den Polen.)

Minister v. Dalkow bezweifelt die Behauptung Korsantjs, daß ihm ein konservativer Abgeordneter eine Äußerung Willows mitgeteilt hätte, wonach die Konservativen nur ruhig für das Enteignungsgesetz stimmen möchten, es würde ja niemals angewendet werden. Seitdem Korsantj gegen einen Amtsdirektor vollständig unrichtige Beschuldigungen erhoben hat, mißtraue ich seinen Angaben. Es wäre eine Schande, wenn wir ruhig zusehen würden, wie in einer preussischen Provinz der Verlebe mit einem Deutschen als verabscheuungswürdige Schande gebrandmarkt wird. (Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich. Es folgt eine große Anzahl persönlicher Bemerkungen.

Die Abgg. Dr. Liebnecht und Borchardt (Soz.) stellen gegenüber einer Mißdeutung ihres Lächelns bei einer Rede des Abg. Marx fest, daß dieses Lächeln nur der Bescheidenheit galt, mit der Marx auch bei dieser Gelegenheit eine Ordensdebatte heranzurufen beabsichtigt war, daß es aber nicht gegen die auf Zulassung der Jesuiten usw. gerichtete Tätigkeit des Zentrums gemünzt sein sollte.

Abg. Dr. Marx (Z.): Ich habe dieses Lächeln, das sich zwischen Dr. Liebnecht und Borchardt „entwickelt“ hat (Heiterkeit), auf drei Meter Entfernung beobachtet. (Allgemeine Heiterkeit.) Ich erblicke darin einen Hohn auf meine Worte.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 1. Februar, vormittags 11 Uhr: Etat des Innern.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. Februar, vormittags 9 Uhr, Pappell-Allee 15/17, Reufkan: „Idealpassage“, und Teget: Schloßstraße 3: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Franzfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. B. Wille: „Putter Leder“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands.

Geschäftsstelle Groß-Berlin, Engelufer 15.

Maschinisten, Heizer u. Berufskollegen in städtischen Betrieben.

Sonntag, den 2. Februar 1913, vormittags 10 Uhr:

Zwei große Betriebsversammlungen.

Tagungsordnung in beiden Versammlungen:

1. Wer vertritt die Interessen unserer Berufsangehörigen in den Gemeindeparlamenten? 2. Betriebsangelegenheiten.

Referenten sind die Kollegen Rudolf Schlichting und Max Galle.

Die Versammlung der Bezirke Köpenick, Ober-Schöneweide, Grünau, Friedrichshagen und Adlershof findet in Köpenick, Schönepfunder Straße 5, im Lokal von Stippelohlf statt. Für alle anderen Bezirke findet die Versammlung in Berlin, „Arminhallen“, Kommandantenstraße 59 statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Amt Rochen 1967. Kassierer: Amt Nordten 185. Arbeitnachweis: Amt Rochen 1289, 9714.

Montag, den 3. Februar 1913, abends 8^{1/2} Uhr, im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 8:

Bezirks-Versammlung für Charlottenburg.

Tagungsordnung:

1. Vortrag, 2. Neuwahl der Bezirksleitung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 3. Februar 1913, abends 7 Uhr, im Lokal von Kirckowski, Oranienstr. 180:

Berlin

aller an Schraubautomaten und Einzelbänken beschäft. Einrichter in der Schraubindustrie.

Tagungsordnung:

1. Erledigung der vom 19. Januar vertagten Versammlung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vertreters zur Agitationskommission.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Einrichter an den Einzelbänken sind ganz besonders eingeladen.
112. Die Ortsverwaltung.

Patente etc. erwirkt u. verwertet anerkt. schnell
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslau
Berlin, Gitschinerstr. 106. u. d. Pat.-Amt
Das beste Nachschlagewerk: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein“ gratis u. franko

Von Joh. Schulze, Greiz i. V. Kauf. Sie sehr gut und billig neueste Kleiderstoffe für Damen und Herren Reste n. Gewicht u. i. Kommission! Für Vorkf. Herren, Frauen u. Geschäfte ges.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick. dazw. Zylinder von 25 Mark an. Moritz Laband, Neus Promenade 8, II. (Stadth. Börs.)

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:
Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung.

Herausgegeben von
Max Grünwald
Heft 4 u. 5:

Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland
von 247/6

Wilhelm Schröder.
Preis 75 Pl.

Heft 6:
Schiller und die Arbeiter
von
Konrad Haenisch.
Preis 40 Pl.

Moslem

Die neue Problem

33

Billige Angebote

halbbaren, bewährter und gut sitzender

Berufs-Kleidung

Manchester-Anzüge	Marke Gambrians, Warm gefüttert, Strapsanfert.
Joppe	3rohlig 11.90
Weste 3.60
Hose 6.75
Herkules-Leder-Hosen	Alleinverkauf, Gestrickt od. einfarbig, Kordel u. stark. Borte Arbeit. Bund aus einem Stück, schwere Taschen.
Weidekellnerjackette	vorzüglic in Wasche 3.65, 2.50

Pa. blaue Monteur-Jackette	Körper od. Dreif. lustig u. wasch. leicht. Extra lang. Geestel. geschützt. Taschen. Verriegelung. M. 2.45
Setzer-Rittel	3.10 2.50
Maler-Rittel	2.90 2.00
Haupt-Katalog Nr. 46	(Berufs-Kleidung) postfrei

BAER SOHN

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie

Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20 Capr. 1891 Schöneb., Hauptstr. 10

Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbe-polizeiliche Vorschriften

**Directoire-
Beinkleider**
für Damen
mit angewebtem Futter
95 Pf.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Billige Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat

**Damen-
Hemden**
mit handgestickter
Madeira-Passe
1.35

Californ. Aepfel **25,35** Pf.

Amerikaner Aepfel **15** Pf.

Blumenkohl **10, 15** Pf.

Apfelsinen **20, 25** Pf.

Blutapfelsinen **40** Pf.

Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst Pfund **1.40**
 Quedlinburger Teewurst Pfund **1.40**
 Thüringer Landbratwurst Pfund **1.40**
 ff. Leberwurst Pfund **1.10**
 Mettwurst (Braunschweig. Art) Pfund **1.10**
 Rouladenwurst Pfund **98** Pf.
 Zwiebel- od. Rotwurst .. Pfund **60** Pf.
 Schinkenspeck Pfund **1.20**
 Nusschinken Pfund **1.30**
 Gänsebrust Pfund **1.60**

Kolonialwaren

Victoria-Erbisen Pfund **18** Pf.
 Erbsen kleine Pfund **15** Pf. geschält Pfund **22** Pf.
 Erbsen grüne Pfund **18** Pf.
 Linsen Pfund **16, 20, 25** Pf.
 Bohnen weisse Pfund **18** Pf.
 Reis Pfund **18, 20, 25** Pf.
 Böhmisches Pflaumen Pfund **28** Pf.
 Ringäpfel Pfund **40** Pf.
 Backobst Pfund **35, 45** Pf.
 Gemischte Marmelade Pfund **25** Pf.

Kaffee $\frac{1}{4}$ Pfund-Paket **65, 70, 75** Pf.

Kakao Pfund **65, 95** Pf.

Haush.-Schokolade **68** Pf.

Zucker **5** Pfund **98** Pf.

Rückenfett Pfund **65** Pf.

Kassler Pfund **95** Pf.

Frisches Fleisch
In guten Qualitäten zu billigen Preisen

Hühner **1.95, 2.25, 2.45**

Unsere Weisse Woche beginnt Sonnabend den 1. Februar

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt.
 Kaufen Sie von Kavalieren wenig getrag. Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9—18 M. Große Auswahl in neuer Garderobe. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschmänteln, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 20—75 M. — Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig. **Moritzplatz 58a.**

Liefere auch nach auswärts.

Möbel-Lechner

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.

1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz

2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße

Stube und Küche . . . Anzahlung von M. **15.—** an

Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. **5.—** an

Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.

Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften beglichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.

Sonntag geöffnet von 12—2 Uhr.



Hockey 3 Pf.
 Clio 5 Pf.

33/2*

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur kurze Zeit gohr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2,50, 3,00 M. Ulster, sehr billig.

Große Abteilung neuer Garderobe Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98 (Nähe Strausberger Pl.) Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Verleih-Institut Frank A. Borchardt, Friedrichstr. 115, Grand-Tor. Tel. Rbd. 10654. verleiht Broad, Smoking, Gebrodenanzüge in verstellb. Preislag bis z. elegantest. Genre. Sehr große Auswahl. Bds. Preise.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Hiermit geben wir die am 5. November 1912 beschlossene 11. Abänderung zum Statut bekannt.

Artikel I.
 Der § 29 resp. dessen 2., 4., 7. und 9. Abänderung erhält folgende Fassung: Die möglichen Beiträge betragen $\frac{1}{2}$ Prozent des durchschnittlichen Tagelohns, d. h.
 für die A-Klasse . . . 1,23 M.
 . . . B . . . 0,96
 . . . C . . . 0,81
 . . . D . . . 0,66
 . . . E . . . 0,42
 . . . F . . . 0,27

Artikel II.
 Vorstehende Statutenabänderung tritt am Montag nach der feierlichen Bekanntmachung in Kraft. Berlin, den 5. November 1912.
 R. Gottesmann, Vorsitzender.
 H. Keefe, Schriftführer.

Genehmigt durch Beschluss vom 7. Januar 1913.
 Der Bezirksausschuss zu Berlin, Abteilung II.
 Wagner.

Obige Beitragsätze treten am Montag, den 3. Februar in Kraft, und können Nachtragsrequisiten im Bureau der Kasse in Empfang genommen werden. 266/16
 Der Vorstand.
 R. Gottesmann, Vorsitzender.
 H. Keefe, Schriftführer.

Simpli-Kakao als Hausgetränk



Pfund 1,20 Mark

erheblich billiger als Kaffee!

50 Tassen Kakao = $\frac{1}{2}$ Pfund = 60 Pfg.

Bei der herrschenden Teuerung ist Kakao das rationellste und billigste Hausgetränk. Kaffee ist im Preise fast unerschwinglich geworden. Simpli-Kakao ist nicht bloß billiger und ausgiebiger als Kaffee, sondern besitzt auch einen hohen Nährwert und trägt beim Genuß im Gegensatz zum Kaffee zur Sättigung wesentlich bei. Kakao ist dem Körper zuträglich, Kaffee schädigt ihn. Simpli-Kakao ist anerkannt gut, man hat ihn deshalb in vielen Kreisen als Hausgetränk eingeführt. Simpli-Kakao wird nur in Originalpackung zu $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Pfund verkauft, in garantierter Original-Fabrikfüllung. Die Simpli-Fabrikate (auch Schokoladen, Pralinen, Katzenzungen usw.) werden in vollendeter Weise hergestellt von der Firma „Sarotti“ A.-G., Berlin.

Man frage überall nach Simpli-Kakao!

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69

Der kleine Stadthaumeister

Ein Lehr- und Spielbuch für Jugend, Eltern und Lehrer von Heinrich Pralle. Mit 15 Abbildungen im Text und 17 Tafeln. Preis 1,50 Mark.

Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

(Erster Tag.)

London, 29. Januar. (Sig. Ver.) Der dreizehnte Parteitag der britischen Labour Party wurde heute in der Princes Hall in London unter dem Vorsitz des Parlamentsmitgliedes Roberts eröffnet.

In seiner Eröffnungsrede ging der Vorsitzende Roberts auf die verschiedensten Probleme ein, mit denen die Arbeiterpartei zu rechnen hat. Er betonte die Notwendigkeit der Loyalität aller Parteimitglieder, des „unwandelbaren Doktrinars“ wie des Arbeiterparteilers, den alle Affoziationen noch anlocken. Er wies darauf hin, daß die Gärung und Aufwallung in den Volksschichten, die charakteristischste Erscheinung der Zeit, in ihrem Wachstum begriffen sei. Daß der Fortschritt der Arbeiterbewegung nicht schneller vor sich gehe, liege vielfach an dem Konflikt der in Vorschlag gebrachten Kampfmethoden. Dann ging der Vorsitzende auf die vor kurzem wieder aufgeweckte Theorie ein, daß die politische Aktion zu nichts führe und nur die direkte wirtschaftliche Aktion die Ziele der Arbeiterschaft verwirklichen kann.

Die Arbeiterpartei ist hingegen der Ansicht, so führte der Vorsitzende aus, daß beide Kampfmittel die gleiche Veredlung haben. Nicht allein die Politik, sondern auch der Streik bringt Enttäuschungen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir zur Erreichung unserer Ziele den Staat zuerst vollständig demokratisieren müssen. Wie die parlamentarische und direkte Aktion aufeinander angewiesen sind, beweist der große Bergarbeiterausstand des vorigen Jahres. Die parlamentarische Partei blieb während des Streiks ständig in Verbindung mit der Bergarbeitersolidarität und in dem darauffolgenden Transportarbeiterstreik verhinderte sie, daß sich die bewaffnete Macht des Staates so vollständig wie in früheren Fällen auf die Seite der Arbeitgeber stelle.

führt hätten. Er verlangte, daß man diesen Organisationen nur die Zahl von Stimmen gewähre, die der Höhe ihrer Beiträge entspreche.

Smilie (Bergarbeiter) wendete sich gegen den Vorschlag und erklärte, weshalb die Bergarbeiter im Rückstand sind. Der große Streik habe viele Bergarbeitergewerkschaften an den Rand des Bankrotts gebracht und in Schulden gestürzt, die erst abbezahlt werden müßten. Die Bergarbeiter würden jedoch ihre Partei-schulden auf Heller und Pfennig bezahlen, sobald sie imstande wären. Der Angriff auf die Bergarbeiter siehe den Transport-arbeitern am allerwenigsten an, denn gerade die Bergarbeiter hätten die Transportarbeiter beim letzten Londoner Streik unterstützt, obwohl ihre Kassen fast leer waren. — Vom Vorstandstisch wurde alsdann erklärt, daß die Organisationen, die der Parteikasse Geld schulden und wegen des gegen sie erlassenen Inhibitions-befehls die festen Beiträge nicht haben einrichten können, das schriftliche Versprechen abgegeben hätten, die Rückstände zu begleichen, sobald die Osbornefrage geregelt sei. Der Antrag Williams wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde auch auf Antrag Smilies ein von dem Parteivorstand vorgelegenes Organisationsprojekt für Schottland. Bei dem Punkte Zusammenarbeiten mit den Genossenschaften regie Priestly (Mancheiter) an, alle Arbeiter sollten sich zur Pflicht machen, den Genossenschaften beizutreten, und die Gewerkschaften sollten darauf achten, daß nur solche Personen zu Direktoren der genossenschaftlichen Unternehmungen gemacht würden, die bereit wären, den gewerkschaftlichen Forderungen in den Genossenschaftsbetrieben Anerkennung zu verschaffen. Von verschiedenen Seiten wurde das Vorgehen der Parlamentarier in der Osbornefrage scharf kritisiert. Ein Delegierter meinte, die Regierungsvorlage zum Osborneurteil komme einer Vorenthaltung des Rechts zur politischen Betätigung der Gewerkschaften gleich. Am Schluß der Sitzung wurde die Verlesung eines Beglückwünschungsgramms der Deutschen Sozialdemokratie mit großem Beifall aufgenommen und beschlossen, eine entsprechende Antwort zurückzutelegraphieren.

Jugendbewegung.

Kirchenkollekte für katholische Jugendvereine.

In ihrer Ausgabe vom 18. Januar veröffentlicht die „Schlesische Volkszeitung“, das Breslauer Zentrumsblatt, die Zuschrift eines katholischen Jugendvereinspräsidenten „für die katholischen Jugendvereine Breslaus“.

Am vergangenen Sonntag wurde von den Kanzeln der Breslauer katholischen Kirchen eine Kollekte für die katholischen Jugendvereine angefordert. Und so wird morgen (also Sonntag, 10. Januar, N. d. B.) in den Pfarrkirchen der Ruf erklingen: Für die katholischen Jugendvereine Breslaus wird gebeten!

Nach bewährter Methode sucht dann die Zuschrift die Mitarbeit für die gute Sache noch zu fördern durch einen Hinweis auf die „Bluten der Glaubens- und Sittlosigkeit“, in deren Anfängen die katholischen Jugendvereine als Rettungsinsel stehen. Auch das Heil der Kirche und des Staates wird heraufbeschworen. Und so kann denn die Kollekte losgehen — zur höheren Ehre Gottes und im besonderen Interesse der Zentrumpartei.

Aus Industrie und Handel.

Der Balkantrieb und die deutschen Sparkassen.

Die im Auftrag des Deutschen Sparkassenverbandes herausgegebene „Sparkassenkorrespondenz“ schreibt: Die Monatsstatistik der deutschen Sparkassen ist gegenwärtig besonders geeignet, die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Das Ergebnis der Statistik ist dahin zusammenzufassen, daß der November 1912 für die deutschen Sparkassen ungünstiger als irgend ein Monat vorher, der September 1911 mit der Marokkoprobleme eingeschlossen, verlaufen ist. Der ausschließlich durch die Balkankrisis verursachte Abfluß aus den Sparkassen ist auf 60—70 Millionen Mark zu schätzen. Dieses Resultat ist erheblich ungünstiger, als bei der Marokkoprobleme, für welche es auf 35 Millionen Mark geschätzt war. Wie damals ist an der Hand des vorliegenden statistischen Materials festgestellt, daß diese Zurückziehung der Spareinlagen vorwiegend seitens der kleineren Einleger erfolgt ist. Eine vorläufige Berechnung ergab, daß diesmal der Durchschnittsposten einer Rückzahlung sich auf 261 M. stellte, gegen 266 M. im entsprechenden Monat des Vorjahres. Von 37 der größten berichtenden Sparkassen hatten im November 1911 nur 8 Mehrrückzahlungen gegenüber Mehreinzahlungen zu verzeichnen, und zwar im Höchstfalle 442 000 M., denen bei den übrigen 29 Mehreinzahlungen in Gesamthöhe von über 7 Millionen Mark gegenüberstanden. Dagegen hatten im letzten November von diesen selben Sparkassen nur 5 Mehreinzahlungen in Höhe von 690 000 M., während die übrigen Mehreinzahlungen von über 31 Millionen

auswies. Darunter befanden sich mit mehr als 3 Millionen die städtische Sparkasse Berlin, mit mehr als 2 Millionen die städtische Sparkasse Köln, Magdeburg, Königsberg und die Sparkasse in Bremen, mit mehr als 1 Million die städtischen Sparkassen Dresden, Leipzig, Breslau, Stettin.

Bankenfusion in Schlefien.

Wieder verschwindet eine alte Privatbank in einem der größeren Bankkongerze. Das seit 1817 bestehende Bankhaus J. L. Landsberger in Breslau übergibt ihr Breslauer Geschäft dem Schlesischen Bankverein in Breslau, der zur Gruppe der Deutschen Bank gehört. Die Firma Landsberger unterhielt bisher Beziehungen zur Berliner Handelsgesellschaft, die sich noch im Jahre 1911 mit 1/2 Millionen an der Landsbergerschen Kommanditgesellschaft beteiligt hatte. Die Firma wird übrigens nicht ihre volle Selbständigkeit an den Schlesischen Bankverein abgeben. Die Berliner Niederlassung soll weiter bestehen bleiben. Nur das schlesische Geschäft, das Beziehungen zur schlesischen Industrie unterhielt, geht auf den Bankverein über.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen als Wählerinnen.

Glänzend hat sich das direkte Frauenwahlrecht zum Gemeinderat von Wiener-Neustadt bewährt. Montag fanden die Wahlen im 5. Wahlkörper statt, in dem die Frauen nicht wahlberechtigt sind. Unsere Genossen haben von 10 Mandaten 5 erobert. Am Mittwoch wählte der 3. Wahlkörper. Da hatten unter 1215 Wählern 481 Frauen das Wahlrecht. 213 kamen persönlich wählen, die Ledigen und Verwitweten; 268 Verheiratete mußten durch den Ehegatten ihr Wahlrecht ausüben lassen. Es kam bei der Wahlurne zu einigen drastischen Szenen, als verheiratete Frauen persönlich erschienen, um ihr Wahlrecht auszuüben und von der Wahlkommission zurückgewiesen wurden.

Was, riefen sie: Ich zahle selbst Steuern und wählen soll ich nicht selbst. Eine Wählerin wollte man zurückweisen, bei der sich herausstellte, daß der Mann noch lebt, aber seit zwei Jahren in Amerika weilt. Energisch verteidigte sie vor der Wahlkommission ihr Recht und die Kommission entschied zu ihren Gunsten.

Unsere Genossinnen arbeiteten unermüdet. Schon am Montag, wo nur Männer wählten, arbeiteten sie in großer Zahl in den Sektionen und bewährten sich noch in der persönlichen Agitation.

Am Mittwoch aber war ihr Eifer noch gesteigert, sie wollten der wochenlangen Vorbereitungsarbeit die Krone aufsetzen und der Sozialdemokratie möglichst viel weibliche Stimmen gewinnen.

Und sie hatten Erfolg. Trotz Frauenwahlrecht, wurden auch in diesem Wahlkörper von 10 Mandaten 5 für uns erobert. Das Frauenwahlrecht hat also nicht der Reaktion genügt. Weder Christlichsoziale noch Deutschnationalen haben davon profitiert.

Nun kamen noch der 2. und der 1. Wahlkörper zur Wahl. Im 2. haben die Frauen von 715 Wählerstimmen 476, davon direkt auszuüben 166. Im 1. Wahlkörper sind von 705 der Wähler 310 weiblich. Auch in diesen beiden Wahlkörpern dürfte der Sozialdemokratie noch ein Erfolg winken. Die Genossen und Genossinnen gehen mit Feuerifer an die weitere Agitation und die Genossinnen jubeln, daß das Wahlrecht der Frauen so gut gewirkt hat, obwohl die Arbeiterinnen vom Wahlrecht noch ausgeschlossen sind. Die Frauenwahlrechtsbewegung in Oesterreich wird durch diese Wahl einen neuen Impuls bekommen.

Verborgenes sei noch, daß die diesmässigen Wahlen in Wiener-Neustadt die ersten Proporzahlen sind.

Witterungsübersicht vom 31. Januar 1913.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. d. Tag, Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. d. Tag. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Daparanda, Betersburg, Seitz, Aberdeen, Paris.

Wetterprognose für Sonnabend, den 1. Februar 1913. Nächste wärmer, vorwiegend trübe mit Neberschüben und kalten südwestlichen Winden; später zeitweise aufklarend und wieder etwas kälter.

Max Giesen, Berlin-Moabit

Turmstraße 42, Ecke Oldenburger Straße 48 u. 49.

Weißer Woche bei Max Giesen Käufer dort in Scharen zieh'n, Denn sie hat sich längst erwiesen Als Ereignis für Berlin.

Zehn Prozent auf weiße Ware! Nutzlos nicht dorthin Ihr lauft; Hier geschieht das Wunderbare, Menschen, kommt und staunt und kauft!

Weißer Wäsche aller Arten, Einfach, elegant und schick, Blendend weiße Blusen warten, Bis sie wählt der kund'ge Blick.

Tisch- und Hand- und Taschentücher, Wäschestoffe, sehr reell, Weißer Kleider finden sicher Reißend ihren Absatz schnell.

Kaufhaus Giesen ist voll Eifer Und beweist sich als kulant, Schließlich schenkt es jedem Käufer Gratis einen Gegenstand!

Die Weiße Woche

— vom 3. bis zum 15. Februar —

bietet eine besonders günstige Gelegenheit zum Einkauf von weißen Waren aus fast sämtlichen Abteilungen meines Kaufhauses zu hervorragend billigen Preisen.

Die Weiße Woche

bringt sehenswerte Dekorationen der inneren Geschäftsräume sowie der Schaufenster und Schaukästen.

Während der Weißen Woche

bewillige ich 10% auf alle weißen Waren.

Wenn ich eine alljährliche Weiße Woche ankündige, so ist das stets ein Ereignis, welches von Zehntausenden beachtet und als vorteilhafte Kaufgelegenheit ausgiebig benutzt wird. Es kommen während dieser zehn Tage ganz enorme Posten Waren aller Art, wie: Kleiderstoffe, Waschstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, Wäsche zu beispiellos billigen Preisen zum Verkauf, und bitte ich, aufmerksam die Waren und Preise der 12 Schaufenster zu beachten und Artikel, die man in den Fenstern nicht findet, sich doch am Lager vorlegen zu lassen.

Wir lassen Tatsachen reden!!!

Um uns über die Preisdifferenzen zwischen unserm Verkaufspreis (Selbstkostenpreis + 10%) und dem des alten Verkaufssystems Gewissheit zu verschaffen, haben wir bei einer Reihe von Konkurrenten verschiedene Artikel eingekauft, welche uns eine Kontrolle ermöglichen. Wir haben festgestellt, dass alle diese Artikel erheblich, und zwar **bis zu 25 Prozent teurer waren als bei uns!** Wer seinen Bedarf an Herren- und Knaben-Bekleidung jeder Art, ob fertig oder nach Mass, bei der H. K. G. deckt, erzielt auf Grund unseres Verkaufssystems, **Selbstkostenpreis + 10% Umsatzgebühr, bedeutende Ersparnisse.**

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1
Ecke Münz- und Weinmeisterstrasse

Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet

Moabit, Turmstrasse 73
vis-à-vis der Emdener Strasse

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 1. Februar 1913.
Anfang 3 Uhr.

Schiller O. Hof und Schwert.
Schiller-Charlottenburg. Ballen-
keins Tod.

Berliner. Philotas. Der zerbrochene
Krug.

Urania. Auf's Mitterhorn.
Zwischen. Der Hunsbüchsen und das
Glücksradmännlein.

Kgl. Oberhaus. Manon.
Kgl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Königsgräber Strahe. Brand.
Theater des Westens. Die beiden
Cajaren.

Zirkus Buseh. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Sonnabend, nachmittags 3,15 Uhr:
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Montag, nachmittags 3 Uhr:

Schiller-Theater O. Hof und Schwert.
Schiller-Charlottenburg. Ballen-
keins Tod.

Berliner. Philotas. Der zerbrochene
Krug.

Urania. Auf's Mitterhorn.
Zwischen. Der Hunsbüchsen und das
Glücksradmännlein.

Kgl. Oberhaus. Manon.
Kgl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Königsgräber Strahe. Brand.
Theater des Westens. Die beiden
Cajaren.

Zirkus Buseh. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Deutsches Oberhaus. Eugen
Duciga.

Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Schloß 8 Uhr: Prof. Dr. B. Do-
nath: Im Ultrarot des Aether-
wellenspektrums.

Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Der Hunsbüchsen und
das Glücksradmännlein.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Gaienspiel
Melanie Spielmann, früheres Mitglied
des f. f. Hof-Burgtheaters in Wien:
Kora, Schauspiel in 3 Akten von
Henri Aben. Deutsch von N. Gengeroff.

Luisen-Theater.

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Tausend und eine Nacht.
Abends 8 Uhr:
Mein Leopold.

Casino-Theater
Kathariner Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft
Stürmische Heiterkeit!
Die Berliner Kolossalpötte

Am grünen Strand d. Spree.
Städter Kassenlohn seit 20 Jahren.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Der Heimatlose.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Kabarettrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
Anfang 8 Uhr. Kassenlohn gefällig.
Morgen nachm. 3 Uhr: Tata-Toto!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum
5 letzten
Male:
Cavalleria
schurticiana.
Anfang 8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik. Garde-Füsil-Regiments, Dirigent Oberm. Dippel.
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelhiere.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Dienstag, d. 4. Febr.: Gr. Fastnachtsfeier. Kart. im „Clou“ zu haben!

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute, Sonnabend, den 1. Februar 1913:
In sämtlichen Festsälen
(über 10 000 Personen fassend)
Bockbierfest
in den bayrischen Alpen.
Im neuen Saal: Großer Ball.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Weiber Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Sonnabend, den 1. Februar 1913,
abends 7 1/2 Uhr:
Die neuen großen Sensations-
nummern:
„Aerial Stars“
mit der Schlußproduktion
Der mysteriöse Decken-
läufer.
Lauf des Artisten an der Decke
der Zirkuskuppel mit dem Kopf
nach unten
Ferner: Nur kurzes Gastspiel!
Mr. J. Müller.
Kopfsturz durch d. Tischplatte.
Md. Delita del'Oro
mit ihren dressierten Kähnen.
Frl. Luise Dio, Schulleiterin.
Mac Norion ist prolongiert.
Hierra die übr. Spezialitäten.
Zum Schluß: Prunkpantomime
„Sevilla“.
Avis! Sonntagnachm. 3 1/2 U.
„Unter Gorillas“.
Jeder Erwachsene ein Kind unter
10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.

Zirkus Buseh.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Sonnabend, 1. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Novität-Vorstellung
m. vollständ. neuem Programm.
Clown Jack
mit seinen dressierten Gänsen,
Schweinen, Esel.
Prolongiert! Césarlos
Löwen- u. Tigergruppe.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Sonntag, den 3. Februar:
2 große Vorstellungen.
Nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.
Nachmittags hat jeder Er-
wachsene 1 Kind frei auf allen
Sitzplätzen.
In beiden Vorstellungen:
Der unsichtb. Mensch.

Boigt-Theater.
Geisendbrunnen, Badstraße 58.
Morgen Sonntag, 2. Februar, nachm.
3 Uhr: Volksfest u. Fürstentum.
Abends 7 Uhr:
Kean od. Genie und Leidenschaft.
Komödie in 5 Akten von E. Sarnes.
Kasseneröffnung 10 Uhr.
Boranjage! Freitag, 7. Februar:
Benedict für Hl. Hedwig Aramer:
Stolz und Liebe.

Walhalla-Theater
Heinbergweg 19/20, Rosenthal Tor.
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Goldener Lichtsinn.

Heute
Tanz-Turnier
im
Admiralspalast
Ball
verbund. m. Tanzkonkurrenz
um die Meisterschaft
von Berlin
in Onestep, Twostep, Boston
und Tango.
3 Preise
im Gesamtwerte von
2000 M.
gestiftet vom Boston-Klub,
der Firma Manoli und dem
Ka. de. We.
Preise sind bis 6 Uhr abends
im Kaufhaus des Westens und
nachher im Admiralspalast
ausgestellt.
Entree für Ballbesucher 10 M.
für Preisbewerber — Herr und
Dame — 15 M. Zuschauer-
karten (2. Rang) 5 M.
Beginn der Tanzkonkurrenz
präzise 9 Uhr.
Herrn im Frack, Damen in
Balltoilette.

Herrnfeld
Theater
Der Höhepunkt
des
Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11—2 (Theater)

Volks-Theater
Reutels, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 2. Februar, 7 1/2 Uhr:
Krone und Fessel.
Wildtänzerrevue, Komödie in 4 Akten
(6 Bildern) von Howard und Zug.
Montag, den 3. Februar, 8 1/2 Uhr:
Am Altar.
Schauspiel in 5 Akten von Karl Bege.

Theater Königstadt-Casino.
Gr. Holzmarkt, a. Siegenbrücke.
1 Minute v. Bahnh. Hannoverbrücke
Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 Uhr:
Puppen-tadellos.
Voffe m. Gel. in 1 Akt — und das
groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Millionen
gebrauchen gegen
Husten

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen.
6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privatn verbürgen den sicheren Erfolg.
Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 90 Pf. Ausschließlich in Apotheken
und Drogerien erhältlich und zwar nur in vernieteten Paketen, niemals lose ausgewogen.

Siems Kraftfleisch
muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,
hergestellt aus garantiert prima frischem Bieffleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Lt. Analyse des Herrn Dr.
A. Langfarth, beeidigter Ge-
richts-Chemiker, enthält
„Siems Kraftfleisch“
alle natürlichen Bestandteile
des rohen Fleisches, überragt
letzteres an Nährwert und ist
leicht und fast restlos ver-
daulich!

Todes-Anzeigen

Am Donnerstag, den 30. Januar 1913, verschied nach langem, schwerem Felder nicht lieber Mann, unter guter Vater und Schützengvater, der Mutter

Heinrich Röhr

Bilowstr. 52.
Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen
Anna Röhr nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Lantow aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreise.
Begriff 67 u. 69.

Am Donnerstag, den 28. Januar 1913, verstarb unter Mithilfe, der Mutter

Heinrich Röhr

(Bilowstr. 52.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Lantow aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Am 25. Januar 1913, verstarb ganz plötzlich unser Mitglied, der Mühlarbeiters

Willi Franke

(Rindlbrauerei) im Alter von 21 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Luisenstädtischen Hof in der Bergmannstraße 48/50 statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.
Filiale Berlin I.

Todesanzeige.

Unseren Mitglieder hiermit zur Nachricht, daß der Kollege

Wilhelm Gutsche

am 30. Januar im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Simon-Kirchhofes in Britz, Lampelhof Weg, aus statt.
162/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Emil Glogner

am 29. Januar im Alter von 24 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 1. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Bartholomäus-Kirchhofes, Hallenberger Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
61/13 Die Bezirksverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berglsg. Deutschl.
Geschäftsstelle Groß-Berlin.

Am Dienstag, den 29. Januar verstarb unser Mitglied, Kollege

August Pijanski.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 152/4
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Schuhmacher

Georg Brandt

verstorben ist. 226/3
Um stille Teilnahme bitten
Karl Brandt und Frau.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

WESTMANN
Mohrenstr. 37a.
Gr. Frankfurter Str. 115

Vor Beendigung der Inventur!!!

M 9.— früher bis 29.—
Ulster
M 19.— früher bis 28.—
Kostüme
M 39.— früher bis 118.—
Abendmäntel
M 49.— früher bis 148.—
Wollplüschmäntel
M 100.—
Sealmäntel echt englisch

Für diese Woche!
Neueste Frühjahrs-Modelle: Mäntel, Kostüme
Modellpreis bis M. 200.—, M 100.— zum Ausschauen!
Reiche Auswahl in Einsegnungskleidern!
Sonntag geöffnet von 12 bis 2 Uhr.

Salamander

Einheitspreis 12.50
für Damen u. Herren M.
Luxus-Ausführung M. 16.50

Schuhges. m. b. H., Berlin.
Zentrale: W 8, Friedrichstrasse 182

1. W 8 Friedrichstr. 182 2. SW Friedrichstr. 221
3. SW Friedrichstr. 204 4. N Friedrichstr. 118/119
5. C Königstrasse 47 6. C Rosenthaler Tor
7. W Potsdamer Str. 5 8. NW Turmstr. 9
9. S Oranienstr. 42 10. N Badstr. 7
11. NO Gr. Frankfurter Strasse 102
12. W Martin-Luther-Strasse 7
13. W Tabakstrasse 15
14. Stiglitz, Schlossstrasse 29
15. Friedenau Rheinstr. 1-3
16. Charlottenburg, Wilmerdorfer Str. 126
17. Spandau, Breite Str. 30
18. Potsdam, Nauener Str. 24

SIE SUCHEN
einen Stiefel, der Sie zufriedenstellt?
Fordern Sie unser neues Musterbuch!

JUNO

2 Pfg. Cigarette

Josef Mi

Wegen gänzlicher Aufgabe
der Charlottenburger Filiale
Nehringstr. 34, Ecke Magazinstr.
aussergewöhnlich billiger Schuh-Verkauf

Noch nie Gelegenheitskäufe

ewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40/41 am Hackeschen Markt
2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 am Straußberger Platz
3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magazinstrasse

Herrenstiefel jetzt nur 4.95
Damen-Lackschuhe jetzt nur 5.95
Damenstiefel jetzt nur 4.65
Herrenstiefel jetzt nur 5.75
Damen-Lackschuhe jetzt nur 5.75
Damenstiefel jetzt nur 5.75

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Kiderstr. 174, am Koppenplatz.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochparterre, S. und SW.: Hermann Werner, Guelienaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brünnstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 130. — Richard Gadebusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
5. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Langherplatz 14/15.
6. Wahlkreis: Leo Buch, Gumboldtstr. 12 (Hof).
Wedding: J. Hönisch, Pagarerstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: Fischer, Dalsenstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Karc, Grefenlagerer Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarze, Bismarckstr. 60.
Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Kortenbalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal., Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Brose, Wälderstr. 5, Laden.
Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensch, Bohlsdorf, Genossenschaftshaus, Paradies.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Erlenheimstr. 1.
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Wähle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagerer Schussel.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: G. S. Seibart, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Süden, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: G. Bernice, Wälderstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Werkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 30.
Johannisthal, Rudow: Max Ganskur, Warstr. 6.
Karlshorst: Richard Käter, Köpenickerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
Köpenick: Emil Wähler, Riekerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohen Schönhausen: Otto Seiffel, Wartenbergstr. 1 (Laden).
Mahlisdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: G. Geßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Marlensfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Leß, Hölkerstraße.
Neukölln: W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Neubörn, Brigg, Kahr, Siegfriedstr. 29/29.
Nieder-Lehme: Karl Freitag.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Urvuh, Wälderstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17, II.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rigmann, Wälderstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: G. Gurich, Wroningstr. 56, Laden.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: H. Rosenkrantz, Wälderstr. 56.
Schenkendorf d. Königs-Wusterhausen: Chr. Sautschke, Dorfstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin-Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Bohnen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Rauschstr. 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teilow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Wroningstr. 62.
Trepzow: Rob. Gramers, Stiefholzstr. 412, Laden.
Wellsensee, Heinersdorf: R. J. J. J. J., Sebanstr. 105, part.
Wilmerdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schuberl, Wälderstr. 27.
Zentrum, Miersdorf: Ernst Härtig, Seuthen, Wierdorfer Str. 14.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Tadellos 1M.

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 36, I, am Hackeschen Markt
Frankfurter Alee 104, part, Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hoch-Messing- u. Römertank-Kell.
N. 4, Barlitzstr. 9a, Fernsp. K. 15708
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O., Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger Läden, Charl., Wallstr. 69

Auto-Fahrschulen

Sanke
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr., tägl., Teilz. gest.

Bäckereien, Konditor

**Blottner's
Großbäckerei**
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmerdorf.

Friedr. Barz, Landsb. Allee 146
K. Biedermann, Gryphusstr. 18
Paul Dally, Markusstraße 16.

Brot-Fabrik „Vorwärts“

Hermann Ulrich, Köpenick

Franz Faulwetter, Wartenbergstr. 47.
E. Freyer, Blasenstr. 72 & Markstr.
Georg Genz, Memelerstr. 70
M. Gruschka, Königsbergerstr. 55

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte
in allen Stadtteilen
Berlin und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

Hoppe's Brotkrumerei, Adolfsstr. 41
Max Kniffert, Landsb. Allee 29
Ernst Klüster, Frankf. Allee 197.

Ladenthin, O., Weg 84.
Franz Ludwig, Kochhannstr. 38
Emil Lieske, Grüner Weg 122.
August Mantz, Ebertstr. 72.
Hermann Markus, Rigackerstr. 107
Matthe, Gipstr. 3.
E. Mertins, Reichenbergerstr. 198.
Fritz Müller, Gräferstr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wiesenstr. 8.
Friedrich Oste, Madalstr. 10.
Herm. Proell, Nonnendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 31

Bäckerei „Nordstern“

Inh. Gust. Müller
Filialen verschied. Stadtteilen

Ranfft

Beichenbergerstr. 176
Admiralsstr. 38 u. 19a

Arthur Roemer, Etbl. Damm 101
Walter Robr, Anklamstr. 28.
Max Sander, Dunkelstr. 33.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Helm. Schubert Boxh. Chaus. 55
Sikoraki Witzense, Reinsdammstr. 11
R. Schade, P. Allee 31 u. Fil. O.N.O.
Paul Sorge, Proskauerstr. 21

Rich. Schenk

Markus-
Straße 28.
P. Schlaner, Anklamstr. 15.
H. Spillmann, Grüner Weg 118.
Gustav Tausitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.
F. Tiedemann, Boxh.-B., Kaiserstr. 47.
Filialen in allen Stadtteilen.

Turban

Josef Ulrich, Mantuffelstr. 103.

Volksbrot, E. G. m. b. H.

Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
K. Walter jr., Löwestr. 18

Hermann Wendi

Chorinerstr. 33
Fil. Ankerstr. 31

Wilhelma

Andreasstr. 32.
Otto Winkler, Nannynstr. 72.
E. Wolff, Grüner Weg 75.

Badanstalten

Arkona-Bad, Anklamstr. 24.
Landsbergerstr. 107
Golfoweg 41.
Bürgerbad, Weberstr. 40b
Am Kgl. Kgl. 494.
Conitz-Bad, Münzstraße 2.
Central-Bad, Neukölln
Anzengruberstr. 25.
Neukölln,
Münchener Bad, Münchenerstr. 51

Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 186
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshagen, Landsb. Allee 131
Kaiser-Friedrich-Bad, Charl. 43.

Original Lohlanien Bad

früher Müsel, Wallstr. 7071

National-Bad, Brunnenstr. 9

Boxhag-Str. 17
Lief. all. Kassen

Passage-Bad

Kottbusser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Silesia-Bad

Schlesische Str. 31.

Viktoria-Bad

Kottbusser Damm 75
Friedrich-Wilhelm-Bad
Chausseestr. 97.

Bandagen, Gummw.

R. Baake, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lenge, A. E., Brunnenstr. 167.
Liese, Schöneberg, Grunewaldstr. 10.
Meyer, P. Allee, Berlinerstr. 49-50
J. Ch. Polmann, Lehnigstr. 60
Reiche, A., Seydelstraße 13.
Lief. all. Kassen

Zarembo

Wainbergweg 1
Drog., hyg. Artikel

Belücht.-Gegens.

Böttner, A., Dantzigstr. 96.
Hochstr. 43
Fabrikpreise

W. Schröder

Fabrikpreise

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Kottbusserstr. 108
Bullinski, Fehrlitzstr. 1, E. Schöckel, A.
Carl Henze, Adressstr. 55, Berlin

Max Schöne
Landsberger Allee 19
roell und billig.

M. Zyzanski, Alt Moabit 67.

**Erscheint 2 mal
wöchentlich.**

Drogen u. Farben

Amol
Hausmittel

Relah, Assmus, Gerlichstr. 10.
Gustav Bergau, Waidenweg 60.
Brunnenstr. 100 u. 157
Apotheker
H. Wiegert.
A. Diepov, Taugroggenstr. 12.
Haberlein, Trep. Grätz-Beechstr.
Prinz Handjerstr. 2 Nkl. G. Wolff.
Klaab, H. Allee Kaiser-Friedrichstr. 124
Neukölln
Kronebeck-Drop, Hermannstr. 119.
Königs-Adler-Drogerie, Kanlarstr. 7.
P. Lehrke, Potsdamerstr. 31-32 Parfian
Alfr. Marsch, Günterstr. 37.
Rathaus-Drogerie, Nkl. Kaiserstr. 24.
Neukölln
Hermannstr. 57
G. R. Frenzel.

Prinzenstr. 103

Alfred
Hoffmann
Fr. Schlusmann, Liebauerstr. 22.
Hugo Schulz, Müllerstr. 166 u.
Hyz. Ommw. Photoz. Artikel.
Oberschlesische Wilhelmstraße 48
Erich Probst
Droga. hyg. Gummivar., Seife billig.
Werder-Drogerie, Britz, Ruheweg 10.
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 60

Beerdig.-Anst., Sargm.

Brody-Wilhelmsstr. 158
Erntest. 29
Otto Böttner, Neukölln, Hufelandstr. 17.
H. Fischer, Budaer, Nkl. Frankensass.
Oppenheimerstr. 1
Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170
Hansich, Waidenstraße 119
Hickel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 118a
H. Petermeier, Strellitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Zessenerstr. 11.

Berufsbildung

Kelner, Otto, Gerlichstr. 86
RoterLaden, Schöneb., Lipzestr. 109

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeltung & A. Hoffmann
Akt.-Brauer Potsdam, eig. Niederl.
Berlin SW., Tempelhofer Ufer 15
Brandenburg, H. Wilhelmstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli

Weiß- u. Malz-
Bier-Brauerei
Fruchtstr. 97

Caramel-Weißbier

ist alkoholfrei, erfrischend, bekönnend,
Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Deutsche Bierbrauerei A.-G.

Berlin-Fischersdorf

Groterjans

Malzbier, Schink-Allee 130, T. III, 1903

C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel.
Hempel, E., Müllerstr. 136 d.

Goldbier

ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier erstes
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.
Luisenbrauerei Weidensow.
Münchener Brauhaus Berlin S.

Löwen-Brauerei

vorzügl. Faß- und
Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönk. u. nstr. 23.
Verelns-Brauerei Teutonia, NW 07.

Victoria-Brauerei

Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,

Palisadenstr. 97, Tel.-A. VII, 2634

Blumen und Kränze

Oskar Albertine, Müllerstr. 41.
Blumen-Fischer-Zöllner, Seest. 150
E. Baer, St. Nkl. Friedr. 10, Bergstr. 50
O. Hahn, St. Nkl. Friedr. 10, Bergstr. 101
Brunnenstr. 69
Petersbergerstr. 11

C. Laurent

F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtner, A. S. F. Meitner, Nkl. Ringstr. 47.
W. Kutschke, Nkl. Hermannstr. 62

Topfhanzen aller Art

Brig. Rudowerstr. 22
Zastrow, H. Turinerstr. 24

Butter, Eior, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
25 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen

Carl
Davidsohn

Gebrüder Groh

40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz

15 Detail-
Geschäfte.

F. HAGEN

22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Wilh. Pleb, Buttergröhdig.

Berlin C. 34, Rosenthalerstr. 49
(Hackescher Hof) Fernsp. A. Nord 3377

Schulz, Arth., Nkl. Hermannstr. 69

Gust. Schultze & Sohn

Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.

43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

48 Verkaufsstellen

Vereinigte Pommersche Meiereien

48 Verkaufsstellen

Cacao, Chocolate

Adler's Konditorei, Wraspelerstr. 37.
Althaus, Kaiser-Saal, Lindenstr. 15

Stolwerck

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind
untereinander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aromen.

Cylix, G.

Pillalen Laß
Filialen in Berlin
Ferd. Hahn, Berlin, Perlebergerstr. 72
Seiffert, B., und Vororten

Fordern Sie

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cigarrenhandlungen
P. Hofer, Kottbusser-Damm 79
Müllerstr. 77, Admiralsstr. 2, Dresdenstr. 16

Klein, Wilh.

Müllerstr. 194,
Oberbaum 1,
Krakow, Fr. NW, Wichestr. 47,
J. Rothmann, NW 87 Turmstr. 39,
G. & S. Poterke, 80 Köpenickerstr. 14.
W. Schuster, Nkl., Nollnerstr. 28.
Abt. Werner, Ecks Bldg. Jägerstr.

Damenkonfektion

Neukölln, Ergatz 144
Geleghenheitskäufe.

Dombrowsky

Restat, J.,
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Ala, O., Nkl., Kaiser-Friedrichstr. 6
W. Allner, Mülackstr. 24.
Beutl, C., Boxh.-Neue Bahnh. Str. 26
Herr. Braun, Landsb. Allee 149
Grüner Weg 49
Wrangelstr. 39.

G. Brucklacher

F. Beutl, Nkl., Kaiser-Friedrichstr. 77
Finck, K., Spandau, Schönebergstr. 34.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Frenz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.
Egon Neum., Nkl., Waltherstr. 19

Jungbluth, Hermannstr. 172.

H. Rockstroh

Berlin
Göttestr. 25-26.
Rühmann, P. Müllerstr. 49b, E. Seest.
F. Schubert, Valigt. 10, E. Schreierstr.
Seilach, Th., Nkl., Hermannstr. 48
Gehr. Schmitz, Littenstr. 7.
W. Seigling, Christianstr. 42.
Max Schick, Langestr. 57.
Th. Scheuermann, Helmholzstr. 1.
Otto Schmalz, Jahnsr. 1.
Schramm, Paderstr. 23, Trep. Nkl. 11707
Otto Schmeuser, Nkl., Waltherstr. 19

Fahrräd., Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischaut

Brunnenstr. 35.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherel
Sorenika
Berlin SO., Forsterstr. 5-6
Tafelberg Wäsche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt

Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen
Groß-Berlin.

O. Naeff

Färberei u. chem. Wäscherel
f. Herren- u. Damenkleider-
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kuflick, Färb., Wäscherel

P. G. Caser, Adolphstr. 1, Weidenerstr. 41
Hofmannstr. 14, Weidenerstr. 9
Nkl.-Allee, Seakölln, Hermannstr. 37-38

Ch. Engelhardt

Neukölln
Berliner Str. 42.
E. Pehling, Eilbingerstr. 94.
Winkler & Barthold, Nkl. Markt 51-55

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weidenburgerstr. 73.

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Gldg. Wilsbergstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale

Inh. Rich. Müller
nur Kottbusser Strasse 1
Spez. Champou, Friseur-Salon
Unterricht in allen Fächern
Auf d. Anzeiger Seite 139, Babau.

Fleischer u. Wurstw.

G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74
August Birnsteln, Bunkerstr. 78.
Loderitzstraße
Nr. 60

U. Aschenbach

Kaiserin
Augusta Allee 2.
Haus Böhm, Weidenweg 21.
A. Bentele, Theaterstr. 21.

Wilhelm Behr

Wurstfabrik.
Speck- und Schinkensalzerel.
Berlin-Schöneberg, Kleinanstr. 57-58
Beste und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Eilbingerstraße 58.
Ch. Christ, Petersburgerstr. 44.
Darge, O., Finowstr. 5.
Thilo Dörgerloh, Eilbingerstr. 23
St. Doroszewski, Ebertstr. 29-30
W. Dürr, Schwabebelnerstr. 37
August Fenger, Grünauerstr. 8
Feyerherm, P. Al.-Bahnhof 11.
W. Friedmann, Nkl., Wartenstr. 7.
Oskar Fröhlich, Ebelingsstr. 16.
Willy Gerlich, Petersburgerstr. 31
Albert Gold, Frankf. Allee 121.
Fr. Gerlach, Taugroggenstr. 12.
Gustav Gilra, Weidenauerstr. 21.
Rob. Glene, Wilsener, Gut-Adolphstr. 13
None
Hochstr. 37.
Oranien-
straße 17.
Gutschmann's
Fleisch-u. Aufschn.
Centr., Wilsenerstr. 159.
O. Gleich, Seakölln, Hohenstauffenpl. 7.
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 22.
Heinrich Höhne, Skalitzerstr. 97.
Janik, C. Köpenicker-
str. 5.
Fr. Jentich, Kottbus Damm 15, Fleisch, Wurst.
B. Immlig, f. Fleisch- u. Wurstw.
Mantuffelstr. 102.
Helm. Jochann, Ziehoenstr. 11.
Wilhelm Kitz, Kloppestr. 118.
F. Klarholz, Pinteohstr. 6.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Moabit
Bruno Keller, Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Fritz Koebke, Kl. Andreasstr. 11.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Ernst Kolbe, O. 119, Weichselstr. 15
Königsbergerstr. 37.
A. Krumm, f. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kops, Beilackstr. Reichenstr. 154.
H. Kunert, Schöneb., Götthausstr. 41.
A. Lange, Ebnickstr. Seckauerstr. 113
Neukölln,
Niemetzstr. 8.
Wilhelm Liebherr, Weiden-
weg 75.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelstr. 8.
Lochmann, Malplaquetstr. 32.
Postoekstraße 42.
Lebmitelvertrieb Kaiser-Wilhelmsstr. 2
Aug. Maas, Schulstraße 102.
W. P. Pichler, Nkl., Wartenstr. 73
M. Mauerberger, Nkl., Kaiserstr. 14
Max Metzler, Rigackerstr. 15.
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

A. Möbes Nchf.

Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.
F. Neborovsky, Frankfurter
Allee 179.

P. Zimmermann

West-Deutsche Fleisch- u. Wurst-Zentrale
Seestr. 113.
Anklamstr. 17

Paul Nuss

Stolpische
Str. 25.
Große
Frankfurterstr. 13.

P. Rechel

Wurstfabrik, Landsb.-
Allee 190, Spt. Röll-
schink, Nußschink, Schinkenpeck

Riedel, B.

Hermannstr. 4.
Rodewald, Frenk Allee 23, T. III 2206.
Franz Rose, Frankf. Allee 21
Ottomar Rudolph, Girtnerstr. 17
Herr. Raubold, Ziehoenstr. 13
A. Rehmet, Moab., Perlebergerstr. 3
E. Rummel, Landstr., Theaterstr. 60.
Herrmann Schmidt, Theaterstr. 48.
Gehr. Schmitz, Littenstr. 7.
W. Seigling, Christianstr. 42.
Max Schick, Langestr. 57.
Th. Scheuermann, Helmholzstr. 1.
Otto Schmalz, Jahnsr. 1.
Schramm, Paderstr. 23, Trep. Nkl. 11707
Otto Schmeuser, Nkl., Waltherstr. 19

O

Berlin im Schneesturm.

Wer geglaubt hatte, der Winter in diesem Jahre würde ohne Schnee vorübergehen, wurde gestern eines anderen belehrt. In den Vormittagsstunden setzte ein Schneewehen ein, das Schnee und kleine Eiskörner den Straßenpassanten ins Gesicht trieb und immer heftiger wurde.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. Am Montag, den 3. Februar, beginnen für die Mitglieder des Wahlvereins die Vorträge des Genossen Dr. Hermann Dunder über: „Die Grundlagen des Sozialismus.“

Schmargendorf. Morgen Sonntag, den 2. Februar, vormittags 8 Uhr, vom Restaurant „Badlater“, Bornemünder Str. 14/15 aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Strausberg. Am Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant zur Ritterburg: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Hohenschönhausen. Heute Sonnabend von 7 Uhr ab wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkskollegen aus. Morgen Sonntag 1 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Lokal von Robert Schulze.

Teltow. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal von Dr. Bonow: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Wolf über: „Der Kampf beginnt von neuem.“

Niederschönhausen - Nordend. Sonntag, den 2. Februar, früh 8 1/2 Uhr, findet eine wichtige Agitation für den 3. Bezirk statt.

Berliner Nachrichten.

Zur Treptower Eingemeindungsfrage. Der Landrat des Kreises Teltow wie auch der Provinziallandtag haben bekanntlich jede Verhandlung abgelehnt, die sich auf die Eingemeindung Treptows nach Berlin bezieht.

Die Einwendung von Geldbeträgen an die städtischen Kassen durch die Post findet in erheblichem Umfange statt. Während im Etatsjahr 1909 rund 2.900.000 M. durch 83.200 Postanweisungen eingingen, stieg die Summe im nächsten Jahre auf 4.800.000 M.

Straßenbahn Wilmersdorf-Charlottenburg-Demminer Straße. Die Große Berliner Straßenbahn richtet eine durchgehende Verbindung von Wilmersdorf, Charlottenburg, dem Tiergarten und der Friedrichstadt mit der Demminer Straße ein.

Straßenbahnspurenhallen zu errichten, hat die Tiefbaudeputation in ihrer letzten Sitzung, wie wir berichteten, beschlossen. Der Magistrat hat nunmehr seinen bisher ablehnenden Standpunkt aufgegeben.

Grundzüge für die Ausbildung von Säuglingspflegerinnen. Die große Kommission für die Festlegung einheitlicher Grundzüge für die Ausbildung von Säuglingspflegerinnen tagte Donner-

tag im Kaiserin-Auguste-Victoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich. Die Referate hatten die Herren Professor Langstein-Berlin und Professor Ibrahim-München übernommen.

1. Es ist notwendig, zwischen der Ausbildung der Säuglingskrankenpflegerin und der Pflegerin eines gesunden Kindes in der Familie (Säuglingspflegerin) zu unterscheiden.

2. Für die Säuglingskrankenpflegerin ist die Ausbildung auf zwei Jahre zu bemessen. Von den zwei Jahren soll mindestens ein Jahr der Säuglings- und Kinderpflege gewidmet sein.

3. Die Ausbildungszeit wird durch Ablegung einer Prüfung an einer öffentlich zugelassenen Anstalt beendet. Die Säuglingskrankenpflegerin soll sodann durch staatliches Diplom geschützt werden, dessen Erteilung die vorherige Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege zur Voraussetzung hat.

4. Zur Ausbildung und Prüfung in der Säuglingskrankenpflege sollen nur Säuglingsheime, Kinderkrankenheime oder Kinderabteilungen zugelassen werden, deren Säuglingspflege nach modernen Gesichtspunkten organisiert ist und die einem speziellen Fachmann - einem Kinderarzt - unterstehen.

5. Bei den Uebergangsbestimmungen soll nicht die Zeit, die von der Bewerberin in der praktischen Säuglingspflege zugebracht wurde, in Rücksicht gezogen werden, sondern die Zeit, die der Ausbildung gewidmet wurde und die Anstalt, an der die Ausbildung erfolgte.

6. Für die Ausbildung der Pflegerin eines gesunden Kindes in der Familie (Säuglingspflegerin) sollen durch behördliche Verfügung einheitliche Gesichtspunkte geschaffen werden.

7. Zur Ausarbeitung eines einheitlichen Lehrplanes soll eine Kommission eingesetzt werden. Der Knecht ist, soll Knecht bleiben. Diesen Ausspruch des Bischofs Henle scheint sich auch die Polizei zu eigen zu machen.

Ein Beschimpfung der Arbeitslosen leistet sich das „Chemnitzer Tageblatt“ in einer Korrespondenz aus Berlin. Dort wird Bezug genommen auf eine Arbeitslosenversammlung, die Anfang dieser Woche von anarchistischer Seite einberufen war.

Ein schweres Eisenbahnunglück, dem drei Reichsrentner zum Opfer gefallen sind, ereignete sich Donnerstag nachmittag auf dem Ferngleis Spandau-Charlottenburg. Auf der Strecke waren Arbeiter der Firma Ernst Meyer aus Spandau bis um 5 Uhr damit beschäftigt.

Ein Liebesdrama in Charlottenburg. In dem Hause Krumme Straße 57 in Charlottenburg hat sich in der Nacht zum Freitag ein erschütterndes Liebesdrama abgespielt. Dort erschah der 28-jährige Dr. phil. Ernst Siegen Schmidt seine Geliebte, die 21-jährige Klavier- und Gesanglehrerin Wally Reichelmann und sich selbst.

Zwei Tragödien in einem Hause. In dem Hause Friedrichstraße 28 erschah sich in der Nacht zum Freitag im dritten Stock ein unbekanntes Mädchen, während sich im vierten Stock die 16-jährige alte Anna Hoffmann mit Leuchtgas zu vergiften versuchte.

Zu dem Großfeuer in Reinickendorf, über das wir schon kurz berichtet haben, wird uns noch mitgeteilt: Es brannte der große Eiscluppen am Schäfersee, welcher Eigentum der Stadt Berlin ist und zurzeit verpachtet ist.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Kurse in Nationalökonomie und Redekunst müssen morgen Sonntag, den 2. Februar, wegen Erkrankung des Genossen Grunwald ausfallen.

Reuter-Abend. Morgen Sonntag, den 2. Februar, abends 6 Uhr veranstalten die Gruppen von Groß-Berlin des Arbeiter-Abstrantenbundes in den Arminalsallen, Kommandantenstr. 58, einen Reuter-Abend.

Zu dem Großfeuer in Reinickendorf, über das wir schon kurz berichtet haben, wird uns noch mitgeteilt: Es brannte der große Eiscluppen am Schäfersee, welcher Eigentum der Stadt Berlin ist und zurzeit verpachtet ist.

Reuter-Abend. Morgen Sonntag, den 2. Februar, abends 6 Uhr veranstalten die Gruppen von Groß-Berlin des Arbeiter-Abstrantenbundes in den Arminalsallen, Kommandantenstr. 58, einen Reuter-Abend.

Schuppen konnte aber trotzdem nicht mehr gerettet werden. Er brannte mit sämtlichen Eisvorräten total nieder. Der Schuppen ist versichert, die Eisvorräte im Werte von 30000 M. aber nicht. Hätte man bei der Alarmierung der Berliner Feuerwehr nicht solche Schwierigkeiten auf dem Gemeindeforum gemacht, hätte die Wehr früher eintreffen können. Vielleicht hätte man dann mehr retten können. Am 9 Uhr abends war der mächtige Eisschuppen nur noch ein großer Schutthaufen.

Wegen eines großen Brandes wurden gestern früh 7 1/2 Uhr 4 Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Rosfelder Straße 8 in Raabitz gerufen. Bei ihrer Ankunft stand auf dem geräumigen Hof des Grundstückes eine große Automobilgarage des Automobilfahrers von Emil Pohlmann in hellen Flammen. Die Situation war um so bedrohlicher, als in der Nähe der Garage ein Fourage-speicher der Getreide- und Fouragehandlung von Johann Kust steht, der vor allen Dingen geschützt werden mußte. Es waren mehrere Dampfzylinder in Tätigkeit, die gewaltige Wassermengen in die Glut schickten. Da die Rauchentwicklung ungenügend stark wurde, mußten nahezu hundert Pferde, die in Stallungen neben und unter der Garage untergebracht waren, ins Freie geholt werden. Die Tiere hatten sich zum Teil schon von den Kruppen losgerissen. Obgleich die brennende Garage von allen Seiten unter Wasser genommen wurde, fanden die Flammen doch einen Weg nach dem Fouragespeicher. Größere Posten Heu und Stroh, die auf dem Boden dieses Gebäudes lagerten, fingen Feuer, doch konnte hier die Gefahr bald wieder beseitigt werden. Die Automobilgarage und eine angrenzende Automobilwerkstätte sind vollständig ausgebrannt. Auch zwei Automobile sind durch das Feuer mit zerstört worden. Die zahlreichen Chauffeurs und Autofahrer haben ihre Garberoben verloren, die sich in den Kleiderschränken in der Garage befanden. Das Feuer entstand durch Entzündung von Benzin, als ein Chauffeur ein Automobil in der Garage ankurbeln wollte. Der Chauffeur konnte sich durch schleunige Flucht noch in Sicherheit bringen.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SO, Adalbertstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2-10 Uhr abends, am Sonn- und Feiertagen von 9-1 Uhr und 3-6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 600 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Wendes Großer Jahresplan von Berlin und seinen Vororten, Ausgabe 1913. 96x126 cm, Preis 4 M. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt von A. Wendes Verlag, Berlin SO. 26, Oranienstr. 176 (Ecke Adalbertstraße).

Fußballspiele der Arbeiter-Turn- und Sportvereine. Am Sonntag fallen sämtliche Spiele infolge der Witterung aus.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Mit einem kleinen Intermezzo begann die letzte Stadtverordnetenversammlung. Genosse Köpcke monierte, daß eine öffentliche Einladung zur Kaisergeburtstagsfeier im Namen der Stadtverordnetenversammlung ergangen sei. Dazu sei kein Auftrag erteilt worden. Stadtverordnetenvorsteher Blong und Herr Bürgermeister Rietzen bemerkten, der Stadt erwachsen dadurch keine Kosten. Als die Herren aber dann nochmals auf die grundsätzliche Seite der Angelegenheit hingewiesen wurden, gab Herr Blong zu, daß formell nicht korrekt verfahren worden sei. Das habe er sich sofort gesagt, als er die Einladung erblickte. Der Vorfall werde sich nicht wiederholen. Damit war die Angelegenheit erledigt. Sodann hatte das Kollegium mit einer Vorlage betreffend den Ausbauplan des Weges Taddorf-Strausberg zu beschäftigen. Der Ausbau erschließt ein umfangreiches Terrain. Lichtenberg ist dabei mit einer Länge von 2450 Metern an seinem nördlichen Niefelgut Taddorf und zwar an landschaftlich hervorragenden gelegener Stelle beteiligt. Es wird geplant, hier eine Villenkolonie, Erholungsheim und andere Anstalten zu errichten, die jamaikanischen und Wohlstandszielen dienen. Der geforderte Kostenbeitrag für den Wegausbau in Höhe von 18500 M. wurde einstimmig bewilligt. — Zustimmung fand auch eine Vorlage, die die Abschaffung des Steuerholzwesens und Einführung des Steuerbringensystems im früheren Ortsteil Voglaggen-Ammelsburg verlangt. Der Magistrat forderte weiter die Vergrößerung des Magistrats-Sitzungslokales und die Bewilligung der Kosten dafür in Höhe von 17000 M. Die Zustimmung wurde erteilt. Von verschiedenen Seiten erfolgten bei dieser Gelegenheit Anfragen, wie es mit der Vergrößerung des Stadtverordneten-Sitzungslokales aussehe. Genosse Grauer regte an, eine städtische Turnhalle zu errichten und darin Raum- und Einrichtungen für einen Stadtverordneten-Sitzungsraum zu beschaffen. Bürgerliche Vertreter verwiesen auf den in Aussicht stehenden Rathausneubau. — Eine längere Debatte entfaltete die Vorlage betreffend Errichtung einer kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule. Unsere Genossen beantragten, den Schülern und Schülerinnen die Vermittelung gratis zu liefern und von der Erhebung eines Schulgeldes Abstand zu nehmen. Mit dem ersten Antrage fanden unsere Genossen keine Gegenliebe. Für den Antrag, kein Schulgeld zu erheben, waren natürlich viele bürgerlichen Herren bereit zu stimmen. Weil jedoch die Beschäftigung ausgeprochen wurde, daß bei gänzlicher Kostenlosigkeit diese auch für die gewerbliche Fortbildungsschule eingeführt werden müsse und dann hierfür der Staatszuschuß fortfalls stimmte man einem Antrage zu, der die von den Unternehmern pro Jahr zu tragenden Kosten auf 1 M. pro Vierteljahr bemisst. Der Forderung der Gratistatistik der Lehrmittel stimmten die Bürgerlichen aber nicht zu. Unsere Sprecher zeigten wieder einmal, daß sie nichts verlernen und nichts hinzugeleitet haben. Für die von den Deutschnationalen beantragte Differenzierung des Unterrichts (Rechnunterricht für die männlichen Handlungsgehilfen und hauswirtschaftlichen Unterricht für die weiblichen Angestellten) fand sich aber keine Mehrheit. Nach der schließlich angenommenen Vorlage sind alle im Stadtbezirk Lichtenberg nicht nur vorübergehend beschäftigten weiblichen Handlungsgehilfen sowie Lehrlinge verpflichtet, die zu errichtende kaufmännische Fortbildungsschule zu besuchen. Die Schulpflicht erbit mit dem Schulhalbjahre, welches der Vollendung des 17. Lebensjahres des Schulpflichtigen vorausgeht. Das Kuratorium setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Handelskammer Potsdam, des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, aus drei Kaufleuten und drei Handlungsgehilfen. — Einen unangenehmen Reinsfall erlebte der Magistrat mit einer Vorlage, die eine Verhängung der Heizanlagen für verschiedene Räume verlangt. Herr Dannenberg teilte unter wachsendem Erstaunen und sichtlich Verlegenheit des Magistrats mit, daß er die Räume inspiziert habe und konstatieren müsse, daß die Heizung mehr als ausreichend sei. Eine Ersatzanlage werde gar nicht einmal benutzt. Die Beamten erklärten auch, daß in den Zimmern stets reichlich hohe Temperaturen herrschten. Der Baurat erklärte, die Vorlage sei nach den Angaben der Heizer und Heizungsgenieure angefertigt worden. Einstimmige Ablehnung war ihr Schicksal. Die von der bürgerlichen Majorität beschlossene Hypothekendarlehen hat nicht die Genehmigung des Regierungspräsidenten gefunden. Er verlangt vor allem, daß Darlehensnehmer den Nachweis eines mindestens einjährigen Besitzes des betreffenden Grundstückes zu erbringen hätten, falls ihnen Darlehen gemährt werden sollen. Ferner verlangt er eine generelle Freisetzung der von den Darlehensnehmern zu entrichtenden Entschädigung für Unkosten. Die weiteren Momente beziehen sich auf die Bestimmungen über Tilgung, Verzinsung der Leiherschüsse und dergleichen. Mit dem Vorschlage des Magistrats, in der Angelegenheit in einer gemischten Kommission erneut zu beraten, war die Versammlung einverstanden. Sodann erklärte sich die Versammlung gemäß einer Vorlage für die gänz-

liche Auflösung der Michaelisklassen am Pestalozzi-Theum mit dem 1. Oktober 1914 sowie Anstellung von neuen Lehrkräften an dieser Anstalt einverstanden.

Schöneberg.

Ueber die Finanzpolitik der Stadt referierte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Kollenbush. Der Redner zeigte in verständlicher Weise, welche Aufgabe eine moderne Stadt zu erfüllen habe. Besondere Bedeutung müsse dem Schulwesen beigemessen werden, das heute analog den in der Gesellschaft herrschenden Klassenunterschieden in Klassenkassen eingeteilt sei. Darunter leide das Geistesleben, weil den begabten Arbeiterkindern in Ermangelung der nötigen Mittel die höhere Schulbildung vorenthalten werde. An dieser traurigen Tatsache ändere auch die Gewährung von Freistellen nichts, denn nur wenigen Eltern sei es möglich, ihren Kindern auf so lange Zeit Unterhalt zu gewähren. Viel zu wenig würde von den Kommunen auf der Errichtung von Erholungsstätten und -plätzen, von Bäderneubauten, Volksbibliotheken sowie der guten Volkserhaltung Beachtung geschenkt. Zwar seien dies alles Einrichtungen, die ins Leben zu rufen in erster Linie Aufgabe des Staates sei. Doch da letzterer rein gar nichts tue, so müßten die Kommunen diese Aufgaben zu lösen bestrebt sein. Wollte Schöneberg seine Pflichten nach dieser Richtung erfüllen, so werde es gleich der Mehrzahl anderer Gemeinden Groß-Berlins mit den vorhandenen Steuermitteln nicht auskommen können. Der Magistrat habe sich bereits entschlossen, die Erhebung eines Steuerzuschlags von 110 Prozent zu empfehlen. Eine große Geldersparnis und eine wesentliche Vereinfachung des Verwaltungsapparates würde sich ergeben, wenn die Schaffung eines einheitlichen Groß-Berlins vorgenommen würde. Doch da es bis zu diesem erstrebenswerten Ziel noch gute Weile habe, werde auch die sozialdemokratische Fraktion sich mit der Erhöhung des kommunalen Steuerzuschlages von 100 auf 110 Prozent einverstanden erklären. Die Ausführungen Kollenbushs wurden mit großem Interesse verfolgt. Genosse Kötter schloß sich im wesentlichen den Darlegungen des Referenten an. Genosse Thielke betonte, daß unsere Vertreter nur dann ihre Zustimmung zu der Erhöhung des kommunalen Steuerzuschlages geben könnten, wenn die Gewähr dafür vorhanden sei, daß die dadurch entstehenden erhöhten Einnahmen auch für wirkliche Kulturaufgaben verwendet würden. Genosse Kötter ersuchte sodann die Mitglieder dafür zu sorgen, daß am Februarabend die Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle und Einführung der Hausnummeration abgegeben werden.

Röpenitz.

Den Stadtverordneten lag in der letzten Sitzung die endgültige Beratung und Beschlußfassung des Etats für 1913/14 vor. Der Berichterstatter des Staatsausschusses, Stadtverordneter Dr. Schöke, teilte der Versammlung mit, daß der Staatsauschluß die von den einzelnen Rednern bei der Vorbereitung geäußerten Wünsche eingehend durchgelesen und, soweit als möglich, berücksichtigt habe. Er empfehle die Annahme der Einzel- sowie des Hauptetats. Eine eigentliche Debatte entspann sich nur beim Etat der Gemeindefschulen und beim Punkt Jugendpflege des Hauptetats. Beim Schuletat wurde von unseren Genossen die Anfrage gestellt, wie es mit der Verantwortung der von ihnen in einer der letzten Sitzungen vorgebrachter Beschwerde sei, wonach Kinder einer Klasse dem Unterricht fester bewohnen müssen. Weiter rügten dieselben scharf das Verhalten einzelner Lehrpersonen, die von dem ihnen zustehenden Zuchtungsrecht allzu reichlichen Gebrauch machen. So soll namentlich an der 1., 2., 6. und 8. Gemeindefschule übermäßig viel geschlagen werden. In einem Falle sei es wohl selbst dem Schulinспектор zuviel gewesen, so daß dem betreffenden Lehrer das Zuchtungsrecht entzogen worden sei. Ein anderer Redner habe auf freier Straße einem Knaben ins Gesicht geschlagen. Eine Lehrerin hat, nachdem sie ein Mädchen erschreckt geschüttelt, denselben verhöhnt, so seinen Eltern zu sagen. Unser Redner ersuchte den Verzerenten des Schulwesens dringend, dafür zu sorgen, daß die vorgebrachten Fälle untersucht werden und Lehrpersonen, welche sich Leberstreichungen des Zuchtungsrechts zuschulden kommen lassen, einfach aus dem Schuldienst zu entfernen. Weiter sei es auch notwendig, die Massenfrequenz einzuschränken, denn bei 50 und noch mehr Kindern in der Klasse sei es einfach unmöglich, die Kinder in erzieherischer Weise zu unterrichten. Wenn man jedoch glaube, daß noch den vorgebrachten Fällen auch die bürgerlichen Vertreter wenigstens ein Wort der Verurteilung finden würden, so hätte man sich gründlich geäußert. Soweit dieselben zu Worte kamen, bekamen sie sich als eifrige Anhänger der Prügelstrafe. Unseren Genossen warfen die Herren vor, daß sie die Jugend verweichlichen, ja einzelne taten noch ein Übriges, indem sie meinten, es würde in vielen Fällen noch nicht genug geprügelt. Derselbe erwiderten unsere Genossen, daß von Verweichlichung der Jugend keine Rede sein könne, denn gerade die Kinder der Gemeindefschulen, die überwiegend aus Arbeiterkindern stammen, seien schon vom frühesten Alter an dazu verurteilt, ihre Gesundheit und ihr Leben im Dienste der Besessenen zu riskieren zu tragen. Im übrigen habe die Debatte ja zur Genüge gezeigt, daß nicht nur bei der Jugend, sondern vielmehr bei den Erwachsenen, speziell bei vertriebenen Vertretern der ersten und zweiten Abteilung, noch sehr viel Erziehungsarbeit zu leisten sei. Eine ähnliche Debatte entspann sich beim Kapitel Jugendpflege. Unsere Genossen beantragten, die dazu geforderten 500 M. zu streichen, denn es gehe nicht an, Geld der Allgemeinheit für Zwecke zu verwenden, die mit Jugendpflege nichts gemein haben, sondern die nur geeignet seien, die Arbeiterjugend ihren Eltern zu entfremden. Die in Hartstimmung geratene bürgerliche Majorität bewilligte auch diese Summe. Nach Bewilligung der Staatsberatung wurde noch dem Magistratsantrag auf Bewilligung von 5000 M. zur Umwandlung des Lagerplatzes an der Ecke der Grünauer und Oldenitzer Straße in einen Spiel- und Schmutzplatz zugestimmt. Als letzter Punkt kam der Vertrag mit dem Provinzialhochschulkollegium betreffend die Seminarbildungsschule zur Beratung. Die wesentlichen Bedingungen des neuen Vertrages sind: siebenjähriges Schulsystem, Einführung der bei den Gemeindefschulen eingeführten Lernmittel, Zuneigung von 200 bis 240 Knaben aller Altersklassen, Verpflichtung der Unterrichtsverwaltung, auf Verlangen der städtischen Schulkommission Knaben, welche ein Jahr lang die erste Klasse der Lehrerschule besucht haben und nach ein Jahr schulpflichtig sind, der von der Stadtgemeinde Röpenitz errichteten Selekta zur Beschulung zu überweisen, solange die Unterrichtsverwaltung keine eigene Selekta errichtet. Die Schüler sollen aus den der Lehrerschule am nächsten gelegenen Stadtbezirken genommen werden, und zwar zunächst aus der Altpfad, dem Kleh und der Gartenstraße. Der Vertrag wurde, da fast alle von der Stadtverwaltung angeregten Änderungen berücksichtigt wurden, angenommen.

Gosen bei Erkner.

Erheblichen Unwillen rufen die Erziehungsmaximen des hiesigen Lehrers Herrn Will unter den Eltern einiger Schulkinder hervor. Herr Will, ein junger Mann von etwa 20 Jahren, soll die leider noch sehr oft anzutreffende üble Gewohnheit haben, mit dem Stock in der Hand seine Erziehungsaufgaben auszuführen. Ein Elternpaar klagt darüber, daß Herr Will in kurzen Abständen hintereinander ihr sieben Jahre altes Töchterchen mit dem Stock gezüchtigt habe, obwohl ein dringender Anlaß hierzu nicht vorhanden war. Die Mutter des Kindes legte sich nach der ersten Strafe mit Herrn W. ins Benehmen, um ihn zu bitten, doch im Interesse der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Eltern und Haus von unangenehmen Bestrafungen ihres Kindes für die Zukunft Abstand zu nehmen. Um so erlaunter war sie, als das Mädchen erst vor wenigen Tagen mit einer Hautherlegung am Kopf nach Hause kam; das Mädchen erklärte, der Herr Lehrer habe es mit dem Stock über die Stirn geschlagen. Nach den Ursachen der Strafe befragt, erzählte das Kind, daß es beim Beten die Weisung des Herrn Lehrers, das „Amen“ erst nach einer längeren Pause am Schluß des Gebets auszusprechen, nicht befolgt, sondern es gleich hinterher gesagt habe. Aus diesem Grunde habe es von Herrn Will Prügel bekommen.

Erchien der Anlaß, der zur Bestrafung des Kindes geführt, den Eltern schon etwas sonderbar, so erregte es erst recht lebhaften Unwillen, daß der Lehrer das Tätigkeitsgebiet des Stockes sogar auf den Kopf des Kindes ausdehnen zu müssen glaubte. Ebenso gut hätte das Auge des Kindes erheblich verletzt werden können. Die Eltern des Kindes versichern uns, daß das Mädchen jetzt von einer wahren Furcht vor dem Lehrer befallen sei und nur mit Angstgefühl die Schule besuche. Es wäre an der Zeit, daß die Schulaufsichtsbehörde sich mit den Erziehungspraktiken des Herrn Will einmal des näheren beschäftige und ihm die nötigen Weisungen geben würde, wie er als Pädagoge am besten gute Beziehungen zwischen Eltern und Haus aufrechterhalten könne. An dieser für jeden Pädagogen erforderlichen Einsicht scheint es Herrn Will noch sehr zu fehlen.

Johannisthal.

Eine einzigartige Charakteristik zur Widersinnigkeit des heutigen Gemeindevahlrechts lieferte die zu Dienstag, den 28. Januar, abgehaltene Erziehungswahl von zwei verzogenen Gemeindevorstern der 1. Klasse. Einziger Wähler dieser Klasse ist der königliche Forst- und Eisenbahnhilfsbeamte. Selbiger war auch zur Wahl durch einen Vertreter erziehten, um sein Wahlrecht auszuüben; das aber hatte einen Haken. Zunächst war die Besetzung des Wahlvorstandes nötig, der bekanntlich aus dem Gemeindevorsteher als Vorsitzenden und zwei aus der Wählerversammlung zu wählenden Beisitzern zu bestehen hat. Da aber die aus einer Person bestehende „Wählerversammlung“ unmöglich zwei Beisitzer hergeben kann, andererseits nach dem Urteil des Gemeindevorstehers aus nur persönlich anwesende Wähler Vorschlags- und Wahlrecht für den zu bildenden Wahlvorstand haben, mußte von der Wahl, oder richtiger Ernennung zweier Gemeindevorsteher 1. Klasse abgesehen werden. Anstatt nun die Konsequenz aus diesem Auslage der Sache zu ziehen und dem unfinnigen Wahlgesetz auf den Leib zu rücken, sehen die interessierten Kreise in dem Gemeindevorsteher den Sündenbock und machen diesen für den entgangenen Ehrenplatz in der Lokalpresse in spaltenlangen Artikeln verantwortlich. Eine Ironie des Schicksals wäre es, wenn die leeren Gemeindevahl 1. Klasse solange leer bleiben müssen, bis durch die Ergänzungswahlen im März 1914 die 3. oder 2. Klasse einen ordentlichen Wahlvorstand ermöglicht, bei dem auch die 1. Klasse ihre Stimmen unterbringen kann.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung gestaltete sich zu einer Dauerfeier. Die erste Vorlage betraf den Krankenhausbau, welcher mit 382 897,53 M. abschließt, gegen das Vorjahr ein Mehr von 43 785 M. Die Stadtverordneter Rathias mitteilt, sind 522 Betten vorhanden. Es sind durchschnittlich 105 Betten belegt, während 250 Betten leerstehen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die hiesigen Krankenkassen infolge des hohen Preises von 3 M. pro Tag viele Kranke nach Kramers schaffen. Um den Krankenkassen entgegenzukommen, ist beschlossen worden, den Tarif auf 2,75 M. zu ermäßigen. Der Siedehausetat schließt ab mit 18 457,25 M., gegen das Vorjahr 1009 M. mehr. Genosse Bied bemängelt die ungenügende Aufsicht im Krankenhaus. Seine Forderung begründete Redner damit, daß sich ein fieberkranker Mann sowie eine fieberkranke Frau aus dem Fenster gestürzt haben. Beide Etats werden hierauf angenommen.

Die erhöhten Straßenbahntarife riefen eine lange Debatte hervor. Genosse Pieper betonte, daß die Erhöhungen nur darauf hinauslaufen, den Arbeitern das Fahren zu erschweren. Die Arbeiterkassen werde dazu gedrängt werden, die Straßenbahn zu boykottieren. Man beachte gar nicht, daß die wertvolle Bevölkerung heute schon unter der großen Teuerung zu leiden habe. Eine größere Erhöhung werde man durch den erhöhten Tarif nicht erzielen. Redner ersuchte darum um Ablehnung des neuen und Beibehaltung des alten Tarifs. — Genosse Göhe wandte sich dagegen, daß für die Arbeiterwochenarten, trotzdem dieselben im Preise erhöht sind, die Umsteigerechtigung aufgehoben werden soll. Wenn der Arbeiter umsteigen müsse, müsse er sich demnach zwei Wochenlöhne leisten. Stadtverordneter Walter gibt namens der kommunalen Wahlvereinigung die Erklärung ab, daß seine Fraktion für den neuen Tarif stimmen werde. Betreffs der Zellarten beantragte er, für eine Linie den Preis von 7 auf 6 M. herabzusetzen. Eine Verteuerung der Arbeiterwochenarten halte er nicht für erforderlich. — Stadtd. Weber erklärte, daß die liberale Fraktion den Tarif annehmen werde. Er beantragte jedoch, die Arbeiterwochenarten auf der kurzen Strecke Gismersdorf-Hakenfelde beim alten Preise zu belassen. — Stadtverordneter Schöke meinte, an die Erhöhung mit dem Vorkauf dürfe man sich nicht lehnen. Genosse Bied betonte, daß Verkehrsunternehmen, welche ihre Preise erhöhen, stets Jaso machen. Wenn Herr Schöke sage, daß die Arbeiterkassen bei einem Vorkauf keinen Einfluß ausüben, so unterschätze er die hiesige Arbeiterkassen. Er möchte daher warten, diesen Tarif anzunehmen. Oberbürgermeister Koelbe meinte, wenn der Vorkauf eintrete, so spare die Stadt Geld. Es werde dann an Wochenlagen der Sonntagsbetrieb eingeführt und man spare die ersten Wagen. (Gelächter.) Redner ersucht um Annahme der Tariserhöhungen, anderenfalls könnten solche von der Aufsichtsbehörde eingeführt werden. Genosse Pieper erwidert dem Oberbürgermeister, daß bei einer Betriebsänderung doch kein Geld gespart werden könne, da doch Beamte und Arbeiter bezahlt werden müssen. — Nach weiterer Diskussion wurde der erhöhte Tarif mit einigen Änderungen angenommen. Es sollen also in Zukunft nach der neuen Tarifeinführung Arbeiterwochenarten ohne Umsteigerechtigung für 12 Fahrten 1 M., Zeitfahrkarten für eine Strecke 6, für zwei 7, für drei 8, für vier 9 und für alle Strecken 10 M., Schülerkarten für 15 Fahrten 1 M., Schülermonatskarten auf der N-Linie mit Umsteigerechtigung 3 M., Weiter sind 15 Bf.-Strecken und 15 Bf.-Strecken eingeführt. Der Straßenbahnetat für die Spandauer Straßenbahn schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 238 740 M. ab, der der Konnen-Dammbahn mit 232 544,76 M. Stadtverordneter Ruppke beantragte, das Anfangsgehalt der Schaffner von 95 auf 100 M. zu erhöhen. Genosse Bied bemerkte, daß die Erhöhung der Gehälter der Straßenbahner ein alter Antrag der Sozialdemokraten sei, den die neugeborenen Fraktionen jetzt aufnehmen. Die Hungerlöhne der Schaffner müssen abge schafft werden. — Einer Reihe von Wünschen zu den beiden Etats wurde zugestimmt, ebenso dem Antrag auf Erhöhung des Gehalts der Schaffner. — Für den Ausbau des Bräuhallenplatzes wurden 27 000 M. bewilligt und die Kosten auf zwei Jahre verteilt. — Dann kam die Waldverkaufangelegenheit zur Sprache. Sie führte zu einer gewissen Demonstration gegen den Zweckverband. Es kam zum Ausdruck, daß man der ewigen Verhandlungen müde sei. Stadtverordneter Kantowicz griff hauptsächlich Dornburg scharf an, den man schon als Halbgoß betrachtete. — Der Magistrat will auch auf die neue Forderung des Zweckverbandes eingehen, unterhalb des Stiefkanals das Gelände an der Habel auf 1000 Meter der industriellen Verwendung zu entziehen. — Die Versammlung nahm mit großer Mehrheit den Magistratsbeschluß, auf das neue Antrieben zuzugehen, an, jedoch mit einem Antrag Weber, die Sicherstellung von 2000 Morgen Wald abzulehnen. — Nachdem noch für die Strecke 55 27 400 M. und für die Göttha, Württembergstraße und den Höhenkollektion 126 000 M. für Regulierungen bewilligt wurden, erfolgte Schluß der Sitzung.

Gerichts-Zeitung.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Streit bei der A. C. G.

Ende Oktober 1912 brach bekanntlich bei der A. C. G. in der Volkstraße ein Streit aus. Einige Tage darauf stand der Schlichter Retwis in der Volkstraße. Sofort erschien ein Schuhmann mit dem Bemerkten: „Sie dürfen hier nicht stehen bleiben; wenn Sie Arbeit suchen, dann gehen Sie ins Bureau, es werden noch einige Arbeiter angenommen.“ „Ich gehöre zu den Streikenden, suche also hier keine Arbeit“, antwortete Retwis. „Ich warte nur auf einen

Freund. „Wenn Sie Streitender sind,“ versetzte der Schuhmann, „dann fordere ich Sie auf, die ganze Vollastraße zu verlassen.“
 Revis erwiderte: „Damit werden Sie kein Glück haben, Herr Bachmeister, Sie haben kein Recht, mir den Aufenthalt in der ganzen Vollastraße zu verbieten.“ — Der Schuhmann wanderte wiederholte die Aufforderung an Revis, die Vollastraße zu verlassen. Da letzterer dieser Aufforderung nicht Folge leistete, ersetzte der Schuhmann Anzeige. Revis wurde jedoch vom Schöffengericht Berlin-Mitte freigesprochen.

Der Staatsanwalt legte hiergegen Berufung ein. Schuhmann wanderte behandelte gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin I: Er habe den Angeklagten nicht aufgefordert, die ganze Vollastraße, sondern den Bereich der A. E. G. zu verlassen. Er sei dazu um so mehr verpflichtet gewesen, weil einige Tage vorher in diesem Bereich Arbeitswillige mißhandelt worden seien. — Schmiech Schmiedewerk behandelte: Er habe genau gehört, daß der Schuhmann den Angeklagten aufgefordert habe, die ganze Vollastraße zu verlassen, von dem Bereich der A. E. G. sei keine Rede gewesen. — Der Staatsanwalt beantragte 15 Mark Geldstrafe wegen Verletzung des Straßenpolizei-Reglements. Das Gericht sprach entsprechend, frei, da die Aufforderung des Schuhmanns nicht zweifelhaft festgestellt sei und der Schuhmann nicht berechtigt gewesen war, dem Angeklagten den Aufenthalt in der ganzen Vollastraße zu verbieten.

Wegen Mutterliebe verfolgt!

Unter der Anlage der Beleidigung und des Hausfriedensbruchs hatte im Oktober v. J. die Aufseherin Alma Bieler vor dem hiesigen Schöffengericht gestanden. Sie ist evangelisch, ihr Ehemann katholisch, ihr elfjähriger Sohn sollte evangelisch erzogen werden. Er war auch schon unter Zustimmung des Vaters bei einer evangelischen Schule angemeldet worden, der Vater änderte dann aber zum Verdruss der Mutter seinen Sinn und der evangelisch gelaufte Knabe kam in die katholische 243. Gemeindefschule. Dem Kaplan Weniger war es durch die Schuldeputation gestattet worden, in dem Musiksaal des Schulgebäudes zweimal in der Woche Kommunionunterricht zu erteilen. Diese Erlaubnis war nur widerruflich auf die Dauer eines halben Jahres gegeben, sie wurde aber als stillschweigend weitergehend betrachtet. Dem Kommunionunterricht wurde der Religionsunterricht vorausgestellt. Eines Tages blieb der Knabe auffallend lange über den Schulunterricht hinaus von Hause weg. Die Mutter ängstigte sich, ließ nach der Schule und erfuhr dort, daß ihr Sohn mit im Religionsunterricht sei. Sie ging nun zum Musikzimmer hinauf und da sie die Ansicht vertrat, daß der Kaplan nicht berechtigt sei, ohne spezielle Erlaubnis des Vaters den Sohn in die Reichshalle zu nehmen, kam es zu einer heftigen Szene zwischen ihr und dem Kaplan, die dann das Strafverfahren zur Folge gehabt hat. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte nur wegen Hausfriedensbruchs zu der niedrigsten Strafe von 3 Mark.

Die Angelegenheit, welche nun schon zwei gerichtlicher Termine durchlaufen und infolge der sich auftürmenden Rechtsfragen viel Schreiberei verursacht hat, beschäftigte nun gestern in der Berufungssitzung noch einmal die 8. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli. Das Gericht kam nach den übereinstimmenden Anträgen des Rechtsanwalts Dr. Marwin und des Staatsanwalts Dr. Alee zur Einstellung des Verfahrens auf Kosten der Staatskasse. Das Gericht hielt den vom Rektor Lange gestellten Strafantrag nicht für berechtigt. Zur Stellung des Strafantrages wäre nur die städtische Schuldeputation befugt gewesen, die dieses ihr Recht auf den Rektor Lange nicht übertragen hatte. Nach Ansicht des Gerichts wäre aber die Angeklagte auch

bei Vorliegen eines rechtmäßigen Strafantrages nicht zu bestrafen gewesen, da sie nicht unbefugt das Schulgebäude betreten, und in das Zimmer des Kaplans gar nicht eingedrungen sei, und auch gar keine Aufforderung erhalten habe, das Schulgebäude zu verlassen. Ein verständiges Urteil. Wann werden Schulverwaltungen zu der Einsicht kommen, die Schule dürfe unter keinen Umständen die Ansicht erwecken, sie solle dazu dienen, Eltern wegen ihrer Sorge für ihre Kinder zu strafen?

Das Wiederaufnahmeverfahren in der Dahleborfer Nordbäckerei eröffnet.

Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft hin hat gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zimmermann als sog. Beschlußkammer die Wiederaufnahme des Verfahrens wegen Mordes gegen den Brunnenbauer Gustav Kolbe beschlossen. Bezüglich der Frau Behm ist von der Staatsanwaltschaft ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nicht gestellt worden, da es sich bis jetzt nicht beweisen läßt, daß ihre Angabe, sie habe erst, nachdem Kolbe ihren Ehemann erschossen habe, von der Tat Kenntnis erhalten, nicht der Wahrheit entspricht. Die übrigen Angaben der Behm würden nicht als glaubhaftes Gehörnis im Sinne des § 402 A Str.-Pr.-D. anzusehen sein.

Aus aller Welt.

Auch ein Kunstpfeiffer.

Dem waschechten Zentrumsmann ist die weltliche Kunst ein Grenzfall! So mancher der Zentrumsdoten mag im Reichstage bei Kunstdebatten mit innerem Grausen den leidlich vernünftigen Ausführungen des Zentrumsdabgeordneten Dr. Pfeiffer gelauscht haben. Mit innerem Grausen um deswegen, weil Dr. Pfeiffer manchmal Ansichten ausdrukt, die ein richtig gehender Zentrumsmann als legerische und religionsfeindliche Ideen ansprechen muß. Aber ebensovienig, wie eine Schwalbe den Sommer macht, gibt ein Kunstpfeiffer dem Zentrum in künstlerischen Dingen die Prägung. In der Provinz, das heißt in der Kaplanspresse, klingt es anders als in den Melodien des Kunst-Pfeifers im Reichstage. So bezeichnete die katholische Zeitschrift „Die Eucharisten“ bei einer Besprechung der „Parfivalstraße“ die Theater als Dirnenhäuser und die Schauspielerinnen als Dirnen. Im Anschluß daran witterte das Blatt gegen die katholischen Mütter, daß ihre Töchter in Komödien und Operetten gehen, in denen sie für ihr Geld mit sinkender Zäuche übergoßen werden, und wo sie dazipen und lächeln und klatschen, wenn alles, was ihnen heilig sein sollte, Frauenehre und würde, schamhafte Jungfräulichkeit und Ehe und eheliche Treue, bewigelt wird. Die in alle diese Stücke gehen, von denen sie nicht vorher wissen, daß sie gut sind, das sind öffentliche Gassenfräuzimmer.“

Offenbar hat der Schreiber dieses Ergusses dabei stark an die „schamhafte Jungfräulichkeit“ mancher drallen Kaplansmägde gedacht.

Schneesturm.

Ein furchtbarer Orkan tobt seit der Nacht zum Freitag im Waldenburger Berglande. Alles, was dem Orkan nicht genügend Widerstand leisten konnte, wurde umgeworfen. Eine Menge Dächer wurden nebst Dachsparren und Ziegeln auf die Straßen geworfen. Starke Vallen wurden wie Streichhölzer gestürzt. Bei den Schlesißen Kohlen- und Koldwerten wurde ein 80 Meter hoher Schornstein umgeworfen. Der Telephonverkehr ist gestört. Die Drähte liegen auf der Straße.

Durch die Gewalt des Schneesturmes wurde in der Nähe von Reichenau in Sachsen am Freitagmorgen ein Personenzug mit 18 Wagen umgeworfen. Ein Personenzug des

nach Jitau bestimmten Zuges ist verbrannt. Erfolgreichweise kamen die Passagiere mit dem Schreden davon.

Kleine Notizen.

Ein Ehedrama. Der von seiner Frau getrennt lebende Kammermusiker Schulte aus Wiesbaden, der vor etwa Jahresfrist aus Amerika zurückgekehrt war, drang Donnerstagabend in die Wohnung seiner Frau ein und gab mehrere Revolverkugeln auf sie ab. Sodann erschog Schulte sich selbst. Die Frau starb bald nach der Einlieferung in das Krankenhaus. Die Ursache des Ehedramas ist in den zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen.

Mysteriöse Bluttaten. In Berne bei Langendree wurden in der Wohnung des Pastors Luthier im Arbeitszimmer der Pastor selbst und der ihm befreundete, aus Arnberg stammende, Gutbesitzer Großbraunmann erschossen aufgefunden. Der Fall ist bis jetzt unaufgeklärt.

Drei Kinder umgekommen. In Halingbühl (Hannover) wurden drei Kinder des Radradhändlers Kühne, als sie zum Schulgang gewinkt werden sollten, tot aufgefunden. Der Arzt stellte den Tod durch Gasvergiftung fest, die durch herausfallende Glut aus dem schadhafsten Ofen entstanden war.

Grubenunglück. Nach einer Meldung aus Reddinghausen ereignete sich auf der Jecher „König Ludwig“ ein schwerer Betriebsunfall. Zwei Bergleute stürzten beim Fahrtenklettern in den Schacht hinab und erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Beide wurden in hoffnungslosem Zustande in das Hospital übergeführt.

Liebesdrama. In Rhenst gab der Bergmann Michael Jankowski aus Steele auf seine Geliebte, das Dienstmädchen Zacharias, zwei Revolverkugeln ab. Das Mädchen wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Dem tötete sich M. selbst durch einen Schuß in den Kopf. Das Motiv zur Tat ist Eifersucht.

Ein Banditenstreik. Als am Donnerstagabend in Köln a. Rh. ein Reichenseller nach Hause kam, fand er seine Frau mit einem Bein an den Tisch gefesselt und bewußlos in einer Blutlache liegend. Später erzählte die Frau, daß zwei maskierte Männer in die Wohnung eingedrungen waren und sie überfallen hätten. Die Täter stahlen etwa 200 M. in bar und Wäsche von bedeutendem Wert. Nach dem Ausspruch der Ärzte hatte die Frau vor Schreck einen Mutsturz erlitten. Die Täter sind entkommen.

Altertumsfunde. Bei Erarbeiten am Königl. Lehrerseminar in Euskirchen stieß man auf zwei wohlherhaltene Römergräber, die Knochenreste und Asche enthielten.

Räuberischer Heberfall. Am Freitag nachmittag überfielen in der Rue Dauphine zu Paris zwei Burschen einen Kassenboten einer großen Kreditanstalt und raubten ihm eine Handtasche mit 55 000 Franks.

Briefkasten der Redaktion.

H. Braunenberg 13. Ihre Darstellung reicht zur Beurteilung der Fragen nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — **J. P. Jorndorfer Strabe.** Die Klage halten wir für durchführbar. Zuständig ist, falls der Eigentümer ebenfalls Jorndorfer Strabe wohnt, das Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedenstr. 12/13. Die Kosten fallen dem unterliegenden Teile zur Last und richten sich nach der Höhe des Objekts.

Marktpreise von Berlin am 30. Januar 1913. nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,94—16,98, mittel 16,92—16,96, geringe 16,90—16,91 (ab Dahn). Juttengerste, gute Sorte 17,50—18,10, mittel 16,80—17,40, geringe 16,70—16,70. Hafer, gute Sorte 18,50—20,40, mittel 17,00—18,50 (bei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Roden 30,00—50,00. Sojabohnen, weiße 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,70—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,50—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Salat 1,90—3,20. Jambor 1,40—3,60. Rühke 1,60—2,60. Parfische 1,00—2,40. Schfische 1,50—3,30. Biere 0,80—1,60. 60 Stück Zwiebel 4,00—21,00.

Inventur-Verkauf
 der **alten Stiller-Firma**

Haupt-Geschäft: Jerusalemmer Strasse 32-35 * Ecke Leipziger Strasse, am Dönhoffplatz

Potsdamer Strasse 2
 Tauentzienstrasse 19a
 Königstrasse 25-26

Friedrichstrasse 75
 Rosenhaler Strasse 5
 Oranien-Strasse 161

Gr. Frankfurter Str. 123
 Chaussee-Strasse 114
 Schöneberg, Hauptstr. 146

Neukölln, Bergstr. 25
 Charlottenburg:
 Wilmersdorfer Str. 45

Die Preise sind bis zu

50%

teilweise mehr ermässigt!

Man achte genau auf die Geschäfte der alten Stiller-Firma!

Die früheren Preise sind auf jedem Paar noch deutlich vermerkt!

Extra billig
 Grosse Posten Herren- und Damen-Stiefel und Schuhe in besten Qualitäten, unsortiert
6.75
 Wert bis zu Mark 18.50

Moderne Herren- und Damen-Stiefel
 Grosse Posten erstklass. Fabrikate in vorzügl. Qualit., in Dackelf., Chevreau, schwarz u. braun, Chevreau m. Lockbesatz, sowie Stiefel m. Stoff- u. Wildled.-Einsätzen, Stiefel m. Woll- u. Lammfüller, Stiefel m. Doppelsohlen

SERIE I 875 Wert bis 12.50	SERIE II 1075 Wert bis 14.50	SERIE III 1275 Wert bis 16.50	SERIE IV 1475 Wert bis 18.50
--	--	---	--

Extra billig
 Nur Jerusalemmer Str.
 Hausschuhe für Damen in Leder mit Absatz nur Grösse 35 und 36
1.35
 Wert bis zu Mk. 6.50

Damen-Tanz-Schuhe
 in hocheleganten Ausführungen in Chevreau, Lack, Bronze, Atlas, weisse Glacé, Gold, Silber usw. usw.

SERIE I 5.75	SERIE II 6.75	SERIE III 8.75	SERIE IV 10.75
-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	---------------------------------

Hierunter befinden sich Waren im Werte von 9 bis 24 Mark.

Extra billige Posten!
 im Haupt-Geschäft
 Jerusalemmer Strasse 52-55
 Ecke Leipziger Strasse am Dönhoffplatz

Billige Hausschuh-Reste
 aus Leder und Stoff für Herren und Damen

SERIE I 1.10	SERIE II 2.35	SERIE III 3.35	SERIE IV 4.35
-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------------------

Diese Waren sind zum Teil bis zur Hälfte ermässigt

Da der Andrang nachmittags stets sehr gross ist, wolle man nach Möglichkeit auch die Vormittagstunden zum Einkauf benutzen
Kein Kaufzwang! Keine Auswahlen! Kein Umtausch! Kein Versand!

Vorort - Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Ausgabe der Sparmarken für die Ende Juni 1913 stattfindende Sonderfahrt nach Hamburg-Helgoland erfolgt in nachstehenden Zahlstellen: Volkshaus, Kofinenstr. 8; Vorksel, Kaiser-Friedrich-Str. 82, und bei Dörre, Dankelmannstr. 18. Der Gesamt-

preis beträgt 80 M. Dafür wird folgendes geboten: Hin- und Rückfahrt mittels Sonderzug Hamburg-Berlin, Dampferfahrt Hamburg-Helgoland, hin und zurück, für drei Nächte Logis in Hamburger Hotels, eine Hafenrundfahrt mit Besichtigung eines Ocean-Dampfers, eine Fahrt auf der Alster, eine Wagenrundfahrt durch Hamburg, Besichtigung des Elbtunnels, des neuen Rathauses und anderer Sehenswürdigkeiten, Besuch von Hagenbeds Tierpark in Stellingen. Teilnehmer werden in den Zahlstellen bis zum 8. Februar angenommen. Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof - Mariendorf. Die arbeitende Jugend besucht am Sonntag, den 2. Februar, die Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung in Charlottenburg, Fraunhoferstr. 11/12. Treffpunkt 1 Uhr an der Hochbahnstation Galleisches Tor. Am Mittwoch, den 5. Februar, findet im Jugendheim in Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 76, ein Vortrag des Herrn Kirchhellen Reumann über „Moderne Baukunst“ statt. Zahlreiche Beteiligung zu beiden Veranstaltungen ist erwünscht.

Emil Preuß

58 Turmstr. 58

Eleg. Herren-Moden 1913

empfehle nach Maß

Herren-Rock u. Sakko-Anzüge

1 und 2 reihig

48⁰⁰ 52⁰⁰ 56⁰⁰ 60⁰⁰ 64⁰⁰ - 78⁰⁰

Herren-Ulster und -Paletots

1 und 2 reihig

45⁰⁰ 48⁰⁰ 51⁰⁰ 54⁰⁰ 57⁰⁰ 60⁰⁰ - 75⁰⁰

Für beste Verarbeitung und vorzüglichen Sitz bürgt der gute Ruf meiner Firma.

Hervorragende Auswahl in Stoffen! Deutsch u. engl. Fabrikate, in d. neuest. Mustern.

Werkstätte mit fest engagiertem Schneider im Hause.

Lieferant d. Konsumgenossensch. Berlin u. Umgegend.

Zöpfe und Perücken

Gegr. 1898

Haargeschäft

Neukölln, Erkstr. 3

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69, Laden

Wichtig

für jeden preußischen

Steuerzahler

Führer

durch das preußische

Einkommensteuergesetz

Vom

Arbeitersekretär Rud. Wissell

mit 19 Formularen

für Reklamationen

Preis 30 Pf.

Gegen die Polenpolitik!

In unserem Verlage ist erschienen:

Die preußische Polenpolitik.

Von Hermann Wendel.

Preis 1,20 M. Uingeführte Vereinsausgabe 60 Pf.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Zur Einsegnung



Zur Einsegnung

Nur eigene Konfektion

Nur eigene Konfektion

Einsegnungs-Anzüge

aus schwarzen Stoffen, ein- und zweireihig verarbeitet

14.-, 16.-, 19.-, 21.-, 24.-, 27.-

Dunkelblaue Cheviot- und Kammgarn-Anzüge

in den neuesten Formen

15.-, 18.-, 21.-, 24.-, 27.-, 29.-

32.-, 36.-, 40.-, 42.-, 45.-, 50.-

Anfertigung nach Mass innerhalb 24 Stunden

M. SCHULMEISTER

BERLIN S.O. Kottbuser Tor.

Verkaufsstellen:

Nogatstraße 19-20

Weisestraße 32

(Ecke Leinestraße)

Weisestraße 9

Steinmetzstraße 102

Hobrechtstraße 77



Verkaufsstellen:

Donaustraße 114

Weserstraße 52

Bergstraße 151-152

Wipperstraße 20

Niemetzstraße 4

Hermannstraße 36

Nicht für Wiederverkäufer. Nur so lange Vorräte reichen.

Bohnen, Rundbohnen	Pfd. 18 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 16 Pf.
Bohnen, Langbohnen	Pfd. 22 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 20 Pf.
Linsen	Pfd. 15 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 13 1/2 Pf.
Linsen, mittel	Pfd. 19 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 17 Pf.
Linsen, mittel	Pfd. 22 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 20 Pf.
Linsen, große	Pfd. 28 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 25 Pf.
Erbsen, gelbe Viktoria	Pfd. 17 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 15 1/4 Pf.
Erbsen, gelbe Viktoria	Pfd. 19 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 17 Pf.
Erbsen, grüne	Pfd. 18 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 16 1/4 Pf.
Erbsen, geschälte	Pfd. 24 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 21 1/2 Pf.
Erbsen, geschälte, halbe	Pfd. 20 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 18 Pf.
Feinstes 000 Weizenmehl	Pfd. 17 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 15 1/4 Pf.
Feinstes Kaiserauzugsmehl	Pfd. 20 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 18 Pf.

Feinster Magdeburger Sauerkohl Pfd. 4 Pf. mit 10 Proz. Rabattmarken also netto nur ca. 3 1/2 Pf.

Frische Fettbücklinge . . . 2 Stück 10 Pf. mit 10 Proz. Rabattmarken also netto nur 8 Pf.

II. Kunsthonig Pfd. 28 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 25 1/4 Pf.
II. Frischobstmarmelade Pfd. 30 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 27 Pf.
II. Schokolade, -Block und -Haushalt Pfd. 70 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 63 Pf.

Kakao Pfd. 70 Pf. mit 10 Proz. Rabattmarken netto ca. 63 Pf.

Feinste Tee-Mischungen Pfd. 4.00, 2.80, 2.20, 1.80 M.

Feinste echte Braunschweiger Wurstwaren. Feinste Braunschweiger Konserven, feinste Hildesheimer Präserven, alles in besten Qualitäten zu billigsten Preisen mit 10 Proz. Rabattmarken.

Schmalz Roh und Braten Pfund 64 netto ohne Rabattmarken.

Gebser, Schwanke & Co.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Leihhaus Apollo

neben Apollo-Theater

Friedrichstr. 215 I.

Kaufen Sie von Kavaliere getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10% Rabatt.

Sonntags geöffnet. Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.



Von Sonnabend, den 1., bis Sonnabend, den 8. Februar

Während unserer Weissen Woche stellen wir grosse Posten weisse Waren, passend für Brautausstattungen und Ergänzungen enorm billig zum Verkauf.

Besichtigen Sie bitte unsere Ausstellungen im Hause und in unseren Schaufenstern.

H. Joseph & Co.

Neukölln Berliner Strasse 54-55 Jägersstrasse 1-2.

TAGE 95 TAGE

Pfennig

Der Verkauf beginnt Sonnabend, 1. Febr.

In allen Abteilungen preiswerte 95 Pf.-Artikel

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Musik-Album
38 Märsche und Tänze . . . **95 Pf.**

Jarn-ter Aluminium
1 Selbstschale, 1 Tee-El, 1 Zitronenpresse, 1 Musikschale, 1 Teesieb, 1 Kaffeefilter . . . **95 Pf.**

Hemdblusen
in Zephir und Barchent, moderne Streifen . . . **95 Pf.**

Untertaillen
amerikanisch, Form . . . **95 Pf.**

Filz-Pantoffel
für Damen, Filzsohle mit Fleck . . . **95 Pf.**

5 Glühkörper
für Hänge-licht . . . **95 Pf.**

1 Läufer bunt
50 Serviett, bunt und 100 weisse Servietten . . . **95 Pf.**

1 Käseglocke
1 Butterdose, 1 Zuckerschale und 6 Kompottteller . . . **95 Pf.**

Briefkassetten
elegante, mit Monogr.-Präg. zum Ausschneiden . . . **95 Pf.**

Russen - Kittel
in 3 Größen, mit schönen Bordüren . . . **95 Pf.**

Reformhosen
für Kinder 5 Größen . . . **95 Pf.**

Stickereien
Madapolam u. Batist, 4 1/2 Mtr. . . **95 Pf.**

1 Brieftasche
mit Notizblock und Füllfederhalter . . . **95 Pf.**

Porzellan
6 Paar Tassen mit Goldrand . . . **95 Pf.**
6 Essteller mit Rosendekor. . . **95 Pf.**
1 Obstservice 7teilig . . . **95 Pf.**
1 Kabarett 2teilig, bunt dekoriert . . . **95 Pf.**
2 Mestlen m. Holzurückw. Rosendekor. . . **95 Pf.**
1 Satz Töpfe Delft oder weiss, Gold . . . **95 Pf.**

Holzwaren
1 Quirigarnitur 7teilig . . . **95 Pf.**
1 Messerkasten 4 teilig . . . **95 Pf.**
1 Blumenbrett ca 1 Mtr., grün gestr. . . **95 Pf.**
1 Fussbank Hartholz . . . **95 Pf.**
1 Fliegenschrank . . . **95 Pf.**
1 Servierbrett gesinkt Buche lack. . . **95 Pf.**

Steingut
6 Vorratsst. m. versch. Aufschrift. . . **95 Pf.**
1 Braten-Platte, 1 Sauciere blau Zwiebelm. . . **95 Pf.**
1 Satz Schüsseln 7teilig . . . **95 Pf.**
12 Essteller nach od. tief . . . **95 Pf.**
Waschbecken gross . . . **95 Pf.**
1 Heringskasten . . . **95 Pf.**

Galanterie
1 Brotkorb Nickel m. Majolika-Einlage . . . **95 Pf.**
1 Toiletenspiegel steinig . . . **95 Pf.**
1 Tafelaufsatz mit Schale und Vase . . . **95 Pf.**
1 Familienrahmen . . . **95 Pf.**
6 Bieruntersätze Nickel m. Majolika-Einlage . . . **95 Pf.**
Kunstfiguren aus Elfenbeinmasse mit zwei Griffen . . . **95 Pf.**
1 Nickeltablett . . . **95 Pf.**
1 Kabinett-, 2 Visirahmen zusammen . . . **95 Pf.**

Wirtschafts-Artikel
1 Besen mit Stiel, 1 Handfeger, 1 Bürstengarnitur steinig . . . **95 Pf.**
1 Bürstenblech 4teilig . . . **95 Pf.**
1 Wirtschaftswage . . . **95 Pf.**
1 Handtuchhalter Buche . . . **95 Pf.**
1 Küchen-Uhr gut gebend . . . **95 Pf.**
1 Leitungschoner . . . **95 Pf.**
1 Fisch-Heber, 1 Saucen-Löffel, 1 Vorleger Aluminium zusammen . . . **95 Pf.**

Glaswaren
1 Karaffe, 4 Gläser, 1 Tablati aus . . . **95 Pf.**
1 Satz Kompottieren . . . **95 Pf.**
5 Grätzertulpen . . . **95 Pf.**
4 Römer im Jugendstil . . . **95 Pf.**
1 Käseglocke, 1 Zuckerschale, 1 geschliffen . . . **95 Pf.**
4 Becher mit geschliff. Bordüre . . . **95 Pf.**

Lederwaren
1 Photogr. Album, Filzsch. od. Imit. Leder . . . **95 Pf.**
1 Handtasche Samt oder Kunstled. . . **95 Pf.**
1 Tornister Kunstleder . . . **95 Pf.**
1 Frühstückstasche mit Lederriem. . . **95 Pf.**

Schreibwaren
100 Visitenkarten nach Wahl . . . **95 Pf.**
1 Postkarten-Album für 60 Karten . . . **95 Pf.**
2 Briefordner m. Register u. Hebel . . . **95 Pf.**

Samt-Schuhe
für Damen, bedruckt Paar . . . **95 Pf.**

Dejeuner
4teilig, japan. Dekor . . . **95 Pf.**

1 Fächerpalme
6 Blatt . . . **95 Pf.**

Filz-Pantoffel
für Herren mit Filzsohle und Fleck . . . **95 Pf.**

1 Straußfeder-Fächer
Fächer . . . **95 Pf.**

Himbeer-Saft
grosse Flasche . . . **95 Pf.**

1 Pfd. Schokolade
1/2 Pfd. Kakao, garant. rein, aus. . . **95 Pf.**

1 Pfd. Schokolade, 1 Pack Tee
50 g, zusamm. . . **95 Pf.**

2 Pfd. Wirsingkohl
2 „j. Erbsen aus. 1 „ Pflaum. . . **95 Pf.**

2 Pfund Pflaumen
1 Kohlrabi aus. 1 Pfd. j. Erbsen . . . **95 Pf.**

2 Pfd. Gemüs.-Mel.
1 Kohlrabi aus. 1 Pfd. Pflaumen . . . **95 Pf.**

2 Pfd. Schnittboh. in 1 Pfund Pflaumen
1/2 „ Schnittspargel (aus. aus. . . **95 Pf.**

2 Pfund Karotten
2 Pfd. Schnittboh. in 1/2 Pfd. Schnittspargel, (aus. aus. . . **95 Pf.**

Die grösste Reklame unseres Hauses

Kleiderstoffe für Blusen, Kleider und Kostüme, 90 bis 190 cm breit . . . **95 Pf.**

Seidenstoffe Tafel, Helvetia, Sura, Messaline, Schotten und Streifen, 65 bis 85 cm breit . . . **95 Pf.**

Damen - Wäsche enorm billig Stück **95 Pf.**
Phantasiehemden mit Stickerei . . .
Achselabschlusshemden mit Langgetie . . .
Priesenhemden mit Trimmung . . .
Knie - Beinkleider mit breiter Stickerei . . .
Nachtjacken Croisé oder Renforcé . . .

Korsette gestreift oder grau Dreil mit Handdurchzug . . . **95 Pf.**
Taschentücher gebrauchsfähig, 6 Stück . . . **95 Pf.**
Batisttücher handgestickt . . . **95 Pf.**
Buchstabenbücher . . . **95 Pf.**

Schürzen besonders preiswert Stück **95 Pf.**
Wirtschaftsschürzen schwarz, mit Vel. u. Tasche . . .
Wirtschaftsschürzen weiß, m. breit. Träg. od. Latz gestreift, mit Latz u. reich. Garnierg. . .
Blusenschürzen für 3-10 Jahre . . .
Knaben-Schürzen aus gut Waschstoffen, 2 Stück . . .

Trikotagen
Herrenhemden Vigogne 3 Größen . . . **95 Pf.**
Herren-Hosen Vigogne, 8 Größen . . . **95 Pf.**
Knaben-Sweater gestr. . . **95 Pf.**
Knaben-Höschen aus dam. pass. . . **95 Pf.**
Dam. Barchent-Hosen . . . **95 Pf.**
Dam. - Barchent-Röcke . . . **95 Pf.**
Untertaillen mit angew. Futter . . . **95 Pf.**

Herren-Artikel
Herrenkragen - 5 Stück . . . **95 Pf.**
Cachenez weiß u. farbig . . . **95 Pf.**
Kragenschoner 3 Stück . . . **95 Pf.**
Seidene Binder 2 Stück . . . **95 Pf.**
Diplomaten farb. 4 Stück . . . **95 Pf.**
Hosenträger Gemmt . . . **95 Pf.**
Herren-Mützen moderne Stoffe . . . **95 Pf.**

Möbelstoffe
1 Lambrequin bokurbelt, grün u. rot . . . **95 Pf.**
1 Schlafdecke weiß u. farbig . . . **95 Pf.**
1 Tischdecke Filz m. reich. Karzeleu . . . **95 Pf.**
1 Tischdecke Wachstuch 65/115 . . . **95 Pf.**
Tischläufer u. 4 Deckenbesel. Tüll . . . **95 Pf.**
1 Vorlage Inseleum u. ein Himeruoniersais . . . **95 Pf.**
1 Sofakissen m. Franzen . . . **95 Pf.**

Hand-Arbeiten
Bettwandschoner ges. . . **95 Pf.**
Schränkstreifen 8-teilig . . . **95 Pf.**
Tablettdecken 8-teilig . . . **95 Pf.**
Bestecktasche für 12 Bestecke . . . **95 Pf.**
Kissenplatten handgest. . . **95 Pf.**
Decken und Läufer handgest. . . **95 Pf.**
Paradehandtücher gest. . . **95 Pf.**

Weißwaren
Spachtelkragen f. Dam. u. Kind. . . **95 Pf.**
Jabots zweifach . . . **95 Pf.**
Woll-Serviteurs . . . **95 Pf.**
1 Sportmütze . . . **95 Pf.**
Rosen aus Stoff u. Seide, mit Laub, 3 Stck. . . **95 Pf.**
Vasen-Bukett . . . **95 Pf.**
Tirolerhut garniert . . . **95 Pf.**

Toiletten-Artikel
12 St. Lifenmilchseife . . . **95 Pf.**
6 St. Fliederseife . . . **95 Pf.**
6 St. Mandelblütenseife . . . **95 Pf.**
12 St. Blumenseife sortiert . . . **95 Pf.**
6 Scheuertücher m. Doppelbod. . . **95 Pf.**
Bohnermasse 3 Dosen . . . **95 Pf.**
4 Pakete Streichhölzer . . . **95 Pf.**

Handtücher
Gerstenkorn mit Kante 4 Stück . . . **95 Pf.**
Weiss mit roter Kante 3 Stück . . . **95 Pf.**
Halbleinen grau m. Kante 3 Stück . . . **95 Pf.**
Wischtücher weiss - rot 6 Stück . . . **95 Pf.**
Wiechtücher Rein-Lein. 60,000 Stck. . . **95 Pf.**
Staubtücher mit Kante 50 50 Stck. . . **95 Pf.**
Poliertücher gelb m. wehr. 6 Stück . . . **95 Pf.**

Damen-Strümpfe
Englisch lang . . . 3 Paar . . . **95 Pf.**
Baumwolle ohne Naht Schwarz u. lederfarb. . . **95 Pf.**
Herrensocken gering. . . **95 Pf.**
Schweiss-Socken . . . Pfennig

Damen-Strümpfe
Deutsch u. engl. lang 2 Paar Schwarz durchbroch. . . **95 Pf.**
Fil d'ecosse . . . **95 Pf.**
Herren-Socken grau und braun . . . Pfennig

Damen-Strümpfe
Reine Wolle, gestrickt Paar . . . **95 Pf.**
Herren-Socken, Reine Wolle . . . **95 Pf.**
Extra feinmaschig . . . **95 Pf.**
Kamelhaargarn . . . Pfennig

Damenhandschuhe
Reine Wolle . . . **95 Pf.**
Leder imit 2 Druckkn. . . **95 Pf.**
Trikot mit Futt. 2 Paar . . . **95 Pf.**
Trikot m. Seldenfutter Herren, reine W. Paar . . . Pfennig

Weine, Liköre
Vino Vermouth Pomeranzen Berl. Tafelkummel Dän. Tafel-Aquavit Jede Flasche
Samos Eiacreme Trakehner Ingwer 1/2 **95**
Medizinisch, 60sswein Magenbitter Kurf. Sherry Brandy Alpenkräuter Ltr. **95**

Baumwollwaren-Reste und Kupons

Laken - Dowlas 150 cm Mtr. **95 Pf.** | Damast u. Streif., 130 cm Mtr. **95 Pf.** | 3 Meter Hemdentuch . . . **95 Pf.** | 8,20 Meter Züchen . . . **95 Pf.** | 3 Mtr. Hamdenbarchent . . . **95 Pf.** | 2 1/2 Mtr. Blusenflanell . . . **95 Pf.**
Inlett 180 cm . . . Mtr. **95 Pf.** | Schürzenstoff 140 cm . Mtr. **95 Pf.** | 2 1/2 Meter Louisianatuch . **95 Pf.** | 3 Meter Mull gepunkt . . **95 Pf.** | 2 Mtr. gestr. Barchent . . . **95 Pf.** | 2 1/2 Mtr. Blusen - Barchent **95 Pf.**
Züchen prima, 190 cm Mtr. **95 Pf.** | Louisianatuch 180 cm . Mtr. **95 Pf.** | Waschstoff-Reste 2 1/2 bis 4 Meter } jeder Rest **95 Pf.** | 2 1/2 Mtr. Molton . . . **95 Pf.** | 2 1/2 Mtr. Körper - Barchent **95 Pf.**
Linen 180 cm . . . Mtr. **95 Pf.** | Seidenbatist viel Farb. 150cm **95 Pf.** | 2 1/2 Mtr. Gingham . . . **95 Pf.** | 2 1/2 Mtr. Piqué - Barchent **95 Pf.**

A. Weiss & Co. Nachf.

Inh. Fritz Prieur Berlin W, Schöneberg Hauptstrasse 11 Ecke der Vorbergstr.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wiesepp, Neudöln. Für den Inseratenteil verantw.: Ed. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.